

## PAZIFIK IM ÜBERBLICK

### Entwicklungsprogramm und Universität vereinbaren stärkere Zusammenarbeit

Das *Pacific Islands Development Program* (PIDP) am East-West Center in Honolulu (Hawai'i) und die *University of the South Pacific* (USP) haben eine Absichtserklärung (*Memorandum of Understanding*, MoU) unterzeichnet, um ihr gemeinsames Engagement für die Nutzung von Ressourcen und Fachwissen im Dienst der verschiedenen Interessensgruppen der Pazifikinseln zu bekräftigen. Die Vereinbarung stärkt die Zusammenarbeit zwischen den beiden Mitgliedsorganisationen des *Council of Regional Organisations of the Pacific* (CROP).

Die Präsidentin des *East-West Center* (EWC), Suzanne Puanani Vares-Lum, und Vertretende des PIDP begrüßten den Vizekanzler und Präsidenten der *University of the South Pacific*, Professor Pal Ahluwalia, den Chief Operating Officer, Walter Fraser, und den Koordinator für Entwicklungszusammenarbeit, Aneet Kumar, zur Unterzeichnung des Memorandums im EWC.

Als zwei von neun CROP-Agenturen, die von den Staats- und Regierungschefs der Pazifikstaaten beauftragt wurden, den pazifischen Regionalismus zu stärken, hochrangige Politikberatung zu leisten und gemeinsam auf die von den Staats- und Regierungschefs des *Pacific Islands Forum* festgelegten Prioritäten zu reagieren, zeigt die neue Vereinbarung zwischen der USP und dem PIDP ein starkes Engage-

ment für die Verbesserung der Kooperation, Koordination und Zusammenarbeit zwischen den regionalen Organisationen im Pazifik.

Ihre gemeinsame Vision für die gegenseitige Zusammenarbeit baut auf den zwischenmenschlichen und institutionellen Beziehungen auf, die USP und PIDP verbinden. Mit Sitz im East-West Center und auf dem Campus der *University of Hawai'i at Mānoa* ist die PIDP strategisch so positioniert, dass sie in Zusammenarbeit mit der USP die Bildung, Forschung und die Entwicklung von Führungskräften fördern kann.

Zu den spezifischen Bereichen der Zusammenarbeit gehören gemeinsame Forschungsaktivitäten, die Teilnahme an Seminaren und Tagungen, der Austausch von akademischen Materialien und Informationen sowie die Entwicklung von Kurzzeitprogrammen zum Aufbau von Führungskräften.

„*Das East-West Center freut sich auf die Zusammenarbeit mit der Universität des Südpazifiks, um die dritte Säule des strategischen Plans des Zentrums voranzutreiben - die Partnerschaft mit den pazifischen Inseln - in Abstimmung mit den breiteren CROP-Bemühungen zur Umsetzung der Strategie 2050 für den blauen pazifischen Kontinent*“, sagte Suzanne Puanani Vares-Lum, Präsidentin des East-West Center.

*Hintergrund:* Das *Pacific Islands Development Program* ist eine eigenständige Einrichtung am East-West Center in Honolulu, Hawai'i, die sich für die Stärkung der pazifischen Völker von innen heraus einsetzt. Das Programm wurde 1980 auf Wunsch führender Persönlichkeiten der Pazifikinseln unter der visionären Lei-

tung des Premierministers von Fidschi, Ratu Sir Kamisese Mara, und des Gouverneurs von Hawaii, George Ariyoshi, gegründet und führt eine breite Palette von Aktivitäten zur Verbesserung der Lebensqualität in den pazifischen Gemeinden durch.

*Info:* Das PIDP ist Gründungsmitglied des *Council of Regional Organisations of the Pacific* (CROP) und dient als Sekretariat für die *Pacific Islands Conference of Leaders* (PICL), einem regionalen Rat von 20 Mitgliedsregierungen, der auch als Leitungsgremium des Programms fungiert.

Die Universität des Südpazifiks ist die führende Hochschuleinrichtung im Pazifik. Sie befindet sich im gemeinsamen Besitz von zwölf Mitgliedsländern und wird von diesen gemeinsam verwaltet: Cook-Inseln, Fidschi, Kiribati, Marshall-Inseln, Nauru, Niue, Samoa, Salomonen, Tokelau, Tonga, Tuvalu und Vanuatu. Die Universität hat Standorte in allen Mitgliedsländern, wobei Fidschi gleich drei Standorte hat. (*Pressemitteilung des PIDP 13.06.24*)

### EU verspricht stärkere Beziehungen zum Pazifik

Die EU-Kommissarin für internationale Partnerschaften, Jutta Urpilainen, hat auf dem Dialog der Gruppenleiter der pazifischen AKP-Staaten (PACP) Ende August in Tonga zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union (EU) und dem pazifischen Raum aufgerufen.

„*Mit dem Samoa-Abkommen verpflichten wir uns, die dringendsten Herausforderungen wie den Klimawandel anzugehen und die Fortschritte bei den Zielen für nachhaltige Entwicklung, den*

*Menschenrechten, der Demokratie und der verantwortungsvollen Staatsführung zu beschleunigen*“, erklärte Urpilainen vor den PACP-Führungskräften.

Sie betonte auch das Potenzial des Pazifikprotokolls im Rahmen des Samoa-Abkommens, das sich auf die blaue Wirtschaft („Blue Economy“) und die Widerstandsfähigkeit gegen die Folgen des Klimawandels konzentriert. *„Die EU strebt an, bis 2050 ein klimaneutraler Kontinent zu werden – ein Ziel, das sich eng mit den Prioritäten Ihrer Strategie 2050 für den blauen pazifischen Kontinent deckt*“, erklärte die EU-Kommissarin.

Urpilainen kündigte an, dass Europa die *Global-Gateway-Strategie* mit mindestens 650 Millionen Euro (725 Millionen US-Dollar) unterstützt, um die nachhaltige Entwicklung im gesamten Pazifikraum zu fördern.

*Info:* Das Global Gateway ist die Strategie der EU, um in Zusammenarbeit mit Entwicklungsbanken und dem Privatsektor die nachhaltige und sichere Konnektivität in der Welt zu fördern. (*Pacific News Service 27.08.24*)

### **PacTow ernennt Vertreterin auf Fidschi**

*Pacific Towing* (PacTow) hat Frau Frances Tuimabualau zu seiner Koordinatorin in Fidschi ernannt.

PacTow ist der größte und vielseitigste Anbieter von Schiffsdienstleistungen in Melanesien mit mehr als 250 Mitarbeitenden und einer Flotte von 20 Schiffen. Frances Tuimabualau stammt aus einer Seefahrer-Familie. Ihr Vater, der verstorbene Ilisoni Tuimabualau, war unter anderem

„Direktor für staatliche Schiffs-fahrtsdienste“ in Fidschi.

Frances begann ihre Tätigkeit im Bankensektor bei der *Colonial National Bank* (heute BSP). Sie absolvierte ein Universitätsstudium, bevor sie eine Stelle beim Telekommunikationsanbieter *Digital* annahm, wo sie an der landesweiten Markteinführung des Unternehmens beteiligt war. Anschließend führte sie ihr eigenes Unternehmen im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs.

Im Jahr 2022 trat sie der *Fiji Women in Maritime Association* bei und übernahm eine Aufgabe, die sich auf das Wohlergehen der Seeleute konzentrierte. Im Jahr 2023 begann Frances, PacTow bei einem seiner Kadettenprogramme zu unterstützen. PacTow schickt seine Kadetten schon seit langem an das *Pacific Centre for Maritime Studies* (ehemals Fiji Maritime College), darunter auch die fünf Kadetten aus dem haus-eigenen Programm, die 2024 dort ihre Kadettenausbildung absolvieren. Jetzt hat sie die Geschäftsführung für PacTow in Fidschi übernommen.

*Info:* Das Kerngeschäft von PacTow ist die Hafenschlepperei. Das Unternehmen bietet jedoch auch eine Reihe anderer Dienstleistungen in der Region an, darunter Hochseeschleppdienste, Bergung, Wrackbeseitigung, kommerzielles Tauchen und Rettungsinseln (Service, Verkauf, Leasing). (*PNG Business News 14.06.24*)

### **Neue stellvertretende Generalsekretärin des Forums**

Am 24. Juni hat das *Pacific Islands Forum* (PIF) Desna Solofa aus Samoa zur stellvertretenden

Generalsekretärin für den Bereich „Governance“ ernannt. Solofa war bis dato stellvertretende Geschäftsführerin der Abteilung für regionale Beziehungen im *Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Handel* von Samoa. Zuvor war sie im Sekretariat des PIF als Beraterin für politische Fragen (2009-2011) und als Direktorin für politische Governance (2012-2015) tätig.

Der Generalsekretär des Forums, Baron Waqa, begrüßte die Ernennung von Solofa, sie bringe einen großen Erfahrungsschatz für die Position mit.

Als neue stellvertretende Generalsekretärin für Governance wird Solofa eng mit ihrer Kollegin Esala Nayasi zusammenarbeiten, die für strategische Politik und Programme zuständig ist, sowie mit den Direktoren und ihren Teams in den Abteilungen Unternehmen, Programme und Initiativen, Governance und Engagement sowie Politik.

Die neue Position steht im Einklang mit der Umsetzung des Suva-Abkommens und führt das PIF wieder zu einer zweiköpfigen Exekutive unter der Leitung des Generalsekretärs Baron Waqa. (*Pacific News Service 01.7.24*)

### **Neuer Überseeminister**

François-Noël Buffet ist Ende September vom französischen Premierminister Michel Barnier zum neuen französischen Überseeminister für die französischen Überseegebiete im Pazifik ernannt worden.

Der 61-jährige Buffet, der als Vorsitzender des Rechtsausschusses des französischen Senats bereits mehrmals (2022 und 2024) nach Neukaledonien ge-

reist war, leitete dort auch eine Erkundungsmission im Rahmen der Mai-Unruhen, bei der er mit Dutzenden von politischen Führern sowohl der Unabhängigkeitsbefürworter als auch der Befürworter Frankreichs gesprochen hatte. Sein daraus resultierender Bericht über die politische Zukunft Neukaledoniens empfahl die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen den verfeindeten Parteien. Frankreich sollte im Zuge dessen zu einer unparteiischeren Rolle im Rahmen der Umsetzung des auf Autonomie ausgerichteten Nouméa-Abkommens von 1998 zurückkehren.

Eine der Prioritäten Buffets wäre damit die Wiederaufnahme des Dialogs über die politische Zukunft des französischen Pazifik-Archipels.

Der Vorsitzende der Kanak-Befreiungspartei PALIKA, Charles Washetine, zeigte sich zufrieden mit der Wahl Buffets. Er halte ihn für einen guten „Mann des Dialogs“. Auch der Vorsitzende der *Union Calédonienne* (UC), Daniel Goa, begrüßte die Tatsache, dass der Minister für Übersee nun wieder direkt dem französischen Premierminister unterstellt ist.

Führende Politiker\*innen in Französisch-Polynesien, sowohl von Seiten der Unabhängigkeitsbefürworter als auch der Befürworter Frankreichs, haben die Ernennung Buffets ebenfalls begrüßt. „*Er ist eine gute Wahl, denn er ist jemand, der die französischen Überseegebiete kennt*“, sagte der Präsident der Unabhängigkeitsbefürworter, Moetai Brotherson.

Französisch-Polynesien begrüßte auch die Wiederherstellung des Status des französischen Überseeministeriums, das in den letzten vier Jahren zu einem Unter-

ministerium herabgestuft worden war, das direkt dem französischen Innenministerium unterstellt ist und einen „Delegierten“, aber keinen vollwertigen Minister, hatte.

*Info: François-Noël Buffet (\* 28. August 1963 in Lyon) ist Mitglied der Parteien *Rassemblement pour la République* (RPR), der *Union pour un mouvement populaire* (UMP) sowie derzeit der *Les Républicains* (LR). Der studierte Jurist und Rechtsanwalt war über 20 Jahre Bürgermeister der Stadt Oullins (bei Lyon) im frz. Department Rhône.*

*(Radio NZ Intern. 25.09.24, [https://www.senat.fr/senateur/buffet\\_francois\\_noel04047h.html](https://www.senat.fr/senateur/buffet_francois_noel04047h.html))*

### Neuer Koordinator

Das *Pacific Islands Climate Action Network* (PICAN) hat Ende Juni Rufino Varea zu seinem neuen Regionaldirektor ernannt.

Der aus dem Dorf Oinafa auf Rotuma (Fidschi) stammende Rufino Varea bringt umfangreiche Erfahrungen in der Meeresökotoxikologie und der Bewertung von Umweltrisiken mit. Als erster Empfänger des *Development Research for Oceania Pipeline Award* der Asian Development Bank hatte sich Varea schon früh einen Namen gemacht. Er studierte am East-West Centre auf Hawai'i. Zu seinen akademischen Leistungen gehört auch das *Blue Charter Fellowship der Association of Commonwealth Universities*, währenddessen er an der University of Adelaide in Australien forschte.

Neben seiner wissenschaftlichen Arbeit ist Varea Gutachter zahlreicher Forschungsarbeiten und Autor mehrerer Buchkapitel. Er

hat verschiedene regionale Projekte zum Thema Klimawandel und Umweltverschmutzung geleitet. Außerdem hat er Schulungen und regionale Dialoge zur Unterstützung von Basisgemeinschaften und Regierungsministerien in den pazifischen Inselstaaten organisiert.

Varea war ebenso an der Förderung der Anliegen von Jugendlichen und indigenen Völkern im Rahmen von zwei Arbeitsgruppen innerhalb des Umweltprogramms der Vereinten Nationen beteiligt.

*(<https://pasifika.news/2024/06/rufino-varea-appointed-regional-director-of-pican/> 21.06.24)*

### Neuer Chef der PINA

Der tongaische Journalist Kalafi Moala ist beim Gipfeltreffen der Mitglieder der *Pacific Islands News Association* (PINA) zum neuen Präsidenten dieser regionalen Interessensvereinigung von Medienschaffenden gewählt worden. Moala ist Nachfolger von Kora Nou von der *National Broadcasting Corporation* aus Papua-Neuguinea.

Moala ist ein Urgestein des pazifischen Journalismus und seit über 30 Jahren im Geschäft. Er ist Herausgeber und Geschäftsführer des *Taimi Media Network* in Nuku'alofa, Tonga. Er setzt sich seit langem für die Medienfreiheit in Ozeanien ein und ist Autor der Bücher „Island Kingdom Strikes Back“ und „In Search of the Friendly Islands“. *(Post-Courier 27.09.24,*

*<https://pmcarchive.aut.ac.nz/profile/kalafi-moala.html>)*

## Kampf um Entschädigung für Strahlenbelastung

Trotz fast zwei Jahrzehnten unermüdlicher Lobbyarbeit zerklüften sich Guams Hoffnungen, endlich in den US-amerikanischen *Radiation Exposure Compensation Act* (RECA) aufgenommen zu werden, erneut, als die republikanische Führung des US-Repräsentantenhauses das Programm ohne Verlängerung oder Erweiterung auslaufen ließ.

Während der Vorschlag zur Verlängerung und Ausweitung des RECA im US-Senat von beiden Parteien unterstützt wurde, lehnte der Sprecher des Repräsentantenhauses, Mike Johnson, seine Aufnahme in das Gesetz zur Genehmigung der nationalen Verteidigung für 2025 ab.

Der Delegierte Guams im US-Repräsentantenhaus, James Moylan, sagte, dass der Ausschuss für Geschäftsordnung des Repräsentantenhauses seinen Änderungsantrag zur Aufnahme der RECA-Erweiterung in den Gesetzentwurf zur Verteidigungspolitik für unzulässig erklärte. Infolgedessen kam der Text nicht zur Abstimmung ins Repräsentantenhaus. *„Der Hauptgrund dafür war, dass die Ausgleichskosten nicht angegeben wurden, die auf etwa 50 Milliarden Dollar geschätzt wurden“*, sagte Moylan in einer Erklärung.

Die *Pacific Association of Radiation Survivors* (Pazifische Vereinigung der Strahlenüberlebenden) unter der Leitung von Robert Celestial hatte für die Aufnahme Guams in das RECA-Programm gekämpft und sich dabei auf den Bericht des Nationalen Forschungsrates aus dem Jahr 2005

gestützt, in dem erklärt wurde, dass das amerikanische Übersee-Territorium im Pazifik Anspruch auf Entschädigung im Rahmen des Programms hat.

*„Guam hat zwischen 1946 und 1958 messbaren Fallout von atmosphärischen Kernwaffentests im Pazifik erlitten“*, heißt es in dem Bericht des Rates, der empfahl, dass die Menschen, die während dieser Zeit auf der Insel lebten, im Rahmen von RECA finanziell entschädigt werden sollten, und zwar *„in ähnlicher Weise wie Personen, die als Downwinders gelten.“*

Auf einer Pressekonferenz auf Guam bezeichnete die Kongresskandidatin Ginger Cruz das Vorgehen der US-Repräsentantenhaus-Führung als *„eine absolute Travestie“*.

*„Wie kann man das Menschen antun, die an Krebs erkrankt sind, weil sie etwas für unser Land getan haben?“*, fragte die demokratische Kandidatin. *„Ich war wirklich niedergeschmettert, als ich hörte, dass die republikanische Partei in Washington, D.C., wieder einmal nicht auf die Menschen in Guam eingegangen ist.“*

Um den Kongress zum Handeln zu bewegen, brauche man *„öffentlichen Druck auf die Politiker“* und *„überzeugende Geschichten der Opfer“*, um dem Problem ein Gesicht zu geben.

*Hintergrund:* Das RECA (The United States Radiation Exposure Compensation Act), ein Gesetz von 1990, das finanzielle Entschädigungen für die Opfer von amerikanischen Atomtests in drei Bundesstaaten und für Uranbergleute aus der Zeit vor 1971 vorsah, lief am 10. Juni 2024 aus. Die erweiterte Version des Gesetzes hätte Guam sowie die US-

Bundesstaaten Colorado, Idaho, Missouri, Montana und New Mexico in die Liste der Gebiete aufgenommen, die derzeit unter RECA fallen, nämlich Nevada, Arizona und Utah. (*Pacific Islands Times* 13.06.24)

## MELANESIEN

### PAPUA-NEUGUINEA

#### Climate FIRST-Projekt: Auftaktworkshop und MoU-Unterzeichnung

Der Climate FIRST Inception Workshop und die Unterzeichnung des *Memorandum of Understanding* (MoU), das das Global Green Growth Institute (GGGI), die Climate Change and Development Authority (CCDA) und sieben Provinzen in Papua-Neuguinea vereint, markierten den Beginn des Projekts für Klimaresilienz und nachhaltige Entwicklung. Der Eröffnungsworkshop, der vom 3. bis 4. Juni im *Hilton Hotel* in Port Moresby stattfand, diente als zentrale Plattform für strategische Diskussionen und Kooperationsvereinbarungen, die darauf abzielen, die Klimafinanzierung und -resilienz im ganzen Land zu unterstützen.

Die zweitägige Veranstaltung begann mit Diskussionsrunden, in denen die Ziele des Projekts, die erwarteten Ergebnisse und die damit verbundenen Risiken erläutert wurden. Es war auch die erste Gelegenheit, alle Beteiligten zusammenzubringen, um die Umsetzungsmodalitäten auf nationaler und Provinz-Ebene zu diskutieren.

**Hintergrund:** Die Climate FIRST-Initiative wurde gemeinsam vom australischen Premierminister Anthony Albanese und dem Premierminister von PNG, James Marape, während ihres jährlichen *Leaders' Dialogue* in Canberra am 8. Februar 2024 gestartet. Diese Initiative zielt darauf ab, den Zugang PNGs zu Klimafinanzierung und -investitionen zu verbessern und dadurch die Klimaresilienz zu stärken und eine kohlenstoffarme Entwicklung zu fördern. Mit der Finanzierungszusage Australiens in Höhe von 20 Mio. AUD für das vierjährige Projekt, das sich von März 2024 bis März 2028 erstreckt, ist das Projekt in der Lage, einen transformativen Wandel im ganzen Land zu bewirken.

Der umfassende Ansatz des Projekts, der die Einbeziehung von Interessensgruppen, Verwaltungsreformen und strategische Investitionen umfasst, spiegelt das gemeinsame Engagement für eine nachhaltige Entwicklung und den Schutz der Umwelt wider.

Das Projekt wird in Partnerschaft zwischen der CCDA, GGGI, dem australischen Hochkommissariat im Namen des australischen Außen- und Handelsministeriums und den Provinzverwaltungen der sieben PNG-Provinzen Eastern Highlands, Enga, Manus, Milne Bay, Morobe, New Ireland und Simbu durchgeführt.

Über 50 Teilnehmende aus dem diplomatischen Corps, von Geberpartnern, Regierungsvertretern, zivilgesellschaftlichen Organisationen und aus der Wissenschaft hatten an der Veranstaltung teilgenommen und signalisierten damit eine breite Unterstützung für die ehrgeizigen Ziele von *Climate FIRST*. (PNG Business News 10.06.24)

### Abkommen zur chinesischen Seidenstraße

Der Abgeordnete der Provinzregierung von Madang, Ramsey Pariwa, und der stellvertretende Generaldirektor der *Pingtang Comprehensive Pilot Zone* aus China, He Jiemin, haben Mitte Juni eine Absichtserklärung (*Memorandum of Understanding, MoU*) über die Gründung einer Seidenstraßenpartnerschaft mit Pingtan in der Provinz Fujian in der Volksrepublik China unterzeichnet.

He Jiemin betonte, dass das MoU eine Plattform für den freundschaftlichen Austausch und die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Provinzen in PNG und China schaffen wird, unter anderem in den Bereichen Tourismus, Infrastruktur und Fischerei. *„Im Bereich Tourismus können die beiden Regionen von den Erfahrungen und Praktiken des jeweils anderen bei der Erschließung der touristischen Ressourcen der Inseln sowie bei der Projektplanung und -entwicklung lernen“*, erklärte Jiemin.

*„Wir wollen auch den zwischenmenschlichen Austausch fördern, indem wir Universitäten, Berufsschulen und Gymnasien der beiden Regionen ermutigen, Beziehungen zu ihren Partnern aufzubauen und Austauschprogramme einzurichten“*, fügte Jiemin hinzu.

Ramsey Pariwa von der Provinzregierung in Madang zeigte sich dankbar für die neue Absichtserklärung. Papua-Neuguinea arbeite bereits eng mit China und chinesischen Firmen zusammen, da seien Partnerschaften auch auf lokaler Ebene wichtig. (NBC Papua New Guinea 20.06.24)

### PNG will indonesische Investoren anziehen

Der Minister für internationalen Handel und Investitionen, Richard Maru, will die Bemühungen Papua-Neuguineas um die Anwerbung indonesischer Firmen und Investitionen verstärken. Dazu gehören Staatsbesuche der Staatsoberhäupter beider Länder, eine Handels- und Investitionsmission unter der Leitung des stellvertretenden Premierministers John Rosso und die Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung zur Einrichtung eines hochrangigen Dialog- und Kooperationsmechanismus.

Indonesien verfügt derzeit über 118 Industrieparks, 15 Sonderwirtschaftszonen (SWZ), vier Freihandelszonen und 10 Tourismuszonen, die alle einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaftskraft des Landes im Bereich der nachgelagerten Verarbeitung natürlicher Ressourcen geleistet haben.

*„Die nachgelagerte Verarbeitung hat sich in Indonesien als äußerst erfolgreich erwiesen, da sie Tausende von Arbeitsplätzen geschaffen, höherwertige Fertigkeiten vermittelt und fortschrittliche technologische Prozesse eingeführt hat. Allein die Nickel-Sonderwirtschaftszone in Weda Bay hat 80.000 direkte und 12.000 indirekte Arbeitsplätze geschaffen - mehr Arbeitsplätze als in der gesamten Bergbau- und Erdölindustrie PNGs zusammen. Im Jahr 2022 stiegen die Investitionen in den nachgelagerten Bergbau auf fast 9,2 Milliarden US-Dollar, verglichen mit 4,1 Milliarden US-Dollar im Jahr 2019“*, stellte Maru fest und betonte die bedeutende Rolle, die diese Investitionen in Indonesiens Bergbauindustrie gespielt haben.

Die indonesische Regierung hat PNG jetzt empfohlen, einen ähnlichen Ansatz zu verfolgen und ein Verbot von Rohstoffexporten zu verhängen. „*Unsere Regierung hat bereits ihre Absicht bekundet, die nachgelagerte Verarbeitung voranzutreiben. Indonesien ist gleich nebenan und bereit, seine Erfahrungen mit uns zu teilen und Unterstützung anzubieten*“, sagte Minister Maru. PNG verfüge über großes Potenzial in den Bereichen Bergbau, Erdöl, Landwirtschaft, Fischerei, Forstwirtschaft und Dienstleistungen und man könne von Indonesien lernen, wie die nachgelagerte Verarbeitung und Wertschöpfung im Land selber funktionieren können, so der Minister. PNG dürfe nicht nur ein reiner Exporteur von Rohstoffen bleiben, diese Politik greife zu kurz und hänge PNG vom Weltmarkt ab, erklärte Maru.

Er lud indonesische Unternehmen aus Industrie, Bergbau, Erdöl, Landwirtschaft, Fischerei, Tourismus und Sonderwirtschaftszonen ein, in Papua-Neuguinea zu investieren. Maru teilte mit, dass bereits zwei indonesische Unternehmen ihr Interesse an milliardenschweren Reis- und Recyclingprojekten in PNG bekundet hätten, deren Vorschläge derzeit vom Nationalen Exekutivrat (NEC) geprüft und genehmigt werden.

*Hintergrund:* Indonesien ist die größte Volkswirtschaft Südostasiens, das viertbevölkerungsreichste Land der Welt und rangiert gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt weltweit auf Platz 16 und gemessen an der Kaufkraftparität auf Platz sieben. (PNG Business News 09.09.24, Wikipedia)

## Kina Bank investiert in Queensland

Die *Kina Bank* aus Papua-Neuguinea hat eine Investition in Höhe von 7 Mio. US-Dollar in die Firma *WLTH*, ein schnell wachsendes Fintech- und Neobank-Startup in Queensland (Australien), angekündigt.

Die geplante Investition steht im Einklang mit den Zielen der Handels- und Investitionsstrategie für den pazifischen Raum in Queensland, die im November 2022 eingeführt wurde, um die Handels- und Investitionsmöglichkeiten in der Region zu verbessern.

Die Kina Bank ist das größte Vermögensverwaltungsunternehmen in Papua-Neuguinea und zeichnet sich auch im Bereich Börsenhandel und Fondsverwaltung aus.

Justin McGowan, der geschäftsführende Vorstand von *Trade and Investment Queensland* (TIQ) betonte, wie wichtig es sei, Unternehmen aus Queensland mit Partnern aus dem Pazifikraum zu verbinden: „*Sowohl die Kina Bank als auch WLTH sind bestrebt, Pionierarbeit im digitalen Bankwesen zu leisten, um die finanzielle Inklusion voranzutreiben*“, erklärte er.

*Info:* Die *WLTH*, die 2019 von den Brüdern Brodie und Drew Haupt in Brisbane gegründet wurde, hat sich zum Ziel gesetzt, den Kredit- und Zahlungsverkehrssektor zu revolutionieren und dabei den Schwerpunkt auf ökologische Nachhaltigkeit zu legen. Durch die Partnerschaft mit der Nichtregierungsorganisation *Parley for the Oceans* verpflichtet sich *WLTH*, für jeden abgerechneten Kredit 50 Quadratmeter Strand und Küstenlinie von (Plastik-)Müll zu reinigen.

Das Engagement von *WLTH* für Nachhaltigkeit wird u.a. durch seine recycelbaren Visa-Karten und seine laufenden Umweltinitiativen deutlich.

(<https://apngbc.org.au/2024/kina-bank-invests-7-million-in-brisbane-fintech-startup/> 14.06.24)

## Frauen in Aufsichtsrat gewählt

Die Rohstoff- und Energiekammer von Papua-Neuguinea (PNG CORE, *Papua New Guinea Chamber of Resources & Energy*) hat auf ihrer Jahreshauptversammlung Anfang September zwei neue weibliche Mitglieder in ihren Aufsichtsrat aufgenommen.

Die Jahreshauptversammlung bestätigte die Wiederwahl von Präsident Anthony Smarè als unabhängigem Präsidenten und von Senior Vice President Richard Kassman (*TotalEnergies*), die ihre Ämter für eine weitere Amtszeit von 12 Monaten ausüben werden. Assik Tommy Tomscoll (*Ramu Nico*) wurde ohne Gegenkandidaten zum Vizepräsidenten gewählt und tritt damit die Nachfolge des bisherigen Vizepräsidenten Philip Samar an, der von diesem Amt zurückgetreten ist.

Frau Karo Maha-Lelai, Country Manager für *New Porgera Limited* in PNG, und Frau Maygen Turliu, Partnerin bei *Deloitte PNG*, wurden neu in den Rat gewählt. Kepas Wali, General Manager External Relations bei *Harmony SE*, Leon Buskens, *Santos Country Chair* für PNG, und John Lewins, Präsident und CEO von *K92 Mining*, wurden für eine weitere Amtszeit von zwei Jahren als Ratsmitglieder wiedergewählt.

Die Wahl von Karo Maha-Lelai und Maygen Turliu in den Rat stelle einen historischen und fortschrittlichen Schritt für PNG CORE dar. „Wir freuen uns und sind begeistert von der Möglichkeit, mit diesen Führungspersonlichkeiten zusammenzuarbeiten, deren Fachwissen und neue Perspektiven unsere Arbeit zweifellos bereichern und die Branche voranbringen werden“, erklärte Pansy Taueni-Sialis, die Geschäftsführerin von PNG CORE. (PNG Business News 02.09.24)

### Förderung des Agrotourismus

Die Tourismusförderungsbehörde (Tourism Promotion Authority, TPA) und das Ministerium für Landwirtschaft und Viehzucht haben am 27. Juni eine Absichtserklärung (MoU) zur Entwicklung des Agrotourismus in PNG unterzeichnet.

Zu den wichtigsten Zielen dieser neuen Zusammenarbeit gehören die Entwicklung einer nationalen Politik für den Agrotourismus, die als Leitfaden für Investitionen dienen soll, sowie die Einrichtung von touristischen Pilotprojekten in den Provinzen Eastern Highlands, Milne Bay, East New Britain und Morobe.

Der Geschäftsführer von TPA, Eric Mossman Uvovo, erklärte, dass jetzt ein Lenkungsausschuss für Agrotourismus und eine technische Arbeitsgruppe gebildet werden sollen, um die Umsetzung der Absichtserklärung zwischen den beiden Parteien zu begleiten. Uvovo ergänzte, dass der Agrotourismus ein aufstrebendes Nischenprodukt mit großem Potenzial für Papua-Neuguinea sei.

Das Konzept bietet Landwirten, wie beispielsweise Honigbienen-

produzenten, Forellenfischzüchtern oder Kaffeebauern, die Möglichkeit, Touren zu entwickeln, die sich auf ihre Produkte oder Nutzpflanzen konzentrieren. Auf diese Weise haben die Bauern die Möglichkeit, ein Pauschalreisepaket für Urlaubende zu entwickeln, das den Standort des Betriebs, den Prozess vom Rohstoff bis zum fertigen Produkt und die Vermarktung lokaler PNG-Produkte oder lokaler Gerichte und Speisen präsentiert.

Der Sekretär des Ministeriums für Landwirtschaft und Viehzucht, Dr. Sergie Bang, hat die Absichtserklärung mit der TPA als einen wichtigen Meilenstein für den Landwirtschaftssektor begrüßt. Er betonte, dass die Zusammenarbeit mit dem neu eingeführten nationalen Plan für den Landwirtschaftssektor 2024-2033 übereinstimmt, der darauf abzielt, die bisherige Subsistenzlandwirtschaft in kommerzielle Landwirtschaft und Unternehmertum umzuwandeln. Dr. Bang wies darauf hin, dass die Entwicklung des Agrotourismus eine entscheidende Rolle bei der Verwirklichung dieser Ziele spielen wird, da er den Landwirten zusätzliche Einkünfte verschafft und die lokalen Gemeinschaften stärkt.

*Info:* Der Begriff *Agrotourismus* bezeichnet eine touristische Sparte mit Urlaubs- und Freizeitangeboten im dörflich-ländlichen Umfeld. Traditionell üblich ist die Einbeziehung der Urlaubenden in landwirtschaftliche Betriebsabläufe und der Kontakt zu Tieren, wodurch besonders Familien mit Kindern angesprochen werden. (PNG Business News 01.07.24)

## BOUGAINVILLE

### Bougainville Copper und Rio Tinto unterzeichnen Sanierungsabkommen

Das einheimische Bergbauunternehmen *Bougainville Copper Ltd.* (BCL) und seine ehemalige Muttergesellschaft *Rio Tinto* haben sich darauf geeinigt, die veraltete Infrastruktur der seit langem stillgelegten Panguna-Mine abzubauen. Der Vorsitzende von BCL, Sir Mel Togolo, und der Regional-Direktor von *Rio Tinto* für Papua-Neuguinea, Andrew Cooper, unterzeichneten dazu Ende August eine Absichtserklärung.

Sprecher beider Unternehmen erklärten, dass sie die Bedenken der Bevölkerung hinsichtlich der Umweltrisiken der alternden Infrastruktur im ehemaligen Minengebiet der Kupfermine mit der Sanierung ausräumen wollen. Damit reagieren sie auf die Ergebnisse der unabhängigen Umweltverträglichkeitsprüfung (*Legacy Impact Assessment*), die gezeigt hatte, dass die veralteten Strukturen eine Gefahr für Menschen und Umwelt darstellen.

Ziel der Aufräum- und Sanierungsarbeiten ist es, das ehemalige Minengebiet sicherer zu machen und Menschen davor zu bewahren, sich an den verrosteten, kaputten Anlagen zu verletzen. Die Sanierungsarbeiten werden an den aufgelassenen BCL-Anlagen durchgeführt, u.a. an der Jaba-Pumpstation und der Momau-Flussbrücke sowie an der ehemaligen Werkstatt des Minenbereichs, den Lagereinrichtungen sowie der Betonmauer im Stadtgebiet von Panguna.

Begonnen werden soll mit den Arbeiten noch in diesem Novem-

ber, bis Ende des Jahres will man erste Ergebnisse der Sanierung der heruntergekommenen Anlagen veröffentlichen. (*Radio NZ intern. 20.08.24*)

### Feier zum Gründungstag

Unter dem Motto „*Embrace our Past, Celebrate the Present and Move Forward for Independence*“ feierten die Einwohner\*innen von Bougainville am 15. Juni die Gründung der Autonomen Region Bougainville vor 19 Jahren am 15. Juni 2005. In der Stadt Buka wurde der Gründungstag mit einem Festwagen, einer Flaggenhissungszeremonie, kulturellen Tänzen und sportlichen Aktivitäten begangen.

Der stellvertretende Präsident Robin Wilson wies in seiner Ansprache im Namen von Präsident Toroama darauf hin, dass die Gründung der Autonomen Regierung von Bougainville das Ergebnis eines langen und komplexen Prozesses sei, der auf historischen, sozialen und politischen Faktoren beruhe. Im Rahmen des Friedensabkommens nach der Bougainville-Krise wurde 2005 die Autonome Regierung von Bougainville (ABG) eingesetzt und mit weitreichenden Befugnissen und Verantwortlichkeiten ausgestattet.

„Die ABG ist nur eine Übergangslösung auf dem Weg zu einem unabhängigen Staat Bougainville“, betonte Wilson in seiner Ansprache. „Wir stehen vor wirtschaftlichen Problemen und müssen eine nachhaltige wirtschaftliche Basis schaffen, die die Entwicklung von Schlüsselindustrien wie Bergbau, Landwirtschaft und Fischerei umfasst“, ergänzte er. „Die Wiedereröffnung der Panguna-Mine ist umstritten und

*erfordert ein sorgfältiges Management, um sicherzustellen, dass sie der lokalen Bevölkerung zugutekommt, ohne dass die Rechte unserer Bevölkerung zugunsten des wirtschaftlichen Nutzens an den Rand gedrängt werden*“, hieß es weiter.

Die Verhandlungen über die Wieder-Eröffnung der Panguna-Mine, die Gründung der *Bougainville Refineries Limited* und die Einrichtung der *Bougainville Agriculture Commodities Regulation Authority* sind bereits im Gange. (*Post-Courier 18.06.24*)

### Pater entwickelt Fünf-Jahres-Plan

Der Premierminister von Papua-Neuguinea, James Marape, hat vor kurzem in Arawa-Town den Fünf-Jahres-Entwicklungsplan für Zentral-Bougainville offiziell vorgestellt. Der Fünf-Jahres-Plan (2023-2027) ist eine Initiative des Abgeordneten für Zentral-Bougainville, Pater Simon Dumarinu, zur Verbesserung der Dienstleistungen und zur Förderung der Eigenständigkeit der Wählerschaft. Der Plan steht unter dem Motto „*Paving the Way Forward for Socio-Economic Development through empowering Service Delivery*“.

Pater Dumarinu sagte, dass sich der Plan vor allem auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung, der Infrastruktur, der Bildung, des Gesundheitswesens und der Regierungsführung konzentrieren wird. „Dieser Plan ist ein Versuch, unsere Bevölkerung auf die Unabhängigkeit vorzubereiten“, so Pater Dumarinu. „Er steht im Einklang mit den strategischen Entwicklungsplänen der autonomen Regierung

*Bougainvilles und der nationalen Regierung*“, erklärte der katholische Geistliche.

Premierminister Marape erklärte, er sei dankbar, dass es in Zentral-Bougainville so viele positive Entwicklungen und Fortschritte gebe. Er bedankte sich bei Pater Dumarinu für sein Engagement für die Lokalbevölkerung und versprach, dass sich die Regierung von Papua-Neuguinea weiterhin für eine gute Entwicklung Bougainvilles einsetzen werde.

An der öffentlichen Vorstellung des Planes nahmen auch der Präsident von Bougainville, Ishmael Toroama, der regionale Abgeordnete für Bougainville, Peter Tsiamalili Jnr, sowie Minister der nationalen PNG-Regierung und der autonomen Regierung von Bougainville teil. (*PNG Business News 01.07.24*)

## SALOMONEN

### Abkommen zur Stärkung der grenzüberschreitenden Beziehungen

Die Salomonen und Vanuatu haben ein Grenzabkommen unterzeichnet, um die „*kulturellen und historischen Bindungen*“ zwischen den beiden benachbarten melanesischen Nationen weiter zu stärken. Das sogenannte *Tirvau-Abkommen* wurde am 21. Juni von den Premierministern der beiden Länder in Honiara (Salomonen) unterzeichnet.

Das Abkommen soll die grenzüberschreitenden Beziehungen zwischen den Provinzen Temotu auf den Salomonen und Torba auf Vanuatu stärken. Temotu ist die östlichste Provinz der Salomonen und liegt näher an Vanu-

atu als Honiara, während Torba - bestehend aus den Inselgruppen Torres und Banks - die nördlichste und bevölkerungsärmste Provinz Vanuatus ist.

Das Abkommen ist eine Erweiterung des Motalava-Vertrags zwischen den beiden Nationen, der bereits im Oktober 2016 unterzeichnet wurde. Premierminister Jeremiah Manele von den Salomonen erklärte, dass es bei dem Abkommen um die Förderung friedlicher Beziehungen, die Erleichterung wirtschaftlicher Aktivitäten, die Gewährleistung einer wirksamen Grenzverwaltung und die Zusammenarbeit in sektoralen und humanitären Fragen von gegenseitigem Interesse gehe. Es gehe auch um eine Stärkung des Handels und des Wirtschaftswachstums in beiden Staaten.

*Info:* Tirvau ist der Name für das Federgeld der Bewohner\*innen von Temotu. (*Radio NZ Intern. 25.06.24, <https://solomons.gov.sb/solomon-islands-and-vanuatu-signs-tirvau-agreement/>*)

### Salomonen geben Vorsitz ab

Der scheidende Vorsitzende und Minister für Fischerei und Meeresressourcen der Salomonen, Nestor Giro, hat Mitte September den Vorsitz der Vertragsparteien des Nauru-Abkommens (*Parties to the Nauru Agreement, PNA*) offiziell an die Föderierten Staaten von Mikronesien übergeben.

Giro als Vorsitzender der PNA bezeichnete das Jahr 2023 als ein wichtiges Jahr für die Salomonen, da während seiner Amtszeit eine Reihe von wichtigen Ereignissen stattgefunden habe.

Man werde auch unter dem neuen Vorsitz weiter daran arbeiten,

die Thunfischbestände in der Region nachhaltig zu bewirtschaften und die Gewinne aus dem Export der Thunfische gerecht unter den Vertragsparteien aufzuteilen.

*Hintergrund:* Das sogenannte *Nauru-Abkommen* wurde 1982 unterzeichnet und regelt die Zusammenarbeit von acht Pazifikstaaten im Bereich der Fischerei. Ziel des Abkommens ist es, den Zugang zu Fischbeständen im zentralen Pazifik zu verwalten und die Fangrechte effizient zu koordinieren, insbesondere im Hinblick auf den Thunfischfang.

Die Vertragsparteien des Nauru-Abkommens sind: Nauru, Papua-Neuguinea, Fidschi, Kiribati, Salomonen, Vanuatu, Tonga und Tuvalu. (*<https://sbm.sb/solomon-islands-handover-pna-chairmanship-to-fsm/>*)

### Botschaft in Abu Dhabi eröffnet

Am 1. Oktober weihte Premierminister Jeremiah Manele die neue Botschaft der Salomonen in Abu Dhabi (Vereinigte Arabische Emirate, VAE) im Beisein von Dr. Thani bin Ahmed Al Zeyoudi, dem Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten, diplomatischen Vertretern der VAE, potenziellen Investoren und Regierungsmitgliedern der Salomonen ein.

*„Die Einrichtung und Präsenz der Botschaft der Salomonen in den VAE ist Teil der Außenpolitik meiner Regierung, die darauf abzielt, unsere bilateralen Beziehungen und die Zusammenarbeit mit den VAE zu verbessern, zu stärken und voranzutreiben“,* erläuterte Premierminister Manele bei der Einweihungsfeier. Er fügte hinzu, dass die Salomonen sich darauf

freuen, von den Erfahrungen der VAE in Bezug auf eine transformative Partnerschaft, insbesondere in den Bereichen Handel, Investitionen und anderen Schlüsselsektoren, zu lernen.

Die Salomonen möchten auch die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Arabischen Emiraten im Bereich der Arbeitskräftemobilität verstärken. Derzeit dienen sechs Männer von den Salomonen in der Luftwaffe der VAE als Flugzeugingenieure.

*Info:* Die Botschaft in Abu Dhabi ist die erste Botschaft der Salomonen in der arabischen Welt. (*<https://solomons.gov.sb/prime-minister-manele-inaugurates-solomon-islands-new-embassy-in-abu-dhabi/>* 01.10.24)

### Medikamente für Krankenhaus - Eröffnung eines Labors

Das Lata-Krankenhaus hat eine Ladung von dringend benötigten Medikamenten und medizinischen Hilfsgütern erhalten, die an Bord des von der australischen Regierung gecharterten Flugzeugs *Solomon Airlines Dash 8* auf die Insel geflogen wurden. An Bord befanden sich Beamte sowohl der Salomonen als auch der australischen Regierung, die zur feierlichen Eröffnung des *Lata Bio Medical Laboratory* angereist waren.

Der *National Medical Stores Manager* des Krankenhauses, Pharmazeut Wesley Kukutu, bestätigte, dass ein Teil der Medikamente aus der kürzlich angekündigten Finanzierung der australischen Regierung in Höhe von 9,1 Millionen Dollar stammte, während die übrigen Vorräte und Hilfsmittel mit Mitteln der Regierung der Salomonen gekauft wurden. Er sagte, dass weitere Großpackun-

gen für das Lata-Krankenhaus zum Versand bereitstünden und auf die nächste verfügbare Lieferung nach Lata warteten.

Zur Einweihung des neuen Labors waren auch hochrangige Politiker\*innen nach Lata gekommen, darunter der Minister für Gesundheit und medizinische Dienste, Dr. Paul Popora Bosawai, der Premier der Provinz Temotu sowie die Hochkommissarin Australiens für die Salomonen, Elise Newton.

*Info:* Lata ist die Hauptstadt der Provinz Temotu auf der Insel Santa Cruz. Das Provinzkrankenhaus hat 46 Betten. Es fehlte u.a. an Malariamitteln, Antibiotika und Asthmamitteln wie Inhalatoren. (*Sunday Isles 13.09.24, Wikipedia*)

### Gemeinsam gegen Korruption

Die *Fiji Independent Commission against Corruption* (FICAC) hat eine Absichtserklärung mit der unabhängigen Kommission der Salomonen (*Solomon Islands Independent Commission Against Corruption*, SIICAC) gegen Korruption unterzeichnet.

Ziel ist die gegenseitige Verständigung und die Zusammenarbeit, der Austausch von Wissen und der kontinuierliche Aufbau von Kapazitäten der beiden Behörden bei der Korruptionsbekämpfung.

Die amtierende stellvertretende Kommissarin der FICAC, Francis Puleiwai, sagte bei der Unterzeichnung des Abkommens im *Grand Pacific Hotel* in Suva (Fidschi), die Absichtserklärung spiegle die Vision beider Anti-Korruptionsbehörden wider, dass man die Bekämpfung von Vetterwirtschaft und Korruption im Pazifikraum gemeinsam voranbringen könne.

Pulewai erklärte, man werde zukünftig gemeinsam länderübergreifend Fälle von Korruption aufdecken, untersuchen und die Verantwortlichen entsprechend bestrafen.

Sie sagte, dass die Stärkung des öffentlichen Bewusstseins für das Thema Korruption und die sektübergreifende Zusammenarbeit für bessere Ergebnisse bei der Korruptionsbekämpfung sorgen würden. (*Fiji Village 02.07.24*)

## FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Oliver Hasenkamp, Berlin.]

### Ex-Premier Bainimarama vorzeitig aus Haft entlassen

Fidschis früherer Premierminister Voreqe Bainimarama ist im November nach etwa der Hälfte seiner insgesamt einjährigen Haftstrafe vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen worden. Dies teilte der zuständige *Fiji Corrections Service* mit. Demnach habe Bainimarama einen Antrag auf vorzeitige Entlassung aus der Haft gestellt, der nach ausführlicher Prüfung verschiedener Faktoren wie der guten Führung während der Haftzeit und der nicht vorhandenen Fluchtgefahr bewilligt worden sei. Bainimarama darf die verbleibende Zeit seiner Haftstrafe nun an seinem Heimatort verbringen, muss sich dort allerdings täglich bei den Behörden bzw. seinem Arbeitgeber melden.

Bainimarama war im Mai 2024 wegen der Beeinflussung der Justiz in einem Verfahren rund um die *University of the Pacific* während seiner Amtszeit als Premierminister zu einem Jahr Haft verurteilt worden (siehe Bericht-

erstattung in der vorletzten Ausgabe der *Pazifik aktuell*). Das Verfahren ging über mehrere Instanzen, da ein Richter mehrfach versuchte, Bainimarama die Haftstrafe bereits im Vorfeld zu erlassen. Für die Gegner Bainimaramas war die Verurteilung des ehemaligen Premierministers zu genau einem Jahr Haft deshalb wichtig, weil Bainimarama damit die zukünftige Betätigung in der Politik untersagt ist.

Bainimarama hatte als damaliger Militärführer im Jahr 2006 die Macht in Fidschi übernommen und das Land – 2024 und 2018 in mehr oder weniger demokratischen Wahlen gewählt – bis Dezember 2022 regiert. Seine Verurteilung im Mai dieses Jahres war, trotz seiner insgesamt zweifelhaften Regierungsführung, teils als politisch motiviert kritisiert worden. Neben der täglichen Meldepflicht unterliegt Bainimaramas Freilassung weiteren Bedingungen, die jedoch nicht spezifiziert wurden. Der *Fiji Corrections Service* unterstrich in einer Mitteilung, dass es sich um ein übliches Verfahren handle und Bainimarama keinen „Promi-Bonus“ erhalten habe. (*Radio New Zealand 09.11.24, Fiji Times 09.11.24, 10.11.24, Fiji Village 08.11.24*)

### Innenminister zieht sich nach Skandal um Passvergabe an Sektenmitglieder vorübergehend zurück

Seit Jahren gibt es Berichte über den wirtschaftlichen und politischen Einfluss der sogenannten „*Grace Road Church*“ in Fidschi, einer ursprünglich aus Südkorea stammenden Sekte, der unter anderem Freiheitsentzug und weitere Menschenrechtsverbrechen vorgeworfen werden. Nun

erschüttert ein Skandal das Innenministerium, das auch für Einwanderungsfragen zuständig ist. Offenbar sind von Angestellten des Ministeriums an den gesetzlichen Regelungen vorbei fidschianische Pässe an Kinder von ausländischen Mitgliedern der Sektengemeinde vergeben worden, die Fidschi – teilweise auch angesichts drohender Strafverfolgung in anderen Ländern – als Rückzugsort nutzen. Die Vergabe von Pässen erschwert es Fidschi, Mitglieder der Gemeinschaft auszuweisen.

Der zuständige Minister Pio Tikoduadua hat mittlerweile eine umfassende Untersuchung des Vorfalles angeordnet und seinen vorübergehenden Rücktritt angeboten, um eine unabhängige Untersuchung zu ermöglichen. Premierminister Sitiveni Rabuka hat das Rücktrittsuch mittlerweile angenommen. Offenbar plant Tikoduadua nach Abschluss der Untersuchung jedoch eine Rückkehr ins Amt. Er bestreitet, von der Vergabe der Pässe gewusst zu haben. (*Radio New Zealand 22.11.24*)

### **Putschführer George Speight begnadigt**

George Speight, der zu lebenslanger Haft verurteilte Anführer des bewaffneten Putschs in Fidschi im Jahr 2000, ist im September 2024 vom fidschianischen Präsidenten begnadigt und aus der Haft entlassen worden. Zuvor war bereits lange über eine mögliche bevorstehende Begnadigung spekuliert worden (siehe Berichterstattung in früheren Ausgaben der *Pazifik aktuell*), unter anderem weil der seit Dezember 2022 amtierende Premierminister Sitiveni Rabuka öffentlich für eine Begnadigung

Speights eingetreten war.

Speight galt bis zu seiner Freilassung als der berüchtigtste Gefangene in Fidschi. Seine Freilassung löst in Teilen der Bevölkerung Sorgen vor einer Rückkehr zu einer ethno-nationalistischen Politik und einer Diskriminierung der Fidschianer\*innen aus, deren Vorfahren von während der Kolonialzeit aus Indien nach Fidschi gekommenen Arbeiter\*innen abstammen.

Der Name George Speight ist in vielerlei Hinsicht eng mit der politischen Entwicklung in Fidschi in den zurückliegenden fast 25 Jahren verbunden. Im Jahr 2000 war Speight der wichtigste Anführer der bewaffneten Aufständischen, welche die demokratisch gewählte Regierung von Premierminister Mahendra Chaudhry stürzen wollten. Chaudhry war im Jahr zuvor zum ersten fidschianischen Premierminister gewählt worden, der Nachfahre der indischen Arbeitskräfte ist, die in der Kolonialzeit nach Fidschi kamen. Um die Jahrtausendwende stellte diese Gruppe die Bevölkerungsmehrheit in Fidschi, durch Abwanderung in Folge diskriminierender Politik und der Angst nach dem Putsch von 2000 ist die Zahl mittlerweile auf etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung zurückgegangen.

56 Tage lang hielten Speight und seine Anhänger Chaudhry sowie zahlreiche Minister und Abgeordnete als Geiseln im Parlament des Landes gefangen. Begleitet wurde der Aufstand durch Gewalt gegen Menschen mit indischen Wurzeln und Brandstiftung gegen ihren Besitz. Nach langem Zögern, weil das Militär eigentlich als Garant der Vormachtstellung der indigenen Bevölkerung galt, beendete der damalige Militärführer Voreqe Bainimarama den Aufstand schließlich, indem er

sich gegen die Putschisten stellte. In Folge des Eingreifens durch das Militär kam es innerhalb der Streitkräfte zu einer Meuterei, bei der mehrere Menschen das Leben verloren. Bis heute stellen die Ereignisse aus dem Jahr 2000 ein nicht wirklich aufgearbeitetes nationales Trauma da.

Für seine Beteiligung an dem Putsch ist Speight ursprünglich zum Tode verurteilt worden, diese Strafe wurde jedoch in eine lebenslange Haft umgewandelt. Gemeinsam mit George Speight wurden nun sechs weitere Beteiligte an dem Putsch im Jahr 2000 aus der Haft entlassen, darunter Shane Stevens, der als Strippenzieher der Meuterei im Militär gegen Bainimarama gilt. Anders als viele andere Beteiligte, die teils schon nach wenigen Jahren freigelassen wurden, haben sie viele Jahre hinter Gitter verbracht – im Falle von Speight und Stevens insgesamt 24 Jahre. Das liegt vor allem an Bainimarama: Nach Beendigung des Putschs setzte er als damaliger Militärführer zwar nicht Mahendra Chaudhry wieder als Premierminister ein, sondern eine neue Regierung unter dem Premierminister Laisenia Qarase. Als dessen Regierung 2006 erstmals eine Amnestie für Speight plante, entmachtete Bainimarama Qarase allerdings wieder und übernahm selbst die Macht im Land. Speights Freilassung kann also auch als Vorgehen gegen das Erbe des langjährigen Premierministers Bainimarama gesehen werden.

Ausgesprochen wurde die Begnadigung Speights von Fidschis Präsidenten Ratu Wiliame Katoivere, dessen Amtszeit mittlerweile ausgelaufen ist (siehe folgende Meldung). Zuvor hatte sich auch eine Kommission mit dem

Antrag auf Begnadigung von Speight befasst. Diese war bereits vor einigen Monaten zu dem Ergebnis gekommen, Speight könne freigelassen werden. Premierminister Sitiveni Rabuka forderte bereits im Wahlkampf 2022 eine Freilassung Speights, hielt sich als Premierminister wohl auch auf Rücksicht auf einen seiner zwei Koalitionspartner mit dieser Forderung zurück. Er begrüßte jedoch die Begnadigung und teilte mit, sich bald mit Speight treffen zu wollen – und zwar explizit nicht als Teil eines nationalen Versöhnungsprozesses, sondern als „Freund“. Auch Rabuka weist jedoch ein wechselhaftes Verhältnis zu Speight auf. Er amtierte bereits von 1992 bis 1999 ein erstes Mal als fidschianischer Premierminister, damals mit einer dezidiert ethno-nationalistischen Agenda. Zum Ende seiner Amtszeit gab er sich jedoch gemäßigter und ermöglichte den zunächst friedlichen Machtwechsel an den später durch Speight gestürzten Mahendhra Chaudhry.

Speight hatte in dem Verfahren gegen ihn stets beteuert, er sei nur der „Frontmann“ des Putschs, jedoch nicht der Drahtzieher gewesen. Allerdings hatte er darüber hinaus geschwiegen und keine Informationen zu möglichen Hintermännern herausgerückt. Auch Rabuka war deshalb immer wieder mit dem Putsch in Verbindung gebracht worden, was er stets bestritt. So waren es nach der Freilassung nun sowohl Chaudhry als auch Rabuka, die in fidschianischen Medien beide von Speight forderten, endlich sein Schweigen zu brechen und der Öffentlichkeit zu sagen, wer die Drahtziehen des Putschs waren – wenn er diese Rolle tatsächlich nicht selbst ausgeübt

hatte. Rabuka bezeichnete sich in fidschianischen Medien gar als eines der Opfer von Speights Schweigen, da dadurch auch sein Ruf durch die Gerüchte über seine Beteiligung geschädigt worden sei.

Auch wenn die Freilassung von Speight bei einigen Menschen böse Erinnerungen an frühere Zeiten weckt, gehen die Einschätzungen zu den Auswirkungen der Freilassung auseinander. Viele Expert\*innen für die fidschianische Politik und Geschichte wie der Wissenschaftler Jon Fraenkel verweisen darauf, dass Speight sich in den 24 Jahren seiner Haft verändert habe, vor allem gläubiger Christ geworden sein soll. Während seiner Haftzeit seien seine Ehe und weitere familiäre Beziehungen zu Bruch gegangen, weshalb das Gefängnis kein kraftvoller, sondern ein gebrochener Mann verlasse. Sie unterstreichen außerdem, dass ein großer Teil der fidschianischen Bevölkerung die Ereignisse im Jahr 2000 gar nicht aktiv erlebt habe, viele Menschen erst nach den Ereignissen geboren oder zumindest politisch sozialisiert worden seien.

Anfang November hat in den Queen Elisabeth Baracks, dem Ort der gescheiterten Meuterei innerhalb des Militärs im Jahr 2000, eine Versöhnungszeremonie stattgefunden, bei der Shane Stevens im Beisein von Premierminister Rabuka die Familien bei der Meuterei getöteter Soldaten um Vergebung gebeten hat. Auf Bitte von Rabuka durfte sein inhaftierter Amtsvorgänger Bainimarama das Gefängnis verlassen, um an der Zeremonie teilzunehmen. Rabuka selbst gab sich in einer Rede während der Zeremonie selbstkritisch, suchte die

Schuld für die Ereignisse im Jahr 2000 sogar bei sich selbst, weil er mit seinen beiden Militärputschen im Jahr 1987 eine ‚Putschkultur‘ losgetreten habe, die auch die Ereignisse im Jahr 2000 überhaupt erst möglich gemacht habe. (*Radio New Zealand 20.09.24, 23.09.24, 25.09.24, 26.09.24, Reuters 19.09.24, ABC 25.09.24, Fiji Times 20.09.24, 24.09.24, Fiji Village 23.09.24, 02.11.24, Wikipedia*)

### **Ratu Naiqama Lalabalavu zum neuen Präsidenten gewählt**

Ratu Naiqama Lalabalavu ist am 30. Oktober 2024 zum neuen Präsidenten Fidschis gewählt worden und hat sein Amt am 12. November 2024 angetreten. Er folgt auf Ratu Wiliame Katonivere, der das Amt seit 2021 innehatte und anders als lange angekündigt nicht erneut angetreten war (vgl. Berichterstattung in der vorletzten Ausgabe). Der Präsident übernimmt in Fidschi ähnlich dem deutschen Bundespräsidenten vor allem repräsentative und zeremonielle Aufgaben, kann aber zum Beispiel auch Gefangene begnadigen (siehe Meldung zur Begnadigung von George Speight).

Gewählt wird der Präsident von den Mitgliedern des fidschianischen Parlaments. Dort stimmten 37 der 55 Mitglieder für Lalabalavu, der bei den Wahlen 2018 und 2022 jeweils für die Parteien von Premierminister Sitiveni Rabuka, der ihn nun auch für das Präsidentenamt nominierte, kandidierte. Zuletzt war Lalabalavu Sprecher des fidschianischen Parlaments.

Vor allem Organisationen, die sich für die Rechte von Frauen einsetzen, kritisieren die Wahl Lalabalavus. Shamima Ali, die Koordinatorin des *Fiji Women's*

*Crisis Centre* etwa halt Lalabalavu aufgrund seiner patriarchalen Ansichten für nicht geeignet für das Amt. Sie kritisiert auch die Frauenministerin Lynda Tabuya, welche die Wahl Lalabalavus unterstützt hatte und diesen sogar als „*männlichen Champion*“ im Kampf für die Gleichberechtigung bezeichnet hatte.

Erst Anfang Oktober war Lalabalavu als Sprecher des fidschianischen Parlaments außerdem heftig kritisiert worden, nachdem er sich aus Sicht von Menschenrechtsorganisationen herablassend und rassistisch gegenüber einem Abgeordneten geäußert hatte, der Nachfahre sogenannter „Blackbirders“ ist – also Menschen zumeist aus Melanesien oder Mikronesien, die im 19. Jahrhundert gegen ihren Willen zur Arbeit auf Plantagen zumeist in Australien oder auch in Fidschi gezwungen worden sind. Zahlreiche zivilgesellschaftlichen Gruppen forderten nach den Kommentaren den Rücktritt Lalabalavu.

Es ist nicht das erste Mal, dass Lalabalavu durch umstrittene Äußerungen auffällt: Im Jahr 2015 war er als damaliger Oppositionsabgeordneter gar für zwei Jahre von der Parlamentsarbeit suspendiert worden, nachdem er den damaligen Sprecher des Parlaments beleidigt hatte. Das mag durchaus auch ein politischer Schachzug der damaligen Regierungsmehrheit gewesen sein, um die Opposition zu gängeln, trotzdem erinnern nun auch Organisationen, die nicht im Verdacht stehen, der damaligen Regierung unter Voreqe Bainimarama nahe zu stehen, an die ausfallenden Äußerungen, die Lalabalavu aus ihrer Sicht für sein neues Amt disqualifizieren. (*Radio New Zealand 07.10.24, 31.10.24, Wikipedia*)

## USA und Fidschi planen Verteidigungsabkommen

Bei einem Treffen in Fidschi haben Premierminister Sitiveni Rabuka und der US-Verteidigungsminister Lloyd Austin Ende November 2024 eine engere militärische Zusammenarbeit beider Länder vereinbart. Austins Besuch in Fidschi war der erste Besuch eines amerikanischen Verteidigungsministers in einem pazifischen Inselstaat überhaupt – mit Ausnahme der drei vertraglich an die USA gebundenen Staaten (Palau, FS Mikronesien, Marshall-Inseln). Unter anderem einigten sich beide Staaten darauf, US-amerikanischen Streitkräften im Falle humanitärer Krisen vereinfachten Zugang zu Fidschi zu ermöglichen, sodass die USA in Zukunft nach Naturkatastrophen eine wichtigere Rolle bei der Unterstützung des Landes mit Medikamenten, Treibstoff oder Nahrungsmitteln einnehmen könnten. In der Vergangenheit hatten in solchen Fällen bereits etwa Soldat\*innen aus Australien und Neuseeland, aber auch aus Indonesien im Katastrophenfall auch auf fidschianischem Boden unterstützt. Vor allem aber wollen die beiden Länder in den kommenden Monaten ein umfassendes Verteidigungsabkommen aushandeln, das etwa auch gemeinsame Militärübungen oder Trainings beinhalten könnte.

Für die USA ist die Vereinbarung mit Fidschi ein strategischer Erfolg im regionalen Machtkampf mit China. Es zeigt aber auch, wie schnelllebig und schwer einschätzbar Entwicklungen im Pazifik oft sind. Denn noch vor wenigen Monaten reiste Fidschis Premierminister Rabuka ganze zehn Tage lang nach China, wo er ebenfalls eine engere Zusam-

menarbeit mit der Staatsführung vereinbarte (siehe Berichterstattung in der letzten Ausgabe). Nach dem Besuch in China war vielerorts vermutet worden, dass Fidschi weiterhin politisch eng mit China und nicht den USA zusammenarbeiten würde. So zeigen beide Ereignisse aber auch, dass die pazifischen Inselstaaten ein Interesse daran haben, sowohl mit den USA als auch mit China zusammenzuarbeiten, dabei aber häufig in der Gefahr stehen, zwischen die Fronten und unter den Druck, sich für eine der beiden „Seiten“ zu entscheiden, geraten. (*Radio New Zealand 25.11., 26.11.24*)

## VANUATU

### Neuer Sondergesandter für Klimawandel

Um die Bemühungen Vanuatus in der globalen Klimapolitik zu stärken, hat der stellvertretende Premierminister und Außenminister Matai Seremaiah Nawalu Herrn Ralph Regenvanu am 20. August zum Sondergesandten für Klimawandel und Umwelt ernannt. Die Ernennung, die gemäß Abschnitt 29 des Gesetzes Nr. 20 von 2013 über den Auswärtigen Dienst erfolgte, weist Regenvanu eine Schlüsselrolle bei der Förderung der Klima- und Umweltagenda Vanuatus auf der globalen Bühne zu.

*„Mit Ihrem Fachwissen und Ihrem globalen Netzwerk werden Sie die Regierung auch dabei unterstützen, wichtige Klima- und Umweltinitiativen voranzutreiben, einschließlich der Verhandlungen über den Zugang zu wichtigen Klimafinanzierungsmitteln“,* so Minister Nawalu in seinem offiziellen Ernennungsschreiben.

Regenvanus Mandat erstreckt sich auch auf die Vertretung Vanuatus auf verschiedenen internationalen Plattformen, darunter das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC), die kleinen Inselentwicklungsstaaten (SIDS) und die kleinen Inselentwicklungsstaaten im Pazifik (PSIDS), sowie auf COP-Treffen und andere globalen Foren.

*Info:* Ralph Regenvanu (Jahrgang 1970) studierte Entwicklungsfor- schung und Anthropologie an der *Australian National University* (ANU) und schloss 1989 mit einem Bachelor of Arts (B.A.) ab. Während seiner anschließenden Tätigkeit von 1991 bis 1995 als Kurator des *National Museum of Vanuatu* gehörte er 1994 zu den Gründungsmitgliedern der *Pacific Islands Museums Association* (PIMA), ehe er zwischen 1995 und 2006 Direktor des *Vanuatu Cultural Centre* war. 2008 ging er in die Politik und hatte dort u.a. das Außenministerium und das Ministerium für Außenhandel inne. Eine Woche vor seiner Ernennung war Regenvanu als Minister für die Anpassung an den Klimawandel zurückgetreten. (*Pasifika Environews 21.08.24, Wikipedia*)

### Erstes Positionspapier zur Außenpolitik

Die Regierung von Vanuatu hat Anfang Juli über das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, internationale Zusammenarbeit und Außenhandel ihr erstes, 52-seitiges Positionspapier zur Außenpolitik veröffentlicht.

Der stellvertretende Premierminister und zuständige Minister für auswärtige Angelegenheiten, Matai Seremaiah, erklärte, die

Außenpolitik ziele auf die Förderung und Entwicklung bestimmter Bereiche ab, darunter die Förderung der Souveränität und der Schutz der nationalen Grenzen. *„Wir haben uns verpflichtet, die Souveränität und territoriale Integrität Vanuatus zu schützen. Die Klärung der maritimen Grenzen, einschließlich unserer legitimen und historischen Ansprüche auf die Inseln Matthew (Umanupne) und Hunter (Leka), hat weiterhin oberste Priorität“*, sagte Seremaiah.

Die Steigerung von Wohlstand und Wohlergehen sei eines von vier zentralen Zielen in der Außenpolitik des melanesischen Inselstaates. Man bemühe sich um die Stärkung der bilateralen, regionalen und internationalen Zusammenarbeit, um die internationalen Handelsbeziehungen weiter auszubauen, ausländische Investoren anzuziehen und ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum für alle Einwohner\*innen zu fördern.

*„Ein außenpolitisches Papier ist für ein Land aus mehreren Gründen wichtig“*, erklärte der vanuatische Premierminister Salwai. *„Es umreißt die internationalen Ziele und die Strategien zur Erreichung dieser Ziele und gibt eine klare Richtung für die diplomatischen Bemühungen vor. Es geht darauf ein, wie ein Land seine nationalen Interessen zu schützen gedenkt, einschließlich ausländischer Sicherheitsbedrohungen, und beschreibt, wie es sich im internationalen Handel, bei Investitionen und in Wirtschaftsabkommen engagieren wird, um Wirtschaftswachstum und Stabilität zu fördern. Eine Außenpolitik erklärt auch, wie ein Land mit internationalen Krisen, Konflikten und humanitären Problemen umgehen will, um effektiv auf globa-*

*le Herausforderungen zu reagieren“*.

Premierminister Salwai bekräftigte das Engagement Vanuatus für eine enge Zusammenarbeit mit den Entwicklungspartnern im Pazifik und in Übersee und forderte sie auf, ihre Bemühungen auf die neuen außenpolitischen Ziele Vanuatus abzustimmen. (*Vanuatu Daily Post 10.07.24, Radio NZ Intern. 11.07.24*)

### Traditionelle Chiefs lehnen Homosexualität ab

Als Reaktion auf den weltweit gefeierten *Pride Month* erklärte der Präsident des *Malvatumauri Council of Chiefs*, Chief Paul Robert Ravun, dass es in Vanuatu keinen *Pride Month* gibt und auch niemals geben werde.

*„Wir ermutigen weder Männer, Männer zu heiraten, noch Frauen, Frauen zu heiraten, das ist nicht unser Brauch („custom“) und wird niemals akzeptiert werden“*, erklärte das Oberhaupt des traditionellen Ältestenrates von Vanuatu.

Der Häuptling betonte, dass gemäß der einheimischen Tradition LGBTQ+-Personen in der *Nasara* (einer traditionellen Versammlung, einem Rat der Ni-Vanuatu) nicht anerkannt werden und die Aussicht auf einen schwulen Häuptling unvorstellbar sei: *„Unsere Bräuche erkennen Schwule in der Nasara nicht an. Wir respektieren jedoch ihre demokratischen Rechte, auch wenn diese Rechte nicht in den Rahmen der traditionellen Bräuche fallen“*, ergänzte Chief Ravun.

*Info:* Der *Pride Month* der LGBTQ+-Community findet jedes Jahr im Juni statt und ist für alle queeren Menschen eine Mög-

lichkeit, den Stolz (daher auch „Pride“ Month) für die Offenheit im Umgang mit ihrer Sexualität zu feiern! Mit „queer“ sind alle Menschen gemeint, die nicht der heteronormativen Norm entsprechen, also z.B. Schwule, Lesben, Bisexuelle, Trans\*-Menschen und andere. Der Höhepunkt des Monats ist der Christopher Street Day, der an die Nacht vom 27. auf den 28. Juni 1969 erinnern soll, in der der sogenannte „Stonewall-Aufstand“ stattfand. Damals stürmten Polizist\*innen in der Christopher Street in New York (USA) gewaltsam die Homosexuellen-Bar „Stonewall Inn“, aber ein Großteil der Besucher widersetzte sich der Verhaftung. Das war ein wichtiger Wendepunkt für die LGBTQ+-Community im Kampf für Gleichberechtigung. (*Vanuatu Daily Post* 12.06.24, <https://echte-vielfalt.de/>)

### **Vanuatu und Neuseeland unterzeichnen Vereinbarung über Klimafinanzierung**

Am 17. Juni 2024 wurde mit der Unterzeichnung eines Abkommens durch die neuseeländische Hochkommissarin in Vanuatu, Nicola Simmonds, und den amtierenden Generaldirektor des *Ministeriums für Klimawandelanpassung* (MoCCA), Abraham Nasak, offiziell eine Vereinbarung über eine flexible Klimafinanzierung zwischen den Regierungen von Vanuatu und Neuseeland geschlossen.

Diese *Partnerschaftsvereinbarung zur flexiblen Finanzierung des Klimawandels* ist eine Vereinbarung zwischen der Regierung von Vanuatu, vertreten durch das MoCCA, und der Regierung von Neuseeland, vertreten

durch das *Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Handel* (MFAT). Sie umfasst einen Betrag von 8 Millionen NZD\$, was 500 Millionen VT entspricht. Bei der Unterzeichnung würdigte der amtierende Generaldirektor Nasak Neuseeland als einen der wichtigsten Partner Vanuatus bei der Bewältigung des Klimawandels und der Verringerung des Katastrophenrisikos.

Die finanzielle Unterstützung für das MoCCA wird die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen in Vanuatu gemäß dem *Nationalen Plan für nachhaltige Entwicklung* und der *Nationalen Politik zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Verringerung des Katastrophenrisikos* von 2016 bis 2030 unterstützen.

Die neue Partnerschaftsvereinbarung schafft einen Rahmen für die Zusammenarbeit und die finanzielle Unterstützung durch das MFAT. Das bedeutet, dass das MFAT zwar Finanzmittel zur Verfügung stellt, die Durchführung der Aktivitäten, Projekte und Initiativen zum Klimawandel jedoch direkt vor Ort vom Ministerium für Klimawandel in Vanuatu übernommen wird. (*Vanuatu Daily Post* 19.06.24)

### **Indische Hochkommissarin will Beziehungen stärken**

Die indische Hochkommissarin für Neuseeland und vier pazifische Inselstaaten, darunter Vanuatu, hat ihr Engagement für eine zukünftig noch engere Zusammenarbeit mit Vanuatu bekräftigt.

Hochkommissarin Neeta Bhushan wies auf die gemeinsamen Werte von Indien und Vanuatu hin, darunter Demokratie und Rechts-

staatlichkeit.

Bhushan wies auf die Auswirkungen des Klimawandels auf die pazifischen Staaten, insbesondere Vanuatu, hin und betonte die gemeinsamen Bemühungen Indiens, Vanuatu in dieser Hinsicht zu unterstützen.

Sie sagte weiter, die Beziehungen zwischen Indien und Vanuatu seien dynamisch und durch eine umfassende Zusammenarbeit gekennzeichnet, was sich in ihrem Engagement in verschiedenen multilateralen Foren wie den Vereinten Nationen zeige. Sie erklärte, sie wolle diese Verbindung weiter ausbauen und versprach, Vanuatu häufiger zu besuchen, um die bilaterale Zusammenarbeit zu fördern.

Während ihres Besuchs weihte Hochkommissarin Bhushan das *Centre for Excellence in Information Technology* am *Vanuatu Institute of Technology* ein. Trotz der Herausforderungen bei der Umsetzung des Projekts seit der Unterzeichnung der Absichtserklärung im Jahr 2016 äußerte sich Bhushan zufrieden über die Verwirklichung dieser Initiative, die das indische Fachwissen im IT-Sektor nutzt. (*Vanuatu Daily Post* 14.06.24)

## **KANAKY (NEUKALEDONIEN)**

### **Tjibaou ist neuer Parteivorsitzender der UC**

Der 48-jährige Emmanuel Tjibaou ist zum Vorsitzenden der *Union Calédonienne (UC)*, der ältesten und größten politischen Partei Neukaledoniens, gewählt worden. Seine Wahl erfolgte auf dem 43. Kongress der *Union Calédonienne*, der am Wochenende des 23. und 24. November im Mia-

„Stamm“ in der Nähe von Canala stattfand. Nachdem der scheidende UC-Vorsitzende Daniel Goa angekündigt hatte, dass er nicht zur Wiederwahl antreten würde, war Tjibaou der einzige Kandidat für den Parteivorsitz.

Daniel Goa (71) war seit November 2012 jedes Jahr als UC-Präsident wiedergewählt worden. Der ehemalige Fabrikarbeiter hatte die Partei durch stürmische Zeiten geführt, darunter drei Referenden über die Selbstbestimmung zwischen 2018 und 2021, die Covid-Pandemie und den Aufstieg und Fall von Neukaledoniens wichtiger Nickelindustrie.

Auf dem UC-Kongress hat sich auch ein neues Team im Parteivorstand konsolidiert, da langjährige Mitglieder wie Gilbert Tyuionon ihr Amt verloren haben. Tjibaou wird von zwei Vizepräsidenten unterstützt, Pierre-Chanel Tutugoro und Michaël Forrest (Tutugoro ist Fraktionsvorsitzender der UC-FLNKS und der Nationalisten im Kongress von Neukaledonien und ehemaliger Generalsekretär der UC; Forrest ist Mitglied der Regierung von Neukaledonien und zuständig für Außenpolitik, Jugend, Kultur und Sport). Dominique Fochi wurde als UC-Generalsekretärin wiedergewählt, während Amandine Darras die neue Rolle der stellvertretenden Generalsekretärin übernimmt.

Da die UC einen Weg in die Unabhängigkeit von Frankreich fordert, wird der neu gewählte UC-Präsident eine entscheidende Rolle in den kommenden Gesprächen mit dem französischen Staat und den gegen die Unabhängigkeit gerichteten Parteien Neukaledoniens spielen. In einer Fernsehansprache noch am

Abend seiner Wahl betonte Tjibaou: „*Unser Ziel bleibt unverändert: Zugang zur vollen Souveränität*“.

*Info:* Emmanuel Tjibaou stammt vom „Stamm“ der Tiendanit in der Nähe von Hienghène in der Nordprovinz Neukaledoniens und folgt seinen Vorfahren in die Führung einer der ältesten politischen Parteien der Pazifikinsel, die bereits 1953 gegründet wurde. Sein Vater Jean-Marie Tjibaou war eine führende Persönlichkeit in der kulturellen Renaissance der Kanak in den 1970er Jahren. Im Mai 1977 änderten Jean-Marie Tjibaou und andere Kanak-Führer auf dem Kongress der *Union Calédonienne* in Bourail ihre Parteipolitik in Richtung Unterstützung der politischen Unabhängigkeit und nicht der Autonomie innerhalb der französischen Republik. Die UC schloss sich später mit anderen Unabhängigkeitsparteien zusammen und gründete im März 1981 den *Front indépendantiste* (FI).

Im September 1984 war der charismatische Kanak-Führer dann Mitbegründer der Unabhängigkeitskoalition *Front de Libération Nationale Kanak et Socialiste* (damals wie heute ist die UC das größte Mitglied der FLNKS).

Die Führungsgeneration, die die UC in eine Unabhängigkeitspartei umwandelte, wurde in den folgenden Jahren dezimiert: Ihr erster Generalsekretär Pierre Declercq wurde im September 1981 von einem Unbekannten ermordet; sein Nachfolger Eloi Machoro wurde im Januar 1985 von Scharfschützen der französischen GIGN-Polizei niedergeschossen und Jean-Marie Tjibaou und Yeiwene Yeiwene wurden beide im Mai 1989 von Djubelli

Wea ermordet.

Nach diesen Todesfällen spielte Emmanuel Tjibaou eine führende Rolle bei der Versöhnung der Familien und Clans der getöteten Anführer. Später war er Direktor des *Jean-Marie Tjibaou Cultural Centre*, des wichtigsten Kunst- und Kulturzentrums des Landes in der Hauptstadt Nouméa. Nachdem er sich ein Jahrzehnt lang auf die Kulturarbeit in der Nordprovinz Neukaledoniens konzentriert hatte, wandte sich Emmanuel Tjibaou erst kürzlich einem politischen Amt zu.

Zu Beginn dieses Jahres kandidierte Tjibaou für einen der beiden Sitze Neukaledoniens in der französischen Nationalversammlung und gewann die zweite Runde der Wahl am 7. Juli 2024 mit 57 % der Stimmen. Es war das erste Mal seit 38 Jahren, dass ein unabhängigkeitsorientierter Kanak-Politiker einen Sitz in der französischen Legislative gewann.

*Hintergrund:* Die Wahl von Canala als Veranstaltungsort des 43. UC-Kongresses im November war kein Zufall. Vor vierzig Jahren begann der damalige Generalsekretär der UC, Eloi Machoro, mit einem Boykott der Kommunalwahlen in Neukaledonien, indem er symbolisch eine Wahlurne im Rathaus von Canala mit einer Axt zerschlug.

(<https://islandsbusiness.com/news-break/union-caledonienne-new-president/> 25.11.24)

### **Neuer Vorsitzender des Ältesten-Senats**

Eloi Gowe (65) aus dem Gebiet Ajië-Arö ist der neue Vorsitzende im Ältestenrat (Senat) der „Häuptlinge“ von Neukaledonien (Customary Chief Senate, frz: Sé-

nat coutumier). Gowe löste seinen Vorgänger Victor Cogny offiziell während einer Übernahmezeremonie ab, die Ende August stattfand und von traditionellen Gesängen und Tänzen sowie dem Austausch von Geschenken geprägt war. Cogny war 18 Monate im Amt gewesen.

In seiner Antrittsrede - in Anwesenheit des neukaledonischen Präsidenten Louis Mapou und des Kongresspräsidenten Roch Wamytan - rief Gowe dazu auf, die Situation in Neukaledonien, die seit den Unruhen vom 13. Mai durch anhaltende Gewalt, Blockaden und ein aufrührerisches Klima gekennzeichnet ist, zu „beruhigen“.

Der neue Senatspräsident versicherte, dass der Ältestenrat nicht die Absicht habe, sich in die Politik einzumischen, sondern sich nur an Gesprächen über Themen beteiligen wolle, die die kulturelle Identität der indigenen Kanak betreffen. Der Rat sei ein Gremium, das die Traditionen und Brauchtümer der indigenen Kanak für die Zukunft bewahren wolle. Es ginge ihm nicht um politische Macht oder Einflussnahme, so Gowe. (*Radio NZ intern*. 28.08.24, <https://la1ere.francetvinfo.fr/>)

## MIKRONESIEN

### Steigerung des Mindestlohns

**Palau:** Nach fast 10 Jahren Stillstand hat der palauische Kongress (*Olbiil Era Kelulau*, OEK) den Mindestlohn in Palau in zwei 75-Cent-Schritten auf 5 US-Dollar pro Stunde erhöht.

Zum 1. Oktober 2024 stieg der Mindestlohn des Inselstaates auf 4,25 Dollar pro Stunde. Am 1. Oktober 2025 wird der Mindestlohn dann auf 5 Dollar pro Stunde angehoben.

Das letzte Gesetz zur Erhöhung des Mindestlohns in Palau wurde 2013 verabschiedet und der Mindestlohn damals auf 3,50 Dollar pro Stunde angehoben.

Seit seinem Amtsantritt hat Präsident Surangel S. Whipps, Jr. eine Erhöhung des Mindestlohns gefordert. Die beiden Kammern des OEK haben jeweils über verschiedene Versionen von Gesetzen zur Erhöhung des Lohns beraten. Im März legte Whipps dem OEK einen Nachtragshaushaltsantrag für das Haushaltsjahr 2024 vor, der neben einer beträchtlichen Liste von Subventionen und Vergünstigungen für die Palauer\*innen auch die Anhebung des Mindestlohns enthielt, z. B. die Erhöhung des monatlichen Stipendiums für Blinde und Rollstuhlfahrende und die Einführung der Kindererziehungsbeihilfe, der ersten ihrer Art in Palau.

Das Repräsentantenhaus und der Senat des OEK verabschiedeten am 7. Juni einen gemeinsamen Gesetzentwurf, den Whipps am 10. Juni als Public Law 11-34 unterzeichnete. Mit dem neuen Gesetz wird das Budget für das Geschäftsjahr 2024 um etwas mehr als 13 Millionen Dollar auf 119 Millionen Dollar aufgestockt, womit sich der Haushalt auf 133 Millionen Dollar erhöht. Das Haushaltsjahr 2024 endet am 30. September 2024. (*Marianas Business Journal* 18.06.24)

### Eine neue Generation junger Journalist\*innen

**Palau:** Bei der „alten Garde“ herrscht gegenüber der nachrückenden Generation in so gut wie jedem Berufsfeld oft eine gewisse Skepsis. Nicht so jedoch bei einem der erfahrensten Journalisten Palaus, Kambes Kesolei, der seit über 16 Jahren eine treibende Kraft in der Medienlandschaft des Inselstaats ist. Seine Begeisterung ist spürbar, wenn er über die aufstrebenden jungen Journalist\*innen seines Landes spricht, denn nun sind es nicht mehr nur sein eigener Name und die der wenigen anderen Journalisten auf Palau, die er wie bisher immer unter den Artikeln in den Medien gelesen hat.

Kambes ist nicht nur Herausgeber einer der größten Zeitungen des Landes, „*Tia Belau*“, sondern auch Präsident des *Palau Media Council*, der die Medien des Landes vertritt und für sie eintritt. Er und seine Kollegen haben in den vergangenen Jahrzehnten viel Zeit und Energie investiert, um neue Reporter\*innen zu gewinnen und nun ist es trotz der sehr begrenzten Ausbildungsmöglichkeiten und knappen Ressourcen endlich gelungen, ein neues Team auf die Beine zu stellen.

Viele der bestehenden Reporter in Palau haben nicht als Journalisten angefangen; sie kamen aus anderen Lebensbereichen und mit einem anderen fachlichen Hintergrund. Die meisten Fähigkeiten mussten sie sich selbst aneignen. Die jungen und aufstrebenden Journalist\*innen hingegen werden nun durch das *Pacific Media Assistance Scheme* (PACMAS) unterstützt, zu dem auch das Programm „*Foundations of Journalism*“ des Senders *ABC International Development*

gehört. Die Unterstützung umfasst auch einen Leitfaden zur Wahlberichterstattung, der von Bernadette Carreon, einer der erfolgreichsten Journalistinnen Palaus, erstellt wurde. Damit hatte die neue Generation von Journalisten nun zum ersten Mal die Möglichkeit, eine vollständige journalistische Grundausbildung zu erhalten, ihre Schreibfähigkeiten, aber auch ethische Standards weiterzuentwickeln.

Laut Rita Narayan, der Co-Designerin des Kurses bei ABC, sei das Ausbildungsprogramm eigens auf die einzelnen Pazifikländer und ihre politischen und sozialen Kontexte zugeschnitten. Die Grundprinzipien des Journalismus seien weltweit dieselben, aber ABC wollte ein Programm entwickeln, das den lokalen Kontext berücksichtigt und anwendet.

Laut Kambes sind die positiven Ergebnisse schon jetzt sichtbar. Die Nachwuchs-Journalist\*innen sind vor allem versiert im Hinblick auf soziale Medien und erreichen dadurch viel mehr Palauer\*innen mit ihren Inhalten und aktuellen Nachrichten.

*(Artikel von Clara Groth, Masterstudentin Chinese Studies, Uni Würzburg. <https://www.abc.net.au/abc-international-development/article-pacmas-palau-election-foundations-of-journalism-/104426710>)*

### Ergebnis der Präsidentenwahlen

**Palau:** Der Präsident des pazifischen Inselstaates Palau, Surangel Whipps Jr., wurde Anfang November für eine zweite Amtszeit wiedergewählt. Er besiegte damit im Rennen um die Präsidentschaft seinen Schwager und Kontrahenten Tommy Remengesau.

Palau, das angesichts der Spannungen mit China für das US-Militär ein strategisch wichtiger Partner ist, hielt am 5. November seine Präsidentschafts- und Senatswahlen ab.

In einer öffentlichen Ansprache nach seinem Wahlsieg verwies Whipps auch auf bevorstehende Herausforderungen und kündigte an, dass seine Regierung daran arbeiten werde, Palaus Wirtschaft weiter zu diversifizieren und gleichzeitig das Meer und die Wälder zu schützen.

Palau hat in diesem Jahr einen Freihandelsvertrag mit Washington erneuert. Im Rahmen dieses Abkommens erhält das Land über einen Zeitraum von 20 Jahren Wirtschaftshilfen in Höhe von 890 Millionen US-Dollar. Im Gegenzug dafür soll der Inselstaat dem US-Militär weiterhin Zugang zu seinen Meeresgebieten, seinem Luftraum und seinem Land gewährt.

*(Artikel von Clara Groth, Masterstudentin Chinese Studies, Uni Würzburg. <https://theconversation.com/the-us-isnt-the-only-country-voting-on-nov-5-this-small-pacific-nation-is-also-holding-an-election-and-china-is-watching-237321>)*

### Wie der Klimawandel ein Pazifik-Reich versinken ließ

**FSM/Pohnpei:** Auf der Insel Pohnpei, die zu den Föderierten Staaten von Mikronesien (FSM) gehört, stehen die beeindruckenden Ruinen von Nan Madol. Einst war dieser Monumentalkomplex die politische, kulturelle und religiöse Heimat der Saudeleur-Dynastie, die die Insel beherrschte. Die Anlage, die aus über 100 künstlichen Inseln, massiven Mauern und Kanälen besteht, erzählt die Geschichte eines mächtigen Reiches, das dem steigenden Meeresspiegel

zum Opfer fiel.

Archäologische Untersuchungen haben nun gezeigt, dass Nan Madol in zwei Phasen errichtet wurde. Die erste Phase begann im 10. und endete im 12. Jahrhundert, die zweite zog sich vom späten 12. bis zum frühen 15. Jahrhundert. Während dieser Zeit stieg der Meeresspiegel um etwa 50 Zentimeter, begleitet von klimabedingten Schwankungen und den - unterschiedlich stark ausfallenden - Wetterphänomenen El Niño und La Niña. Diese verursachten regelmäßig Überschwemmungen und Erosion, was die Bewohner\*innen dazu zwang, immer aufwändigere Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

Trotz ihrer Bemühungen wurden die Überflutungen zunehmend unkontrollierbar. Die Kanäle von Nan Madol waren bei Flut oft mit Wasser gefüllt und die Ufermauern mussten wiederholt instandgesetzt werden. Dieser immense Aufwand überstieg schließlich die Möglichkeiten der Bewohner\*innen Nan Madols. Im 15. Jahrhundert wurde die Anlage aufgegeben und die Saudeleur-Dynastie brach zusammen.

Die Geschichte von Nan Madol ist ein eindringliches Beispiel für die Folgen von Umweltveränderungen. Der Klimawandel, der bereits vor Jahrhunderten den Untergang dieses Reiches einleitete, stellt auch heute für viele Küstenbewohner\*innen weltweit eine existenzielle Bedrohung dar; auch wenn sich die extremen Klimaveränderungen heute zu meist auf den anthropogenen (menschengemachten) Klimawandel zurückführen lassen. *(Artikel von Noah Schmitz. [scinexx.de](http://scinexx.de) 14.10.24)*

## Raubkunst aus Mikronesien?

**FSM/Pohnpei:** Das *Museum Natur und Mensch* in Freiburg untersucht derzeit die Herkunft seiner ethnologischen Sammlung aus der Kolonialzeit. Im Fokus steht das Forschungsprojekt *Cormoran*, das sich mit der Provenienz (Herkunft) von rund 100 Objekten beschäftigt, die mit dem Kaiserlichen Marinekreuzer *S.M.S. Cormoran* nach Deutschland gelangten. Das Projekt, das von Januar 2024 noch bis Jahresende läuft, wird finanziell vom Deutschen Zentrum Kulturgutverluste gefördert.

Von den über 3.000 Objekten aus Ozeanien in der Freiburger Sammlung stammen mehr als ein Drittel aus der Periode der deutschen Kolonialherrschaft (1885–1914). Es wird untersucht, inwiefern diese Gegenstände im Zusammenhang mit militärischen Aktionen wie den sogenannten Strafexpeditionen der kaiserlichen Marine erworben wurden. Viele Stücke gelten als unproblematische Reiseandenken, während andere möglicherweise unter Gewaltanwendung beschafft wurden.

Eine dieser Strafexpeditionen war die Antwort auf eine Rebellion von Stammesmitgliedern der indigenen Soheks, die auf einer kleinen Insel im Norden Pohnpeis heimisch waren. Pohnpei selbst ist heute eine der vier Hauptinseln der Förderverein Staaten von Mikronesien (FSM). Der Aufstand auf Pohnpei begann 1910 als Reaktion auf die zunehmende Kontrolle der deutschen Kolonialbehörden über die Insel. Die Einheimischen widersetzten sich der Einführung neuer Steuern, der Einschränkung traditioneller Rechte und der Zwangsarbeit. Die Spannungen eskalierten, als

die Bewohner\*innen die Bestrafung eines Zwangsarbeiters durch Deutsche mit organisiertem – zunächst friedlichem – Widerstand antworteten.

Die kaiserliche Marine entsandte daraufhin Kriegsschiffe, darunter die *S.M.S. Cormoran*, um den Aufstand zu unterdrücken. Die Intervention endete in einer Reihe blutiger Gefechte, bei denen viele Einheimische getötet oder gefangen genommen wurden. Während der Strafexpedition wurden nicht nur Siedlungen zerstört, sondern auch Kulturgüter geplündert. Diese Objekte gelangten anschließend nach Deutschland und fanden ihren Weg in Museen wie das Freiburger *Museum Natur und Mensch*.

*Info:* Das Projekt *Cormoran* leistet wichtige Grundlagenforschung zur Aufarbeitung kolonialer Raubkunst und dokumentiert die Verbindung zwischen kolonialer Gewalt und europäischen Sammlungen. Es zielt darauf ab, unrechtmäßig erworbene Objekte zu identifizieren, deren Rückgabe zu ermöglichen und den Dialog mit den Herkunftsgesellschaften zu fördern. (Artikel von Noah Schmitz. SWR 02.11.24, [https://www.freiburg.de/pb/265394\\_238170\\_238308\\_499151\\_2135533\\_2308330.html](https://www.freiburg.de/pb/265394_238170_238308_499151_2135533_2308330.html) 29.10.24)

## NGOs aus Guam sprechen vor dem höchsten UN-Gericht

**Guam** wird ab dem 2. Dezember an den bisher größten Klimaverhandlungen vor dem internationalen Gerichtshof im niederländischen Den Haag teilnehmen. Vertreter\*innen von *Blue Ocean Law*, einer Nichtregierungsorganisation (NGO) mit Sitz in Guam, werden ebenfalls vor dem Internationalen Gerichtshof vorsprechen, um die Auswirkungen des

Klimawandels auf die Menschenrechte zu diskutieren.

In diesem beispiellosen Prozess wird der Gerichtshof über ein Rechtsgutachten zum Klimawandel verhandeln und dabei dutzende Staaten anhören. Die mündlichen Verhandlungen beginnen am Montag, den 2. Dezember und werden von einer Koalition von verschiedenen Gruppen aus dem Pazifikraum angeführt. Außerdem werden Rechtsteams und internationale Organisationen aus 100 Ländern unterschiedliche Argumente und Positionen vortragen, sowie direkte Vorschläge zur Prävention und Reduktion von Emissionen einbringen. Anhand des daraus entstehenden Gutachtens sollen Staaten rechtlich dazu verpflichtet werden, ihre Treibhausgasemissionen zu senken. Es könnten dabei auch Schadensersatzpflichten festgelegt werden.

Bevölkerungen im Pazifikraum sind ganz besonders von den Folgen des Klimawandels betroffen, der das Lebensgefüge in ganz Ozeanien zu zerstören droht. Im Jahr 2019 kam daher eine Gruppe von Jurastudierenden der *University of the South Pacific* zusammen, um Druck auf die pazifischen Staats- und Regierungschefs auszuüben, die Klimakrise vor den Internationalen Gerichtshof zu bringen.

Die Republik Vanuatu hatte damals mit der rechtlichen Unterstützung von *Blue Ocean Law* erfolgreich eine Koalition aus 132 Ländern angeführt und im Konsens eine historische Resolution in der UN-Vollversammlung verabschiedet, in der das nun anstehende Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zum Klimawandel gefordert wurde.

Benötigt wird vor allem mehr rechtlicher Klarheit darüber, wie bestehende internationale Gesetze angewendet werden können, um kollektive Maßnahmen gegen den Klimawandel zu stärken und so die Umwelt und klimafährdete Länder wie kleine Inselstaaten zu schützen. Dabei wird auch versucht, den Zusammenhang zwischen dem Klimawandel einerseits und den Menschenrechten andererseits auf eine feste völkerrechtliche Grundlage zu stellen. Aktivisten hoffen, dass das Rechtsgutachten der IGH-Richter weitreichende Konsequenzen im Kampf gegen den Klimawandel haben wird.

Gleichzeitig besteht jedoch die Befürchtung, dass die Anfrage der UN-Vollversammlung nach einem unverbindlichen Gutachten letztendlich nur begrenzte Auswirkungen haben könnte und dass es Monate oder sogar Jahre dauern könnte, bis der internationale Gerichtshof das Gutachten ausgearbeitet hat.

Die Anhörungen im Friedenspalast finden nur wenige Tage nach einem erbittert ausgehandelten Klimaabkommen auf dem COP29-Gipfel in Baku (Aserbaidschan) statt, gemäß dessen Industrieländer bis 2035 mindestens 300 Milliarden US-Dollar pro Jahr für die Klimafinanzierung bereitstellen müssen. Experten halten diese Summe allerdings für viel zu niedrig und kritisieren außerdem, dass in der Abschlusserklärung keine endgültige Abkehr von fossilen Brennstoffen erwähnt wird.

Zu den etwa 98 Ländern und 12 Organisationen und Gruppen, von denen erwartet wird, dass sie Beiträge am Internationalen Gerichtshof einreichen, gehören einige der größten Kohlenstoffverschmutzer der Welt – darun-

ter die drei größten Treibhausgasemittenten der Welt, China, die Vereinigten Staaten von Amerika und Indien.

(Artikel von Clara Groth, Masterstudentin Chinese Studies, Uni Würzburg. [https://www.guampdn.com/news/guam-part-of-largest-climate-hearings-in-worlds-highest-court/article\\_c16dbdea-aece-11ef-8d58-33b3041a33cc.html](https://www.guampdn.com/news/guam-part-of-largest-climate-hearings-in-worlds-highest-court/article_c16dbdea-aece-11ef-8d58-33b3041a33cc.html))

### Taiwans Präsident Lai besucht Guam

**Guam:** Taiwans Präsident Lai Ching-te wird während seiner bevorstehenden Pazifikreise einen Zwischenstopp auf Hawai'i und Guam einlegen. Der Staatsbesuch wird von chinesischer Seite als Provokation gesehen.

Lai wird seine Reise mit dem Besuch der Marshall-Inseln, von Tuvalu und von Palau beginnen – drei kleinen Pazifikstaaten, die zu Taiwans wenigen offiziellen diplomatischen Verbündeten gehören. Während des Besuchs wird Lai auch auf Hawai'i und Guam Zwischenstopps einlegen.

Taiwans Politiker\*innen haben Besuche bei diplomatischen Verbündeten oft dazu genutzt, inoffizielle Zwischenstopps in den Vereinigten Staaten einzulegen. Die USA gelten als Taiwans wichtigster Unterstützer und Waffenlieferant, auch wenn die beiden Staaten keine offiziellen diplomatischen Beziehungen pflegen.

Das chinesische Verteidigungsministerium reagierte empört und warnte davor, Taiwan offen zu unterstützen. Peking versteht Lais Besuch auf Guam und Hawai'i als amerikanischen Einflussversuch und als unrechtmäßige Unterstützung separatistischer Kräfte.

Karen Kuo, Sprecherin des taiwanesischen Präsidentenamtes, betonte, dass Lais offizieller Besuch

bei den drei diplomatischen Verbündeten der Stärkung der freundschaftlichen Beziehungen mit gleichgesinnten Demokratien diene. Sie fügte hinzu, dass die Aufrechterhaltung des regionalen Friedens und der Stabilität die gemeinsame Verantwortung beider Seiten der Taiwanstraße sei.

Besteht die Gefahr neuer chinesischer Militärmanöver? Lais Besuch auf Hawaii erfolgt zu einer Zeit, in der sich die Regierung von Taiwans engstem Verbündeten, den USA, in einer Übergangsphase befindet. Taipei beobachtet daher sehr genau, wie sich unter der neuen Trump-Administration die Beziehungen zwischen den USA und China verändern könnten.

Aus Geheimdienstkreisen heißt es, dass Peking auf Lais Auslandsreise mit erneuten Militärübungen in der Nähe der Insel reagieren könnte. Seit Anfang des Jahres hat Peking bereits zwei Militärmanöver vor der Küste Taiwans durchgeführt. (Artikel von Clara Groth, Masterstudentin Chinese Studies, Uni Würzburg.

<https://edition.cnn.com/2024/11/29/asia/taiwan-president-us-hawaii-hnk-intl/index.html>

<https://focustaiwan.tw/politics/202411280014>)

### Militarisierung und Umweltgerechtigkeit

**Nördliche Marianen:** In einem Interview mit dem Radiosender *Science Friday* äußerte sich die Kulturanthropologin Dr. Isa Arriola dazu, welche Rolle die Militarisierung und die Umweltgerechtigkeit auf Guam spielen. Die USA etablierten nach dem Zweiten Weltkrieg eine militärische Präsenz im gesamten Gebiet von Guam und errichteten außerdem den damals größten Luftwaffen-

stützpunkt der Welt auf der Insel Tinian. Das US-Militär hat das Gebiet nie verlassen und in den 1980er Jahren wurden die Nördlichen Marianen dann zum US-Territorium. Seit einigen Jahren nimmt die Militarisierung wieder zu, als Reaktion auf die aus amerikanischer Sicht wachsende Bedrohung Chinas im Westpazifik.

Gleichzeitig bedroht eine derartige Militarisierung massiv die Umwelt und damit letztendlich die Lebensgrundlage der Bevölkerung auf den Nördlichen Marianen, wenn beispielsweise Treibstoff-Pipelines über die einzige Trinkwasserquelle verlegt werden oder Bauern ihre Äcker durch Landrodung für den Bau von Flugplätzen ihre Nahrungsgrundlage verlieren.

Als die US-Regierung 2013 vorschlug, die Insel Pagan erneut für Militärübungen zu nutzen, wehrte sich die Bevölkerung vor Ort erfolgreich und die Regierung in Washington ließ letztendlich von dem Plan ab. Laut Arriola geht der Sicherheitsdiskurs, der zu Verteidigungszwecken Eingriffe in das Leben der Menschen vor Ort und in ganze Ökosysteme rechtfertigt, zu weit. Denn einerseits tragen Armeen auf der ganzen Welt zu etwa 6 % der globalen Treibhausgasemissionen bei und andererseits stellt der Klimawandel, unter anderem bedingt durch die erhöhten Emissionen, die größte Bedrohung für Guam dar. Dr. Isa Arriola spricht sich daher auch für eine breitere Demilitarisierung in der gesamten Pazifikregion aus.

*(Artikel von Clara Groth, Masterstudentin Chinese Studies, Uni Würzburg. <https://www.sciencefriday.com/segments/mariana-islands-militarization-climate-injustice/>)*

## Unsichere Zukunft der Tourismusindustrie

**Nördliche Marianen:** Drei Jahre nach der Aufhebung der Reisebeschränkungen kämpfen die Nördlichen Marianen weiterhin damit, die wirtschaftlich so wichtige Tourismusbranche wieder auf das Niveau von vor der Coronapandemie zu bringen, denn Direktflüge vom chinesischen Festland sind aufgrund eines Flugreisetstreits mit den Vereinigten Staaten von Amerika vorübergehend ausgesetzt.

Während sich die Lage auf Saipan und anderen Inseln der Nördlichen Marianen vor allem aufgrund der Rückkehr koreanischer Tourist\*innen leicht entspannt hat, berichtet die Tourismusbehörde, dass die Besucherzahlen im Jahr 2023 trotzdem lediglich nur auf 46 % des Niveaus von vor der Pandemie kamen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen sind verheerend, weshalb in Saipans wichtigstem Tourismusbezirk Garapan viele Geschäfte und Restaurants bereits schließen mussten.

Im letzten Jahrzehnt haben sich Südkorea und China zu den beiden wichtigsten Herkunftsländern von Urlaubenden auf den Nördlichen Marianen entwickelt, wobei viele Direktflüge die asiatischen Länder mit Saipan verbinden. Vor der Pandemie machten chinesische Reisende etwa 40 % der Besucher aus.

Tourist\*innen aus China geben laut Brancheninsidern auch wesentlich mehr Geld aus als Reisende aus Südkorea. Zudem besteht bei chinesischen Besucher\*innen noch ein großes Wachstumspotenzial, während der Markt in Korea schon weitestgehend gesättigt ist.

Allerdings fehlen aktuell gerade die Gäste aus China, da aufgrund eines Flugverkehrsstreits mit den Vereinigten Staaten viele Flugverbindungen nicht wieder aufgenommen werden konnten. Im Juni 2020 ordnete Washington die Aussetzung von Flügen fast aller chinesischer Passagierfluggesellschaften von und in die Vereinigten Staaten an. Grund dafür war eine chinesische Regelung, die US-Fluggesellschaften daran hinderte, ihre Rechte im Rahmen des Zivilluftverkehrsabkommens der beiden Länder vollständig auszuüben.

Während die US-Regierung die Quote für chinesische Fluggesellschaften seit Mai 2023 schrittweise erhöht hat, bleibt die wöchentliche Obergrenze von 50 Hin- und Rückflügen sowohl chinesischer als auch amerikanischer Fluggesellschaften bestehen. Das ist nur ein Drittel der über 150 wöchentlichen Hin- und Rückflüge, die im Januar 2020 von beiden Seiten erlaubt waren.

Ein Grund, weshalb sich auch die Zahl japanischer Tourist\*innen bisher nicht erholt hat, ist, dass der Wettbewerb unter Reisezielen immer weiter zunimmt. Deshalb versuchen viele Hotels und Tourismusresorts mittlerweile mit einem noch größeren Angebot und Veranstaltungen wie Marathons und Angelturnieren die Urlaubswilligen aus Übersee anzulocken. *(Artikel von Clara Groth, Masterstudentin Chinese Studies, Uni Würzburg.*

*[https://www.mvariety.com/news/local/northern-marianas-seeks-to-revive-tourism-amid-stopped-china-flights/article\\_40097c1c-84ad-11ef-9600-dbe641bdf6f6.html](https://www.mvariety.com/news/local/northern-marianas-seeks-to-revive-tourism-amid-stopped-china-flights/article_40097c1c-84ad-11ef-9600-dbe641bdf6f6.html))*

## Desinformation und kreative Lösungsansätze im Pazifik

**Nauru:** Auf der ersten *Disinfo Pacific Conference* in Brisbane (Australien) in diesem Monat wurde ein auffälliger Kontrast zwischen den europäischen und pazifischen Ansätzen zur Bekämpfung von Desinformation deutlich. Während Europa sich in Richtung regulatorischer Rahmenbedingungen bewegt, die sich auf Verhaltensmuster und die Rechenschaftspflicht von Social-Media-Plattformen konzentrieren, konzentriert sich die Pazifikregion weitgehend auf den Aufbau überregionaler Resilienz gegen Desinformationen. Denn wie in Europa und vielen weiteren Regionen der Welt ist Desinformation auch im Pazifikraum ein weit verbreitetes Problem.

Laut Pazifischem Inselforum untergraben politische Instabilität, Regierungskrisen und begrenzte Ressourcen die demokratischen Systeme im Pazifik. Allerdings verschlimmern Desinformation und ausländische Einmischung weiterhin die Lage und bedrohen die regionale Souveränität, den sozialen Zusammenhalt und die Stabilität der Wahlsysteme.

Der Aufbau einer modernen Telekommunikationsinfrastruktur zwischen 2017 und 2020 führte zu einem sprunghaften Anstieg der Nutzung sozialer Medien. Die Verbreitung günstiger Smartphones und erschwinglichere Datentarife führten dazu, dass Länder wie Fidschi, Nauru, Tuvalu, Samoa und die Marshall-Inseln in den letzten Jahren einen rasanten Anstieg der Internetverbindungen erlebten. Heute sind etwa 80 Prozent der Bevölkerung dieser Länder online – weit mehr als der weltweite Durchschnitt.

Und plötzlich geschah alles online. Von Live-Wahlergebnissen bis hin zu Regierungsankündigungen war Facebook "the place to be". Trotz der vielen Vorteile, die größere digitale Vernetzung mit sich bringen kann, wurden die Gefahren für die pazifische Lebensweise vor allem während der Covid-19-Pandemie deutlich: Falschinformationen von außerhalb der Region, Vorurteile, Verschwörungsmymen und online-Belästigung, die alle die Informationsintegrität und die Sicherheit im Internet gefährden.

Eine Besonderheit im Pazifikraum ist die Geschwindigkeit, mit der sich Falschinformationen verbreiten und in das offline-Leben der Communities eindringen. Viele der Inselkulturen zeichnen enge soziale Netzwerke aus, in denen sich Informationen schnell verbreiten – oft als „Kokosnuss-WLAN“ bezeichnet. In dieser Umgebung geht Online-Desinformation schnell in Offline-Gespräche über und beeinflusst die Wahrnehmung in der realen Welt.

Beispielsweise führten Gerüchte im Internet über Organentnahmen in Papua-Neuguinea zur vorübergehenden Schließung von Schulen, während es aufgrund angeblicher Entführungen auf den Salomonen zu Straßensperren und mindestens zwei Angriffen auf Ausländer kam. Auch auf Fidschi löste Desinformation Spannungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen aus, wodurch die Kampagne #fijiisunited entstand.

Abgesehen von politischer Desinformation steht der Pazifikraum auch vor erheblichen Herausforderungen in Bezug auf Desinformation zu Klimawandel und Gesundheitsinfodemien, die das Vertrauen in Wissenschaft, Re-

gierung und Umweltschutz untergraben. Dieses Problem ist besonders akut in abgelegenen und isolierten Inselgemeinden, wo unterschiedliche Internetzugänge den Fluss zuverlässiger Informationen erschweren und sich auf gesundheitsfördernde Verhaltensweisen wie die Aufnahme von Impfungen auswirken. Während die Auswirkungen des Klimawandels – steigende Meeresspiegel und extreme Wetterbedingungen – im Pazifikraum weithin nicht infrage gestellt werden, sorgen Desinformationen über Ressourcenausbeutung, Greenwashing, Umweltderegulierung und Klimaabgaben weiterhin für Verwirrung.

Maßnahmen zur Bekämpfung von Online-Desinformation sind bereits im Gange und sind individuell angepasst an die Bedingungen vor Ort. Im Pazifikraum steht oft der Mensch nicht als einzelnes Individuum, sondern als Teil einer Gemeinschaft im Fokus. Werte wie Familie, kollektives Handeln und die tiefe Verbundenheit zwischen Menschen und Natur sind in vielen Projekten daher der Ausgangspunkt im Kampf gegen Desinformation. Initiativen zur digitalen und Medienkompetenz werden auf jede Inselgemeinde zugeschnitten, um Vertrauen aufzubauen und die Zusammenarbeit zu fördern und so die Auswirkungen von Desinformation auf die Gemeinden abzumildern.

Viele Länder haben einen multi-sektoralen Ansatz gewählt. Auf der *Disinfo Pacific Conference* gab es zahlreiche Berichte über überregionale Reaktionen, die soziales Zuhören, Schulungen und die Einbindung vertrauenswürdiger Stimmen kombinieren. Älteste, religiöse Führer und Gesundheitsexperten schließen sich

zusammen, um der Verbreitung falscher Informationen entgegenzuwirken und eine konkrete Botschaft zu vermitteln.

In Tonga beispielsweise hat das Gesundheitsministerium die Gemeinden durch einen Multi-Hazard-Ansatz zur Bekämpfung der Infodemie<sup>1</sup> eingebunden, der Hausbesuche, Gemeindefestungen und Einzelgespräche mit Beiträgen lokaler Persönlichkeiten wie Lehrkräften, Eltern und Gemeindeführern umfasst.

Die Reaktionen im Pazifik auf Desinformationen unterscheidet sich zwangsläufig von der in Europa. In Europa gibt es ein florierendes System zur Bekämpfung von Desinformation und zur Überprüfung von Fakten, das in der Lage ist, die strukturellen Wurzeln des Problems anzugehen. Im Pazifik sind die Moderationssysteme für Inhalte in sozialen Medien ineffektiv, da sie auf Algorithmen und menschlichen Prüfenden beruhen, die den einzigartigen Sprachen oder kulturellen Kontexten der Region nicht gerecht werden. Der Mangel an engagierten lokalen Faktencheck-Teams und die zu niedrigen Investitionen in sprachspezifische Tools lassen die pazifischen Inselstaaten ungeschützt und erfordern kreative Lösungsansätze.

Auch wenn sich die pazifische Region auf einem anderen Weg befindet als Europa, hat die Konferenz *Disinfo Pacific* hervorgehoben, dass es eine kleine, aber engagierte Gemeinschaft gibt, die gegen den Rückgang von Wahrheit und Vertrauen kämpft. Da generative künstliche Intelligenz und sich entwickelnde

Technologien die Bedrohungen jedoch zweifellos verstärken, bleiben große Herausforderungen im Kampf gegen Desinformation bestehen.

(Artikel von Clara Groth, Masterstudentin Chinese Studies, Uni Würzburg. <https://www.lowyinstitute.org/the-interpreter/pacific-disinformation-playbook>)

## MARSHALL-INSELN

### Finanzhilfe der ADB

Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) und die Regierung der Marshall-Inseln unterzeichneten Ende September den bisher größten Zuschuss der Bank an die Marshall-Inseln.

Der Zuschuss in Höhe von 52,5 Millionen US-Dollar ist für die Verbesserung der Wasserversorgung, der Abwasserentsorgung und der Abfallentsorgung auf den Atollen Majuro und Ebeye bestimmt. Mit den Geldern sollen auch die institutionellen und finanziellen Kapazitäten und die Leistungsfähigkeit der städtischen Dienstleistungsanbieter gestärkt werden.

Der Zuschuss ist Teil des pazifischen ADB-Projekts *„Integrated Urban Services and Resilience Improvement Project“*.

An der Unterzeichnung des Vertrages nahmen hochrangige Personen teil, u.a. der stellvertretende ADB-Generaldirektor für den Pazifikraum, Hideaki Iwasaki, ADB-Exekutivdirektorin Justine Diokno-Sicat, Präsidentin Hilda Heine, der Minister für Finanzen, Banken und Postdienste David Paul und der Minister für Bauwesen, Infrastruktur und Versorgungsbetriebe. Thomas Heine. Auch die ADB-Regionalkoordinatoren für die USA, Singapur und die Philippinen nah-

men an der feierlichen Zeremonie teil.

*Info:* Mit den Geldern sollen die Wasseraufbereitungsanlagen und die Hauptwasserleitung vom Flughafen bis nach Rita modernisiert werden und es soll eine Entsalzungsanlage mit einer Kapazität von 300.000 Gallonen pro Tag mit Hochtanks gebaut werden. Das Umkehrosmose-Wasseraufbereitungssystem des Krankenhauses soll ebenfalls modernisiert werden. Das Projekt soll Anfang 2025 beginnen und in fünf bis sechs Jahren abgeschlossen sein. (*Marshall Islands Journal* 26.09.24)

### Rekordzuschuss der Weltbank

Die Weltbank hat den Marshall-Inseln rekordverdächtige 60 Millionen US-Dollar für die Umsetzung des Projektes REGAIN zugesagt. REGAIN bedeutet *„Renewable Energy Generation and Access INcrease“* und bezieht sich auf die Abkehr von fossilen Brennstoffen und die Hinwendung zur vermehrten Nutzung erneuerbarer Energien. Das Projekt läuft im Rahmen der bereits im Jahr 2018 verabschiedeten *„Electricity Roadmap“* der Marshall-Inseln. Es geht u.a. um die Elektrifizierung bis dato nicht elektrifizierter Außeninseln, die Abkehr von Diesel als Treibstoff und die Einbindung von Frauen in die Energiewirtschaftsprozesse.

REGAIN soll zunächst in den städtischen Zentren von Majuro und Ebeye umgesetzt werden und dann auf die Außeninseln ausgeweitet werden. In dieser ersten Phase sollen rund 43 Mio. Dollar in Solarpanels und Akkus investiert werden, die Sonnenenergie speichern und abgeben können.

<sup>1</sup> „Infodemie“ bedeutet, dass sich sehr viele Informationen (unabhängig vom Wahrheitsgehalt) schnell und in kurzer Zeit weltweit ungehindert und ungefiltert verbreiten. Dies führt zu einer unklaren Informationslage.

In der zweiten Phase sollen mit 12,5 Mio. Dollar auf sechs Außeninseln die lokalen Elektrizitätswerke auf Ökostrom umgerüstet werden. Dafür sind aufwändige Umrüstungsarbeiten in den Werken nötig. In der dritten Phase (4,5 Mio. US-Dollar) sollen Menschen, vor allem Frauen, zu Energietechniker\*innen und Fachleuten in der Energiewirtschaft ausgebildet werden, um die Solaranlagen betreiben zu können. (*Marshall Islands Journal* 22.11.24, <https://mecrmi.com/press-release-marshall-islands-secures-historic-60-million-world-bank-grant-for-renewable-energy-transformation/>)

### Neues Flughafenterminal

Das vor über 50 Jahren erbaute Terminal am *Amata Kabua International Airport* (AKIA) auf Majuro soll renoviert werden. Japan bereitet bereits die Finanzierung eines neuen Terminals vor. Die US-Regierung finanziert außerdem ein provisorisches Terminal, das genutzt wird, während das alte Terminal abgerissen und ein neues gebaut wird. Zu den geplanten Verbesserungen gehören auch ein neues zweistöckiges Parkhaus und Frachtanlagen für United Airlines, Nauru Airlines und Air Marshall Islands. „Es handelt sich um ein Vier-Phasen-Projekt (zur Sanierung des Flughafenterminals)“, erklärte der Geschäftsführer der *Marshall Islands Ports Authority*, Thomas Maddison.

Zusätzlich zur Renovierung des Terminals stellt die staatliche *Federal Aviation Administration* in einem zweistufigen Projekt weitere 34 Millionen Dollar bereit, um die Start- und Landebahn und das Vorfeld des Flughafens neu zu pflastern und Betankungsleitungen zu installieren. Die Arbei-

ten an der Pflasterung sollen noch 2024 beginnen, so Maddison. (*Marshall Islands Journal* 29.08.24)

## KIRIBATI

### Präsidentenschaftswahl – ein Überblick über die aktuelle politische Lage

In der Präsidentenschaftswahl Ende Oktober wurde Kiribatis Präsident Taneti Maamau im Amt bestätigt und tritt nun seine dritte Amtszeit an. Maamau gewann mit 55 % der Stimmen. Wenige Tage vor der Wahl hatte sich unerwartet ein weiterer Kandidat zur Wahl aufstellen lassen, Kaotitaake Kokoria, der als unabhängiger Kandidat 42 % der Stimmen erhielt. Die Oppositionsführerin Tessie Lambourne wurde zuvor von der Kandidatur ausgeschlossen.

Lambourne bezeichnete das aktuelle politische System in Kiribati als Einparteiensystem, da sich lediglich Kandidaten aus der Regierungspartei zur Wahl aufstellen lassen konnten. Kiribati sei laut Lambourne in den letzten acht Jahren unter der Führung von Maamau in „*Autoritarismus und Isolationismus*“ verfallen. Im Hinblick auf Pressefreiheit gehöre Kiribati zu den restriktivsten Ländern im Pazifik. Außerdem gipfelte eine jahrelange Justizkrise im April 2024 mit der Abschiebung des australischen Richters David Lambourne, dem Ehemann der Oppositionsführerin. Nationale sowie internationale Beobachter\*innen und Experten hatten davor gewarnt, dass der Schritt die richterliche Unabhängigkeit Kiribatis gefährden würden.

Beobachter erwarten, dass sich Kiribati während Maamaus dritter Amtszeit weiter China annähern wird. 2019 erkannte Kiribati die Volksrepublik als offiziellen Vertreter Chinas an und erhielt in den folgenden zwei Jahren chinesische Hilfen in Höhe von 161 Millionen US-Dollar, darunter Projektgelder, um Kiribatis Klimaresilienz zu stärken. Im Jahr 2020 besuchte Maamau Peking, wo er sich mit dem chinesischen Staatschef Xi Jinping traf, um Abkommen im Rahmen der chinesischen neuen Seidenstraßeninitiative zu beschließen. In jüngerer Zeit umfasste das chinesische Engagement die Stärkung der Fischereibeziehungen und die Bereitstellung kostenloser medizinischer Dienste, Entsalzungssysteme, Finanzierung von Gemeinschaftsgärten und Polizeiunterstützung. Bei aller Partnerschaft schreckte Maamau allerdings auch nicht davor zurück, Pekings Vorgehen im Oktober öffentlich zu kritisieren, als das chinesische Militär eine unbewaffnete Interkontinentalrakete in der Nähe des Inselstaats in den Pazifik abgefeuert hatte.

Während Maamau engere Beziehungen zu China aufbaut, scheint sich Kiribati von seinem größten Geldgeber Australien eher abzuwenden. Australischen Beamten wurden Visa verweigert und ein australischer Marineoffizier wurde wegen zu spät eingereichter Dokumente ausgewiesen. Gespräche über ein Partnerschaftsabkommen, das ursprünglich letztes Jahr unterzeichnet werden sollte, wurden auf die Zeit nach der Wahl verschoben.

Die Vereinigten Staaten standen vor ähnlichen Visa-Herausforderungen, was letzten Endes die Anzahl diplomatischer Besuche reduzierte und den Aufbau einer US-Präsenz in der Haupt-

stadt Tarawa verhinderte.

Strategische Bedeutung Kiribatis: Im Jahr 2021 schlug Peking vor, eine Landebahn aus dem Zweiten Weltkrieg auf der Insel Kanton in Kiribati zu modernisieren und löste damit in Washington (USA) Alarm aus. Chinas Beziehungen zu Kiribati waren in der Vergangenheit bereits eher strategischer Natur: Von 1997 bis 2003, bevor Kiribati die Anerkennung Chinas an Taiwan übergab, betrieb China eine Satellitenstation in Tarawa. Die Satellitenschüsseln würden routinemäßig nach Nordwesten auf einen US-Raketenteststandort auf dem Kwajalein-Atoll auf den Marshall-Inseln zeigen.

Aber auch für die USA spielt vor allem die strategische Lage des Inselstaats eine wichtige Rolle in den bilateralen Beziehungen. Angesichts Kiribatis Nähe zu Hawai'i und seiner Bedeutung während des Zweiten Weltkriegs ruft ein mögliches militärisches Interesse Chinas an dem Inselstaat Besorgnis in der US-Regierung hervor. Kiribatis wichtige strategische Lage in einem möglichen Konflikt in Ozeanien spielt daher mit Sicherheit eine große Rolle in dem gestiegenen Interesse der USA an dem Inselstaat.

Die US-Regierung unterstützt Kiribati auf vielfältige Weise, unter anderem bei der Klimaresilienz, dem Management der Küstenfischerei, der Bekämpfung illegaler Fischerei und dem Aufbau beruflicher Fähigkeiten für junge Menschen im Rahmen eines Programms der *Millennium Challenge Corporation*. Kiribati ist auch ein Hauptnutznießer des US-Südpazifik-Thunfisch-Programmvertrags. Das gestiegene amerikanische Interesse hat allerdings auch eine Vielzahl unterschiedli-

cher lokaler Reaktionen hervorgerufen, die von Befürwortung über Gleichgültigkeit bis hin zur Befürchtung reichen, dass die Vereinigten Staaten planen, Kiribati erneut für militärische Zwecke zu nutzen.

Chancen für eine US-Partnerschaft: Laut Experten wie Camilla Pohle vom *United States Institute of Peace* besteht jedoch nur ein Potenzial für Kooperation zwischen den USA und Kiribati oder Australien und Kiribati, wenn der Inselstaat eben gerade nicht nur als Schachfigur der globalen Mächte wahrgenommen wird, sondern wenn amerikanische und australische Politiker\*innen und Berater sich ernsthaft mit der Kultur und den Herausforderungen des Inselstaats auseinandersetzen.

Ökologische, soziale und ökonomische Herausforderungen: Kiribati steht vor zahlreichen Umweltproblemen. Das tief gelegene Land ist anfällig für den Anstieg des Meeresspiegels, Küstenerosion und Stürme, die meisten Häuser stehen nur wenige Meter vom Wasser entfernt. In den Jahren 2022 und 2023 verschärfte die anhaltende Dürre die Trinkwasserknappheit und das Problem der Unterernährung, die zu den höchsten in der Region gehört. Ein weiteres ernstes Problem für den Inselstaat bedeutet der schwer abbaubare Atom Müll, der während des Kalten Krieges entstanden ist, als Großbritannien und die USA Atomtests auf verschiedenen Inseln durchführten.

Das Land steht außerdem vor chronischen sozialen Herausforderungen wie hoher Arbeitslosigkeit und hohen Lebenshaltungskosten. Auf abgelegeneren Inseln gibt es nur wenige Schulen, wes-

halb viele junge Menschen nach Australien und Neuseeland auswandern, um dort einer Ausbildung nachzugehen und Beschäftigung zu finden. Geschätzt 68 Prozent der Frauen auf Kiribati waren zudem schon einmal Opfer häuslicher Gewalt, fast doppelt so viele wie im weltweiten Durchschnitt.

Auch Kiribatis Wirtschaft schwächtelt und ist stark abhängig vom Fischfang, der 2020 70 % der Gesamteinnahmen Kiribatis ausmachte. Aufgrund illegaler Fischerei verliert das Land jährlich allerdings wahrscheinlich Einnahmen in Millionenhöhe. Die Öffnung eines ehemaligen Meeresschutzgebietes für den Fischfang im vergangenen Jahr sollte die Einnahmen wieder steigern, löste gleichzeitig jedoch auch Bedenken hinsichtlich der negativen Auswirkungen auf die biologische Vielfalt aus.

Es gibt also auf Seiten Kiribatis großen Bedarf für Kooperationen und eine stärkere Partnerschaft mit Staaten wie den USA, Australien, Neuseeland oder Japan. Laut Camilla Pohle vom *US Institute for Peace* bedarf es dafür allerdings ehrliches Interesse auf Seiten der Industrieländer und gleichzeitig die Bereitschaft in Tarawa, sich von seiner isolationistischen Außenpolitik abzuwenden und mit Washington zusammenzuarbeiten. (Artikel von Clara Groth, Masterstudentin Chinese Studies, Uni Würzburg.

<https://www.usip.org/publications/2024/10/kiribatis-president-wins-reelection-what-does-it-mean-us-and-china>  
<https://www.voanews.com/a/kiribati-president-secures-3rd-term-as-china-us-vie-for-pacific-leverage/7840112.html>

## Frauenpower im neuen Parlament

Bei den Parlamentswahlen mit zwei Wahlgängen Mitte August sind fünf Frauen in das 45-köpfige Parlament („*Maneaba ni Maungatabo*“) der Inselrepublik gewählt worden – eine mehr als bei den letzten Wahlen vor vier Jahren.

14 amtierende Abgeordnete haben ihre Sitze verloren, darunter drei Kabinettsmitglieder. 27 Abgeordnete behielten ihre Sitze, darunter der seit dem 11. März 2016 amtierende Präsident Taneti Maamau von der Insel Onotoa. Sir Ieremia Tabai, der erste Präsident von Kiribati, wurde in Nonouti ebenfalls wiedergewählt.

17 Abgeordnete wurden neu ins Parlament gewählt, darunter auch die fünf Frauen Ruth Cross Kwansing (Wahlbezirk South Tarawa), Lavinia Teatao Teem (Wahlbezirk Abaiang) und Ruta Baabo Manate (Maiana Island), die ehemalige Sprecherin Tangariki Reete (Betio) und die Oppositionsführerin im letzten Parlament, Tessie Eria Lambourne (Abemama).

Die 35-jährige Ruta Manate ist die jüngste weibliche Abgeordnete, die je ins kiribatische Parlament gewählt wurde. Lavinia Teem ist die Ehefrau des langjährigen Abgeordneten des Wahlkreises Kiritimati Island, Jacob Teem. Die Teems sind das erste Ehepaar aus Kiribati, das gemeinsam in das Parlament gewählt wurde.

Am 25. Oktober 2024 fanden dann die Präsidentschaftswahlen statt, die auf die Parlamentswahlen im August folgten. Der amtierende Präsident Taneti Maamau von der *Tobwaan-Kiribati*-Partei wurde mit rund 55 % der Stim-

men wiedergewählt, während Kaotitaake Kokoria auf 42 % der Stimmen kam. Die Amtseinführung fand am 1. November statt.

*Info:* Das Ministerium für Kultur und innere Angelegenheiten berichtete, dass 30.699 von 52.941 Wähler\*innen bei den Parlamentswahlen eine gültige Stimme abgegeben hatten. (*Radio NZ intern. 21.08.24, Wikipedia, Facebook-Seite der Regierung von Kiribati*)

## Wasserprojekt fördert Frauen

Für viele Bewohner\*innen des Inselstaats Kiribati sind die Folgen des Klimawandels real und oft katastrophal. Steigende Temperaturen, anhaltende Dürren und schwindende Süßwasserquellen üben enormen Druck auf die örtlichen Gemeinden aus. Da das Land stark von Regenfällen und Grundwasser abhängig ist, bedroht die Wasserknappheit sowohl die Gesundheit als auch den Lebensunterhalt der Menschen. Da sich die Dürrebedingungen vor allem seit 2022 verschärfen, sind die Süßwasservorräte geschrumpft, so dass tausende Menschen ohne sauberes Wasser auskommen müssen. Insbesondere für Frauen, stellt die Wasserknappheit und -verunreinigung eine große Herausforderung dar, da sie für die Beschaffung und den Transport von Wasser verantwortlich sind.

Angesichts dieser Herausforderungen arbeitet die *Green Hope Foundation*, eine internationale Nichtregierungsorganisation unter der Leitung junger Frauen, auf lokaler Ebene an nachhaltigen Lösungen, um die Wasserknappheit in den Griff zu bekommen. Durch die Installation von solarbetriebenen Wasserfarmen be-

fasst sich die Stiftung nicht nur mit der Wasserknappheit, sondern befähigt auch Frauen und Jugendliche vor Ort, eine Vorreiterrolle in Sachen Klimaresilienz einzunehmen.

In den Säuberungsanlagen der Wasserfarmen kann Schmutzwasser gereinigt und Meerwasser entsalzt werden, so dass das gereinigte Wasser wieder Trinkwasserqualität erreicht. Das Projekt befasst sich auch mit strukturellen Ungleichheiten und bindet vor allem Frauen und Jugendliche aus indigenen Gemeinschaften mit ein, die überproportional von Wasserknappheit betroffen sind. Die Frauen werden auch darin geschult, die Solarwasserfarmen selbst zu verwalten und Workshops zu Wasserschutz und Hygiene zu leiten. Ein derartiges Vorgehen stellt sicher, dass die Gemeinschaft Verantwortung für das Projekt übernimmt und es fördert gleichzeitig die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frauen.

Darüber hinaus wird das Projekt in Zusammenarbeit mit den lokalen Stammesräten verwaltet. Die lokale Niederlassung der *Green Hope Foundation* in Kiribati wird von einer indigenen Frau geleitet, die eng mit den Stammesräten jedes Dorfes zusammenarbeitet. Gemeinsam verwalten sie die finanziellen Mittel vor Ort und stellen sicher, dass die Bedürfnisse der Gemeinde Priorität haben und dass die gesamte Gemeinde an der Standortauswahl, Installation und langfristigen Verwaltung beteiligt ist. Diese gemeinsame Anstrengung stärkt die Nachhaltigkeit des Projekts.

Die positiven Auswirkungen der Solarwasserfarmen sind schon jetzt sichtbar. Durch die stetige Versorgung mit sauberem Was-

ser haben die Farmen zu einer 50-prozentigen Reduzierung von durch Wasser übertragenen Krankheiten in den entsprechenden Gebieten beigetragen. Die Vielseitigkeit der Solarwasserfarmen, die Wasser aus mehreren Quellen destillieren und mit zusätzlichen Solarmodulen erweitern können, sorgt dafür, dass die Gemeinden nicht mehr ausschließlich auf unregelmäßige Niederschläge oder zunehmend salzhaltiges Grundwasser angewiesen sind.

Der Erfolg der Pilot-Solarwasserfarm im Dorf Taborio in Süd-Tarawa, die 250 Einwohner\*innen mit sauberem Wasser versorgt, hat den Weg für die Installation von zwei weiteren Farmen auf den Inseln Beru und Tabiteuea geebnet. Diese zusätzlichen Anlagen kommen nun 1.900 Menschen zugute. Die *Green Hope Foundation* möchte die Initiative bis 2025 weiter ausbauen. In fünf weiteren Dörfern sollen Solarwasserfarmen errichtet werden, die letztlich 6.500 indigene Menschen in Kiribati mit sauberem Wasser versorgen.

Diese Wasserfarmen decken nicht nur den unmittelbaren Wasserbedarf der Gemeinden ab, sondern tragen auch zur langfristigen Klimaresilienz bei. Durch die Nutzung sauberer Energie reduziert jede Anlage die Kohlenstoffemissionen im Laufe ihrer Lebensdauer um bis zu 60.000 kg CO<sub>2</sub>. Darüber hinaus schafft der gemeindeorientierte Ansatz Wege für eine breitere soziale und wirtschaftliche Entwicklung und positioniert Kiribatis Frauen und Jugendliche als Vorreiter bei der Klimaanpassung. (Artikel von Clara Groth, Masterstudentin Chinese Studies, Uni Würzburg. <https://gca.org/building-climate-resilience-in-kiribati-how-solar-innovation-is-empowering-indigenous-women/>)

## POLYNESIEN

### WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

#### Hohe Lebenshaltungskosten in Tuvalu, Kiribati und Niue

**Tuvalu:** Für die Einwohner\*innen von Kiribati, Niue und Tuvalu, die am stärksten von der weltweiten Inflation betroffen sind, stellt der Kauf von Grundnahrungsmitteln eine große Herausforderung dar, wie aus dem jüngsten Bericht der *Asiatischen Entwicklungsbank* (ADB) hervorgeht.

„Die geographische Entfernung dieser drei Volkswirtschaften von den globalen Märkten und die schmale Produktionsbasis erhöhen ihre Anfälligkeit für hohe Transportkosten“, heißt es in dem von Lily-Anne Homasi, Isoa Wainiqolo, Ana Isabel Jimenez und Jennifer Umlas erstellten Bericht.

Von den drei Inselstaaten verzeichnet Tuvalu den höchsten Verbraucherpreisanstieg mit 31 Prozent bis Ende 2023 im Vergleich zum Jahr 2019, so die Autor\*innen. Die Lebensmittelpreise in Tuvalu stiegen um 42 %, so der am 14. August veröffentlichte *Pacific Economic Monitor* der ADB.

Die Autoren führen den Inflationsanstieg in Tuvalu auf die Einführung neuer Steuern und die hohen Treibstoffpreise zurück, die auf den Krieg Russlands in der Ukraine und dessen Auswirkungen auf das Angebot an Treibstoffen auf dem Weltmarkt zurückzuführen sind.

In Kiribati erreichte die Inflation im Januar 2023 aufgrund der ge-

stiegenen Inlandsnachfrage, Versorgungsengpässen, höheren globalen Rohstoffpreisen und steigenden Frachtkosten 25,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr, so die Autoren. Der Verbraucherpreisindex Kiribatis stieg von 2019 bis 2023 um satte 20 Prozent.

„Bewegungen bei den Lebensmittelpreisen erklärten mehr als 80 Prozent der gesamten Preisänderungen im Jahr 2020 und etwa 52 Prozent im Jahr 2022“, so der Bericht. Die Autoren stellten fest, dass die Preisbewegungen es den Einwohner\*innen und Besucher\*innen Kiribatis erschwerten, sich nahrhafte, gesunde Lebensmittel leisten zu können.

In Niue stiegen die Verbraucherpreise zwischen 2019 und 2023 um etwa 20 %. Die Lebensmittelpreise waren bis Ende 2023 um 28 Prozent gestiegen. „Dieser Aufwärtstrend ist auf die eskalierenden Preise für Schaf- und Hühnerfleisch zurückzuführen“, heißt es in dem Bericht.

Die Autoren wiesen darauf hin, dass Kiribati, Niue und Tuvalu anfällig für extreme Wetterereignisse wie Dürre, Wirbelstürme, starke Regenfälle und Überschwemmungen an den Küsten sind.

„Diese Kombination aus hoher Anfälligkeit für diese Katastrophen und begrenzten Kapazitäten für die Anpassung an Katastrophen und deren Abschwächung verschärft die Auswirkungen auf die Bevölkerung“, heißt es weiter.

Kiribati und Tuvalu ist es dennoch einigermaßen gelungen, sich von dem wirtschaftlichen Abschwung während der Corona-Pandemie zu erholen. Die Erholung wurde auf die Wiederaufnahme von Infrastrukturprojekten und steuerliche Anreize zurückgeführt.

„Eine Kopra-Subvention und Arbeitslosenunterstützung stützten das Einkommen der kiribatischen Haushalte und den Binnenkonsum, während Tuvalu die Wirtschaftstätigkeit im Baugewerbe, im Handel und im Gastgewerbe wiederbelebte“, so der Bericht.

Niue hat die Folgen des Lock-downs jedoch noch nicht überwunden und kämpft weiter mit sinkenden Besucherzahlen. (*Pacific Island Times* 19.08.24)

### Premier bezieht neue Residenz

**Tuvalu:** Der Premierminister von Tuvalu, Feleti Teo, ist Mitte September in seine für 1,8 Mio. US-Dollar renovierte Residenz eingezogen. Die Renovierung, die auch die Residenz des Generalgouverneurs von Tuvalu umfasste, war ursprünglich vom ehemaligen Premierminister Enele Sopoaga im Jahr 2017 in Angriff genommen worden. Das Projekt verzögerte sich jedoch aufgrund anderer Prioritäten, wie dem Bau von Bungalows für die *Pacific Leaders' Group* im Jahr 2018 und das *Pacific Islands Leaders' Meeting* im Jahr 2019, gefolgt von einem Baustillstand während der COVID-19-Pandemie.

Die Arbeiten wurden 2020 wieder aufgenommen, die neue Residenz wurde schließlich in diesem Sommer fertiggestellt.

Das neue Haus des Premiers ist 36 Meter lang und 25 Meter breit und verfügt über vier Schlafzimmer, darunter eine Master-Suite. Es ist mit einer Wasserzisterne ausgestattet, die bis zu neun Monate lang Wasser liefern kann, sowie mit einer Ufermauer zum Schutz gegen Monsterwellen, da es in der Nähe der Lagune gelegen ist.

Premier Teo freute sich über den Erstbezug der neuen Residenz und lobte die Mitarbeitenden der Abteilung für öffentliche Arbeiten für ihr Engagement bei der Fertigstellung des Baus. (*Islands Business* 17.09.24)

### Kaum Fortschritte bei Menschenrechten

**Tonga:** Der 139 Seiten starke „2024 State of Civil Society Report“ stuft den zivilgesellschaftlichen Raum in Tonga als „*eingeschränkt*“ ein. Zu den dokumentierten Problemen gehören die strafrechtlichen Verleumdungsgesetze, die Beschränkungen der Pressefreiheit und die Risiken, denen die LGBTQI+-Gemeinschaft ausgesetzt ist.

Mehr als ein Jahr, nachdem Tonga vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UN) im Rahmen der allgemeinen regelmäßigen Überprüfung (*Universal Periodic Review*, UPR) überprüft wurde, hat das Land noch immer nicht die wichtigsten Empfehlungen in der Zivilgesellschaft umgesetzt. Während der Überprüfung im Mai 2023 erhielt Tonga von den UN-Mitgliedstaaten 11 Empfehlungen zur Ratifizierung des *Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte* (ICCPR). Dieser UN-Pakt garantiert unter anderem das Recht auf friedliche Versammlung und freie Meinungsäußerung. Außerdem erhielt Tonga sechs Empfehlungen zur Einrichtung einer nationalen Menschenrechtsinstitution im Einklang mit den Pariser Grundsätzen. CIVICUS verzeichnet bis dato in beiden Bereichen keine Fortschritte.

Probleme gibt es in Tonga auch mit der Pressefreiheit. Im Mai 2024 lag das Königreich auf Platz

45 des Weltindex für Pressefreiheit von *Reporter ohne Grenzen* (RSF). Nach Angaben von RSF garantiert die tongaische Verfassung zwar die Pressefreiheit, doch wird diese nur unregelmäßig durchgesetzt.

Im Jahr 2022 verabschiedete das tongaische Ministerium für Information und Kommunikation still und heimlich acht sogenannte „Medienverordnungen“, die im Wesentlichen die Verbreitung „sensibler“ Informationen unter Strafe stellen und Politiker\*innen schützen sollen.

Unter der ständigen Bedrohung eines finanziellen Zusammenbruchs zensieren sich laut RSF einige Journalisten selbst aus Angst, Werbekunden, einschließlich der Regierung, zu verärgern oder gar zu verlieren. Darüber hinaus sind einige Themen für die Medien nach wie vor tabu, wie z. B. die Anwendung von Folter durch die Polizei, die Abschaffung der Todesstrafe und das Fortbestehen der Praxis der Kinderheirat.

*Info:* CIVICUS ist eine internationale Nichtregierungsorganisation (NGO), die sich für die Förderung und den Schutz des zivilgesellschaftlichen Engagements weltweit einsetzt. Die Organisation arbeitet daran, die Rechte von Individuen und Gruppen zu stärken, die sich für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechte einsetzen. CIVICUS verfolgt das Ziel, die Zivilgesellschaft in ihrer Vielfalt zu unterstützen und zu verbinden, um das Engagement von Bürger\*innen und Organisationen auf globaler Ebene zu fördern. Sie gibt jährlich einen Bericht zur Situation der Zivilgesellschaft weltweit heraus.

(<https://www.civicus.org/>, *Talanoa o`Tonga* 22.08.24)

## Hochkommissarin unterzeichnet Samoa-Abkommen

**Tonga:** Die Hochkommissarin Tongas im Vereinigten Königreich, Titilupe Fanetupouvava'u Tu'ivakano, hat im Sekretariat der Organisation der Staaten in Afrika, im Karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (Organisation of African, Caribbean and Pacific States, OACPS) in Brüssel (Belgien) das sogenannte *Samoa-Abkommen* unterzeichnet und damit förmlich die Ratifizierung des neuen Partnerschaftsabkommens zwischen der Europäischen Union (EU) und der OACPS vorgelegt.

Am 15. November letzten Jahres unterzeichneten die EU und ihre Mitgliedsstaaten ein umfassendes Partnerschaftsabkommen mit den Mitgliedern der OACPS, das ihre Beziehungen für die nächsten 20 Jahre regeln soll. Das Samoa-Abkommen ersetzt das Cotonou-Abkommen und befasst sich mit nachhaltiger Entwicklung, Menschenrechten sowie Frieden und Sicherheit.

Nach der Unterzeichnung traf Tu'ivakano mit dem Generalsekretär der OACPS, Georges Rebelo Pinto Chikoti, zusammen, um weitere Regionalprotokolle für den Pazifik zu besprechen.

Das Abkommen von Samoa enthält eine gemeinsame Grundlage, die für alle Parteien gilt und durch drei regionale Protokolle ergänzt wird, die auf die spezifischen Bedürfnisse Afrikas, der Karibik und des Pazifiks zugeschnitten sind.

*Info:* Die Bezeichnung des Abkommens als „Samoa-Abkommen“ wurde auf der 46. Tagung des AKP-EU-Ministerrats in Samoa vereinbart. (*Pacific News Service 18.06.24*)

## Neue Frühwarn-Applikation

**Tonga:** Der Meteorologische Dienst hat am Rande des Treffens der Staats- und Regierungschefs des *Pacific Islands Forum* in Nuku'alofa eine neue Frühwarn-App(likation) für mobile Endgeräte wie Smartphones vorgestellt. Die App liefert automatisch Informationen zur Katastrophenfrühwarnung, macht auf die Gefährdungslage der Bevölkerung aufmerksam und veröffentlicht auch wichtige Ereignisse, über die die tongaische Bevölkerung Bescheid wissen muss. Es handelt sich um die erste Frühwarn-App im Königreich. (*Matangi Tonga online 28.08.24*)

## Statistikamt macht Daten zugänglich

**Samoa:** Das *Samoa Bureau of Statistics* (SBS) hat kürzlich sein neues *Data Visualisation Dashboard* vorgestellt. Die sechs Dashboards sind jetzt auf der SBS-Website frei verfügbar. Es handelt sich um Statistiken zu Bevölkerung, Verbraucherpreisindex, Handels- und -ausfuhren, volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Staatsfinanzen und Migrationsstatistiken.

Der Statistiker der Regierung, Leota Aliielua Salani, erläuterte die Bedeutung der Dashboards im Rahmen einer Pressekonferenz. Er hob die zentrale Rolle des Datenvisualisierungs-Dashboards hervor, das die Bürger\*innen in die Lage versetzt, fundierte Entscheidungen zu treffen. *„Dieses Instrument ist eines der Mittel, die wir einsetzen, um die Statistiken für jeden leichter zugänglich und nutzbar zu machen“*, erklärte er und unterstrich damit das Engagement der SBS für die Förde-

rung von Datentransparenz und Zugänglichkeit.

Die stellvertretende australische Hochkommissarin Claire McGeehan war bei der Eröffnung der Dashboards auf der Homepage anwesend. In ihrer Eröffnungsrede erklärte sie, dass die Website die Art und Weise, wie Daten präsentiert werden, verändern wird, indem sie sie visuell ansprechend und leicht verständlich aufbereitet.

*„Dies bedeutet, dass mehr Menschen in der Lage sein werden, die Informationen zu nutzen, um fundierte Entscheidungen zu treffen, die ihren Gemeinden und der Nation zugutekommen“*, sagte McGeehan.

Die australische Regierung hat die Initiative des Statistikamtes finanziell unterstützt. (*Samoa Observer 18.06.24*)

## Erhöhung des Mindestlohns

**Samoa:** Das Ministerium für Handel, Industrie und Arbeit hat bekannt gegeben, dass der Mindestlohn gemäß der Kabinettsdirektive FK (24) 25 in zwei Stufen angehoben wird.

Mit Wirkung vom 1. Juli 2024 wurde der neue Mindestlohn von derzeit 3,00 \$ (1,09 US-Dollar) pro Stunde auf 4,00 \$ (1,49 US-\$) pro Stunde angehoben. Eine weitere Erhöhung um 0,84 \$ (0,30 US-\$) wird am 01. Juli 2025 in Kraft treten, so dass dann der Mindestlohn insgesamt 4,84 \$ (1,77 US-\$) pro Stunde betragen wird.

Diese Änderung gilt für die Öffentlichkeit, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Organisationen im privaten Sektor und staatliche Unternehmen. (*Samoa Observer 01.07.24*)

## Samoanerin in den Commonwealth-Jugendrat gewählt

**Samoa:** Frau Moeloto Tuilaepa Tiatia aus Samoa wurde im Vorfeld des Treffens der Regierungschefs des Commonwealth im Oktober in den Vorstand des *Commonwealth Youth Council* (CYC) gewählt. Sie ging als Vertreterin des Pazifiks aus einer hart umkämpften Wahl hervor, bei der sich 48 Kandidierende aus den 56 Mitgliedsländern des britischen Commonwealth um nur 10 Sitze im Rat beworben hatten.

Moeloto Tuilaepa Tiatia hat sich aktiv für die samoanische Jugend eingesetzt und war Teilnehmerin an der Wahl zur *Miss Samoa 2023*. Im Dezember letzten Jahres wurde sie als einzige weibliche Schülerin zur Klassenbesten an der *Leulumoega Fou School of Fine Arts* ernannt.

Im Alter von 17 Jahren machte sie sich als Kleinunternehmerin selbständig. Sie begann mit der Herstellung eines biologischen Deodorants, das sie im Rahmen eines wissenschaftlichen Projekts in der Schule entwickelt hatte, und verkaufte es an ihre Freunde und Verwandten. Ihr Unternehmen *ReVitalize* hat inzwischen expandiert und ist in den lokalen Modemarkt eingestiegen, wo sie ihre eigenen Muster und Designs entwirft, Stoffe bedruckt und Gebäck backt.

**Info:** Der Commonwealth-Jugendrat feiert in diesem Jahr sein zehnjähriges Bestehen. Die Jugendvertreter\*innen wurden für zwei Jahre bis 2026 gewählt. Der CYC hat das Ziel, die Stimmen von Jugendlichen in politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen zu stärken und ihnen eine Plattform zu bieten, um sich in

Entscheidungsprozesse auf nationaler und internationaler Ebene einzubringen. Der Rat arbeitet daran, junge Menschen in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheit und Klimawandel zu fördern und eine nachhaltige Entwicklung sowie soziale Gerechtigkeit in den 56 Mitgliedsstaaten des britischen Commonwealth zu unterstützen. (*Samoa Observer* 24.09.24, <https://yourcommonwealth.org/youth-network/commonwealth-youth-council-cyc/>)

## Niue verabschiedet Dokumente zum Klimawandel

**Niue:** Die Regierung von Niue hat Ende September drei Schlüsseldokumente veröffentlicht, die der Insel Unterstützung im Kampf gegen die Folgen des Klimawandels zusichern sollen. Bei den Dokumenten handelt es sich um den Strategischen Rahmen und das Länderprogramm von Niue, die Bedarfsanalyse zur Vorbereitung auf den Klimawandel sowie die Standardarbeitsanweisung von Niue, die vom *Greenwerk-Team* verfasst wurde.

Die stellvertretende Regierungsekretärin von Niue, Gaylene Tasmania, sagte, die Dokumente seien das Ergebnis der Beiträge verschiedener Interessensgruppen, Geber und Entwicklungspartner. Auch die Stimmen der rund 1.820 Einwohnenden von Niue seien in die Dokumente mit eingeflossen.

**Hintergrund:** Die Dokumente wurden während des *Pacific Regional Readiness Cohort Workshops* im Matavai Resort vorgestellt. An dem Workshop der regionalen Bereitschaftskohorte für den Pazifikraum nahmen Vertreter aus acht pazifischen Ländern

teil, sowie auch die Malediven. Niues Treibhausemissionen gehen gegen Null, aber die Insel, die seit 1974 durch einen Assoziierungsvertrag mit Neuseeland verbunden ist, leidet massiv unter den Folgen von Meeresspiegelanstieg und dem Temperaturanstieg des Meerwassers. (<https://tvniue.com/2024/09/niue-launch-three-key-documents/>)

## Verbesserung der Kindergesundheit

**Cook-Inseln:** Eine kürzlich durchgeführte Studie auf den Cook-Inseln hat ergeben, dass 80 % aller Kinder unter 15 Jahren eine schlechte Mundgesundheit haben oder frühe Anzeichen von nicht übertragbaren Krankheiten aufweisen.

Das lokale Gesundheitsministerium hatte in den vergangenen zwei Jahren eine Reihe von Untersuchungen in Schulen im ganzen Land durchgeführt. Diese umfassten die körperliche Gesundheit, die Mundgesundheit sowie rheumatische Herzkrankheiten.

Gesundheitsminister Bob Williams erklärte, es bestehe dringender Handlungsbedarf zur Verbesserung der Kindergesundheit. „Bei Kindern in der *Early Childhood Education* in der ersten und zweiten Klasse gibt es zu 100 Prozent Probleme mit den Zähnen, selbst bei Kindern in der *Grundschule* sind es etwa 80 Prozent“, erklärte der Minister. Einige der Kinder unter 15 Jahren seien auch bereits an Diabetes erkrankt, beklagte er.

Der Aktionsplan des Ministeriums zur Bekämpfung dieser Zahlen sieht vor, sich auf die Ernährung in den ersten 1.000 Tagen im Leben eines Kindes zu kon-

zentrieren. *„Wir müssen die Betreuung unserer Babys von der Geburt an in den ersten 1.000 Tagen verbessern, um sicherzustellen, dass sie die besten gesunden Mahlzeiten bekommen, die sie brauchen, um zu einem gesünderen Baby und Kleinkind heranzuwachsen, wenn sie aufwachsen und in die Schule gehen.“* Ein weiterer Bestandteil der neuen Gesundheitspolitik des Gesundheitsministeriums ist die *„Baby Friendly Hospital Initiative“* (BFHI), ein Projekt der Weltgesundheitsorganisation UNICEF, das sicherstellen soll, dass das Stillen in den ersten sechs Monaten gefördert, geschützt und unterstützt wird.

*„ Gestillte Kinder haben ein geringeres Risiko, als Kinder und Erwachsene fettleibig zu werden, sie bekommen seltener Diabetes und leiden seltener an Herzkrankheiten. Mütter, die alle ihre Kinder stillen, haben ein viel geringeres Risiko, an Typ-2-Diabetes, Herzkrankheiten und einigen Krebsarten zu erkranken. Es hat also kurz- und langfristige Vorteile, wenn der größte Teil der Bevölkerung so lange wie möglich gestillt wird“,* erklärte die neuseeländische Hebamme und Stillberaterin Karen Palmer, die zur Einführung der BFHI nach Rarotonga gereist war.

Für einige Familien auf den Cook-Inseln ist es jedoch schwierig, konsequent zu stillen. Auf den Cook-Inseln beträgt der Mutterschaftsurlaub insgesamt nur sechs Wochen. Viele Mütter entscheiden sich für teure Säuglingsnahrung, wenn sie an ihren Arbeitsplatz zurückkehren müssen. *„Der Preis für Säuglingsnahrung ist hier unerschwinglich, wenn man den Durchschnittslohn und die Kosten für Säuglingsnahrung bedenkt, die bei etwa 45 NZ\$ pro Dose liegen, also doppelt*

*so hoch wie in Neuseeland“,* bemängelte Hebamme Palmer.

Minister Williams nannte zudem ein anderes gravierendes Gesundheitsproblem auf den Cook-Inseln. Mehr als die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung (52 Prozent) leide derzeit an einer nichtübertragbaren Krankheit (noncommunicable disease, NCD). Nichtübertragbare Krankheiten sind chronische Krankheiten, die nicht durch akute Infektionen hervorgerufen werden und nicht direkt von Mensch zu Mensch übertragen werden können. Zu den nichtübertragbaren Krankheiten gehören: Herz-Kreislauferkrankungen, Krebs, chronische Atemwegserkrankungen, psychische Krankheiten und Diabetes. Die Hauptrisikofaktoren dieser Erkrankungen sind hoher Tabakkonsum, Bewegungsmangel, Alkoholmissbrauch und unausgewogene Ernährung. (Radio NZ Intern. 02.12.24, <https://www.unicef.org/>)

### Rücktritt der Beauftragten für Meeresbodenmineralien

**Cook-Inseln:** Die *Cook Islands Seabed Minerals Authority* (SBMA) hat den Rücktritt von Frau Alex Herman als *Seabed Minerals Commissioner* (Beauftragte für Meeresbodenmineralien) zum 1. Januar 2025 bekannt gegeben. Herman, die 2020 in das Amt der Kommissarin berufen worden war, wird Anfang 2025 eine regionale Aufgabe bei der *Pazifischen Gemeinschaft* (SPC) übernehmen. *„Als Minister für Meeresbodenmineralien bin ich sehr stolz auf die Arbeit, die Alex geleistet hat, insbesondere bei der Vervollständigung unseres Rechtsrahmens nach den besten internationalen Standards“,* erklärte Premiermi-

nister Mark Brown bedauernd, beglückwünschte Hermann aber zugleich für ihr neues einflussreiches Amt bei der Pacific Community.

Seit ihrer Ernennung 2020 hat Herman eine zentrale Rolle bei der Förderung des Sektors der Meeresbodenmineralien auf den Cook-Inseln gespielt. Dazu gehörten die Vergabe von fünfjährigen Explorationslizenzen an drei Unternehmen, um die Machbarkeit des Tiefseebergbaus von kobalt-, kupfer-, nickel- und manganhaltigen polymetallischen Knollen zu prüfen, sowie die Verabschiedung verschiedener Gesetze.

*„Ihre Amtszeit war geprägt von einem unerschütterlichen Engagement für die Angleichung des Rechtsrahmens an international bewährte Praktiken, einschließlich der Einbeziehung von ökologischer Nachhaltigkeit und der Stärkung der Menschen vor Ort“,* heißt es in einer Erklärung der SBMA. Herman habe sich auch maßgeblich am Aufbau eines hochqualifizierten und engagierten Teams innerhalb der SBMA beteiligt, hieß es weiter. (*Cook Islands News* 30.11.24)

## FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN

### Neuer Minister ernannt

**Frz.-Polynesien:** Der Präsident von Französisch-Polynesien, Moetai Brotherson, hat Ende August einen neuen Wirtschafts- und Finanzminister ernannt. Der 52-jährige Warren Dexter löst den scheidenden Tevaiti Pomare ab, der das Amt seit Mai 2023 innehatte und dessen Wirtschaftspolitik auf starken Widerstand der Wirtschaft gestoßen war.

Dexter war bisher Steuerberater im Ministerium für Wirtschaft und Finanzen und hatte davor Erfahrungen in der Privatwirtschaft gesammelt. (*Radio NZ Intern. 28.08.24*)

### Schutz der Wale vor Touristen

**Frz.-Polynesien:** Umweltschützer\*innen und Wissenschaftler\*innen haben vor dem Massentourismus zur Walbeobachtung gewarnt. Die wachsende Zahl der Reisenden, die zur Beobachtung und zum Schwimmen mit den Walen nach Französisch-Polynesien kommen, gefährdeten die Säugetiere und setzten sie enorm unter Stress.

Jedes Jahr zwischen Juli und November wandern Buckelwale von ihren Brutgebieten in der Antarktis in die milden Gewässer von Französisch-Polynesien, um sich hier zu paaren und zu gebären. Dabei legen sie eine Strecke von rund 6.000 Kilometern zurück.

„Wir haben das Glück, Buckelwale zu haben, die auf der Suche nach Ruhe und Frieden in die Nähe der Riffe kommen“, erklärte Julien Anton, ein Führer von *Tahiti Dive Management*, einem staatlich anerkannten Anbieter von Walbeobachtungstouren.

„Whale Watching“ ist eine wichtige Einnahmequelle für Französisch-Polynesien. Die Behörden haben deshalb bereits Maßnahmen zur Förderung eines verantwortungsvollen Tourismus zum Schutz der Wale ergriffen. Im April wurde ein Sicherheitsabstand von 100 Metern zwischen den Tieren und den zugelassenen Booten vorgeschrieben, während Schwimmer einen Abstand von 15 Metern zu den Tieren einhal-

ten müssen. Auch darf man keinesfalls zwischen einer Mutter und ihrem Kalb schwimmen. Auch das Umkreisen der Wale mit den Motor-Booten ist verboten. Wale dürfen mit den Beobachtungsbooten auch nicht an das Riff oder den Strand gedrängt werden.

„Dies ist einer der letzten Orte auf der Welt, an dem wir die Wale so nah beobachten dürfen“, sagte Anton. Deshalb habe er Verständnis für den Massendrang von Urlaubenden, die Wale beobachten wollten. Man müsse aber die Sicherheit der Wale im Blick behalten und diese nicht unnötig aufregen.

Die polynesische Tierschutzvereinigung *Mata Tohora*, die sich für den Schutz der Meeressäuger einsetzt, sagte, es seien viel zu viele Boote gleichzeitig auf dem Wasser. „Wir müssen die Zahl der Boote in der Nähe der Wale und Delfine begrenzen. Es geht darum, die Aktivitäten zu steuern, und das muss schnell geschehen“, sagt Agnes Benet, Biologin und Gründerin der Vereinigung.

„Man kann mit den Walen schwimmen, ohne sie zu stören“, fügte sie hinzu. Das sei möglich, wenn man sich viel Zeit nähme und auf die Wale achten würde.

*Mata Tohora* setzt sich dafür ein, dass ab 14.00 Uhr eine Ruhezeit eingeführt wird, in der das Beobachten der Wale verboten ist, damit sie sich ausruhen können.

**Hintergrund:** Im März des Jahres unterzeichneten indigene Führer aus ganz Polynesien, darunter Tahiti, Tonga, Hawai'i, Neuseeland und den Cook-Inseln, eine Erklärung, in der Wale als juristische Personen mit eigenen Rechten anerkannt werden.

Die Buckelwal-Population wurde im 19. und frühen 20. Jahrhundert durch den kommerziellen Walfang stark dezimiert. Dank der Schutzbemühungen und eines 1986 beschlossenen Moratoriums für den kommerziellen Walfang ist die Population wieder auf etwa 80 000 Tiere angewachsen. (*Islands Business 19.09.24, <https://tahititourisme.pf/en-pf/activities/underwater-exploration/whale-season/>*)

### Pitcairn verschenkt Land

**Pitcairn:** Das britische Überseegebiet Pitcairn sucht aktiv nach neuen Bewohner\*innen und bietet dafür lukrative Anreize. Einwandernde erhalten einen kostenlosen Baugrund (1.500 m<sup>2</sup>) sowie ein zinsfreies Darlehen in Höhe von 30.000 Euro für Baumaterialien. Unter bestimmten Bedingungen gibt es zudem Zuschüsse für Frachtkosten.

Die Antragstellung erfolgt online. Nach der Genehmigung haben Einwanderungswillige ein Jahr lang Zeit, um sich auf der Insel niederzulassen.

Pitcairns Versuch, Immigration anzukurbeln, ist kein Einzelfall, ähnliche Modelle gibt es auch in anderen Ländern, zum Beispiel in Irland.

In Pitcairn fehlt es jedoch an Nachbarn, die Insel liegt extrem isoliert. Die nächsten bewohnten Nachbarinseln Pitcairns sind das ca. 540 km nordwestlich gelegene Mangareva (Französisch-Polynesien) und das östlich gelegene Rapa Nui (Osterinsel).

Pitcairn selbst besteht zwar neben der Hauptinsel Pitcairn noch aus vier weiteren Inseln: Oneo, Sandy Island, Henderson und dem Atoll Ducie, das nebenbei bemerkt, das südlichste Atoll des

Pazifiks ist. Die vier Inseln sind aber alle über 100 km von der Hauptinsel Pitcairn entfernt und unbewohnt. Mit nur rund 50 Bewohner\*innen und einer Fläche von 4,5 km<sup>2</sup> ist Pitcairn deutlich kleiner als so manches deutsche Dorf.

Infrastruktur in Form von befestigten Straßen fehlt und Schiffsverbindungen sind selten. Dafür gibt es aber eine kleine Krankenstation, ein Museum und einen Allzweckladen, der viermal im Jahr mit Waren aus Neuseeland aufgestockt wird. Dennoch auftretende regelmäßige Versorgungsschwierigkeiten und die Einsamkeit machen das Leben vor Ort trotzdem zu einer Herausforderung.

Pitcairn bietet eine Chance für Abenteuerlustige, die bereit sind, in einer abgelegenen, naturbelassenen Umgebung zu leben. Ob es das wert ist, den europäischen Luxus hinter sich zu lassen, um ein Leben in Abgeschiedenheit zu führen, bleibt wohl eine subjektive Entscheidung. (Artikel von Noah Schmitz. *Kreiszeitung.de* 15.07.24, *Pitcairn Immigration* 25.11.24)

## HAWAI'I

### Clean-Up im Nationalpark

Die lokale Umweltschutzorganisation *Papahānaumokuākea Marine Debris Project* (PMDP) hat 31.751 kg Müll (70.080 Pfund) aus dem Meer entfernt. Es handelte sich um die erste von drei für das Jahr 2024 geplanten Müllsäuberungen im Meer.

Das 12-köpfige Team führte eine dreiwöchige Aufräumaktion durch, entfernte dabei Meeresmüll und reinigte über 10 Meilen der Küstenlinie in Kuaihelani (Mi-

dway Atoll) im Nordwesten der Hawai'i-Inseln.

„PMDP kam nach Kuaihelani mit dem Ziel, 35.000 Pfund Meeresmüll zu entfernen, um die Tierwelt präventiv zu schützen, und ich bin stolz darauf, dass wir unser Ziel mehr als verdoppelt haben“, sagte Sydney Luitgaarden von PMDP.

Die Säuberungsaktion zielte darauf ab, die Küsten von Kuaihelani von (Plastik-)Müll zu befreien, in dem sich Wildtiere verfangen und das sie verschlucken können. Das Gebiet beherbergt mehr als 70 gefährdete hawaiianische Mönchsrobber, dient als Nistplatz für die weltweit größte Kolonie von mōlī (Laysan-Albatrossen) und fast zwei Millionen Vögel aus 19 verschiedenen Arten - darunter die weltweit am stärksten gefährdete Ente, die Laysan-Ente.

*Info:* In den vergangenen vier Jahren haben die ehrenamtlichen Mitarbeitenden des PMDP über 785.000 Pfund Müll von den abgelegenen Inseln und Atollen innerhalb des Nationalparks *Papahānaumokuākea Marine National Monuments* entfernt. Im August und September dieses Jahres fanden weitere Clean-Ups statt. (*Hawai'i Public Radio* 19.06.24)

### Mehr Mittel für Unterricht in Hawaiianisch

Der Unterricht in der hawaiianischen Sprache wird finanziell aufgestockt, um neue Stellen für kaiapuni-Lehrende und Lehrplanspezialist\*innen im staatlichen Bildungsministerium zu schaffen.

Gouverneur Josh Green unterzeichnete kürzlich ein Gesetz zur

Bereitstellung von 3,5 Millionen Dollar für die Einstellung von 10 zusätzlichen kaiapuni-Lehrenden und drei Lehrplanspezialisten.

Außerdem wird das US-amerikanische Bildungsministerium beauftragt, einen strategischen Plan für die kaiapuni-Ausbildung zu entwickeln, um den akademischen Erfolg der rund 1.400 Schüler\*innen in diesem Programm zu überwachen. Das kaiapuni-Programm der US-Regierung verzeichnete in den letzten Jahren einen Anstieg der Schülerzahlen um 60 %.

Ka'iu Kimura, Direktor des *College of Hawaiian Language* an der University of Hawai'i in Hilo, bedankte sich bei Gouverneur Green für die neue Maßnahme. Die Gelder würden dringend benötigt, um Bildungsprogramme in Hawaiianisch weiter auszubauen.

Gouverneur Green unterzeichnete noch weitere Gesetze zur Verbesserung der Lebenssituation der indigenen Bevölkerung von Hawai'i. Diese neuen Gesetze sollen dazu beitragen, die Wohnsituation der indigenen Bevölkerung zu verbessern, den nachhaltigen Tourismus zu fördern und die alten Grabstätten der indigenen Hawaiianer besser zu schützen.

*Hintergrund:* „Kaiapuni“ ist ein hawaiianisches Wort, das allgemein „die Sprache“ oder „die Umgebung von etwas“ bedeutet. Der Begriff wird oft in Verbindung mit dem „Kaiapuni Hawaiianischen Schulprogramm“ verwendet, das ein immersives Bildungsprogramm ist, in dem Schüler\*innen in der hawaiianischen Sprache unterrichtet werden. Das Kaiapuni-Programm hat das Ziel, die hawaiianische Sprache

und Kultur zu erhalten und zu fördern und wird vor allem in Schulen angeboten. Hier werden die Schüler durch eine vollständige Sprachimmersion in der hawaiianischen Sprache unterrichtet, was bedeutet, dass der Unterricht komplett in Hawaiianisch geführt wird und nicht in Englisch. (*Hawai'i Public Radio 04.07.24, <https://www.hawaiipublicschools.org/TeachingAndLearning/StudentLearning/HawaiianEducation/Pages/Hawaiian-language-immersion-schools.aspx>*)

### Observatorium auf dem Mauna Kea abgebaut

Nach fast vier Jahrzehnten Betrieb auf dem Berg *Mauna Kea* wurde die Stilllegung des *Caltech Submillimeter Observatoriums* (CSO) Anfang Juli abgeschlossen.

Die Firma *Caltech* hatte bereits 2009 die Schließung der Anlage angekündigt. Im Jahr 2015 wurde der gesamte Betrieb des Observatoriums eingestellt. Der aktive Stilllegungsprozess begann im Jahr 2022 mit der Beseitigung von Gefahrstoffen. Das Teleskop und die übrigen Gebäude folgten 2023 und 2024.

Neben den Rückbauunternehmen arbeiteten auch Umweltbeauftragte an der Beseitigung von bleihaltiger Farbe und Schimmel während des Rückbaus. Ein Umweltberater wurde beauftragt, um den Boden auf chemische Verunreinigungen zu untersuchen. Die Testergebnisse zeigten, dass die Schadstoffwerte des Bodens innerhalb der staatlichen Sicherheitsrichtlinien lagen.

*„Wir sind dankbar für die Zusammenarbeit und die Unterstützung unserer vielen Partner, einschließlich der verschiedenen Aufsichtsbehörden und Unternehmen, mit denen wir bei der*

*Planung und Durchführung dieser Aktion zusammengearbeitet haben“*, sagte Sunil Golwala, Direktor des CSO, in seiner Erklärung zur Stilllegung der Anlage.

*„Caltech dankt den Menschen auf Hawai'i für die Möglichkeit, das Universum vom Mauna Kea aus zu erforschen. Es war uns eine Ehre, unsere Beziehung zum Mauna Kea und seinen Bewohnern durch diese Außerbetriebnahme fortzusetzen“*, sagte Golwala.

Die Beobachtungen des CSO begannen im Jahr 1987. Caltech-Wissenschaftler\*innen und fast 200 Doktoranden nutzten die Anlage, um ein neues Submillimeter-Fenster zum Universum zu öffnen. Das abgebaute Teleskop ist nun auf dem Weg nach Chile, wo es für ein anderes Observatorium umgebaut werden soll.

*Info: Die Kosten für das gesamte Stilllegungsprojekt werden auf 6 Millionen US-Dollar geschätzt. (Hawai'i News online 04.07.24)*

## AOTEAROA (NEUSEELAND)

### Staatliche Entschuldigung bei Missbrauchsoffern

Der neuseeländische Premierminister entschuldigte sich im November dieses Jahres in einer 16-minütigen Rede vor dem Parlament bei Missbrauchsoffern seines Landes.

Dass kirchliche und staatliche Einrichtungen in Neuseeland häufig Orte von Missbrauch waren, ist schon länger bekannt, doch noch nie gab es eine staatliche Entschuldigung bei den Opfern. Eine Expertenkommission untersuchte das Thema über mehrere Jahre hinweg und

sprach mit unzähligen Überlebenden. Dabei kam sie zu dem Schluss, dass zwischen 1950 und 1999 fast 200.000 Kinder und andere Schutzbedürftige in Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen oder Pflegeheimen, Missbrauch zum Opfer fielen. Vermehrt traf diese sexuelle, psychische, aber auch physische Gewalt Zugehörige der indigenen Maori.

Der neuseeländische Regierungschef kündigte eine umfangreiche Verbesserung der Sicherheitssituation in neuseeländischen Pflegeeinrichtungen, sowie eine neue Art von Erinnerungskultur an die Missbrauchsoffer an. Die Kommission forderte unter anderem auch offizielle Entschuldigungen des Papstes und des Erzbischofs von Canterbury, den Oberhäuptern der katholischen und der anglikanischen Kirche. Außerdem erwarten Experten Entschädigungszahlungen in Milliardenhöhe von Seiten des Staates. (*Artikel von Noah Schmitz. Zeit online 12.11.24*)

### Starker Anstieg der Fettleibigkeit bei Kindern

In einem im *New Zealand Medical Journal* veröffentlichten Artikel hat die Autorin Velia Men die Erkenntnisse aus internationalen Studien und lokaler Forschung zusammengetragen. Gegenüber dem Sender *RNZ Pacific* erklärte Velia Men, dass sich die Studien, die sie in dem Artikel untersuchte, auf Kinder aus dem Pazifikraum konzentrierten: *„Der Artikel fasst die neuesten Daten der neuseeländischen Gesundheitserhebung zusammen und kommt zu dem Ergebnis, dass pazifische Kinder derzeit die höchsten Fettleibigkeitsraten aller ethnischen Gruppen haben“*, sagte sie. *„51 %*

*der pazifischen Kinder fallen derzeit in die Kategorie fettleibig oder übergewichtig - das sind über 70.000 pazifische Kinder.“*

Im Vergleich zu nicht-pazifischen Kindern sei die Fettleibigkeitsrate bei pazifischen Kindern 2,6-mal höher, so Men. Zu den Herausforderungen, mit denen pazifische Familien konfrontiert sind, sagte Men, dass Fettleibigkeit in erster Linie von der Umgebung abhängt, diese habe einen großen Einfluss auf die Verhaltensweisen pazifischer Familien: *„Leider sind wir von einem Umfeld umgeben, das wir als ‚fettleibigkeitsfördernd‘ bezeichnen, in dem ungesunde Lebensmittel nicht nur billiger sind, sondern auch weit verbreitet und stark beworben werden. Leider haben wir festgestellt, dass pazifische Familien diesem „fettleibigen Umfeld“ stärker ausgesetzt sind“*, so die Autorin.

50 % der pazifischen Familien leben in Gebieten mit hoher sozio-ökonomischer Benachteiligung, in denen sich mehr als die Hälfte der neuseeländischen Fast-Food-Läden befinden. *„In Gesprächen mit pazifischen Familien gaben viele Eltern an, dass die Kostengünstigkeit von Junkfood der Hauptgrund für die Fettleibigkeit ihrer Kinder ist, während gesündere Lebensmittel oft als teurer und zeitaufwändiger in der Zubereitung angesehen werden“*, sagte sie. Das bedeutet, so Men weiter, dass das Problem nicht in den individuellen Verhaltensweisen liegt, sondern in der Umgebung, die es den Familien sehr schwer macht, gesündere Optionen zu wählen. *„Es ist eine traurige Realität, dass sich viele Familien nicht genügend nahrhafte Lebensmittel leisten können,“* bedauerte Men.

Sie sagte weiter, dass der *Healthy Food Environment Policy Index* der Studie bewerte, wie gut die Regierung Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensmittelumgebung im Vergleich zu internationalen Standards umgesetzt habe. *„Die Studie hat ergeben, dass in den letzten zehn Jahren mehr als die Hälfte der Maßnahmen nur geringfügig oder gar nicht umgesetzt wurden. Neuseeland fällt also im Vergleich zu anderen Ländern in vielen Bereichen mit seiner Lebensmittelumgebung zurück. Wir kommen unserer Verpflichtung zur Verbesserung der Gesundheit der pazifischen Bevölkerung und der gesundheitlichen Chancengleichheit nicht nach.“*

Men meinte abschließend: *„Ich denke, der wirklich wichtige Teil einer erfolgreichen Adipositas-Intervention ist es, Gemeinschaften und Familien zu befähigen, ihre Gesundheit und ihr Verhalten selbst in die Hand zu nehmen. Und ein wirklich großer Teil davon ist die Einbeziehung von Familien und Gemeinschaften.“* (<https://www.rnz.co.nz/international/pacific-news/520178/environment-inflation-contribute-to-sharp-increase-in-pacific-child-obesity-researcher>, 21.06.24)

### **Armee beteiligt sich an Militärübung in Fidschi**

Fast 50 Angehörige der neuseeländischen Armee haben vom 10 bis 20. September an taktischen Mörser- und Maschinengewehrübungen in Fidschi teilgenommen.

Bei der Übung „Cartwheel“ handelte es sich um eine jährliche bilaterale Übung zwischen den Streitkräften der Republik Fidschi und der US-Armee im pazifischen Raum, bei der die Fähigkeiten der leichten Infanterie und der

Kampfunterstützung trainiert, bewertet und ausgebaut werden.

Fidschi und die USA sind die Hauptteilnehmer, aber auch Partnerstaaten wie Australien und das Vereinigte Königreich beteiligen sich regelmäßig an der Übung. Zum dritten Mal in Folge nahmen jetzt Soldaten des *16th Field Regiment, Royal Regiment of New Zealand Artillery* und des *1st Battalion, Royal New Zealand Infantry Regiment*, teil, um deren Fähigkeiten im Umgang mit 81-mm-Mörsern und Dauerfeuer-Maschinengewehren weiter auszubauen. Die Übung umfasste auch eine Schießübung im Nausori-Hochland, bei der die beiden Streitkräfte den Dschungelkampf üben konnten.

Der Kommandeur des 3. Bataillons des Fidschi-Infanterieregiments, Oberstleutnant Atunaisa Vakatale, sagte, die Übung sei ein weiterer Meilenstein in der Verteidigungspartnerschaft zwischen Fidschi und Neuseeland und spiegele das Verständnis, das Vertrauen und die gemeinsame Vision der beiden Armeen wider. (*Radio NZ Intern.* 25.09.24, [https://www.army.mil/article/279746/nevada\\_army\\_guard\\_trains\\_in\\_fiji\\_at\\_exercise\\_cartwheel\\_2024](https://www.army.mil/article/279746/nevada_army_guard_trains_in_fiji_at_exercise_cartwheel_2024))

## **INDONESIEN WESTPAPUA**

### **Jahresbericht von Papuaans Behind Bars veröffentlicht**

**Indonesien:** Die Online-Datenbank *„Papuaans Behind Bars“* hat gemeinsam mit der britischen Nichtregierungsorganisation TAPOL ihren Jahresbericht

2023 veröffentlicht. *Papuans Behind Bars* sammelt Daten über politische Gefangene in Westpapua. Niemand soll vergessen werden! Viele der Gefangenen haben willkürliche Verhaftungen, Gewalt, Missbrauch, Folter, unfaire Prozesse, Einschüchterung und Vernachlässigung erlitten.

Im Jahr 2023 verzeichneten *Papuans Behind Bars* und *TAPOL* insgesamt 531 politische Verhaftungen, die 530 Personen betrafen, in 81 separaten Fällen. 423 davon waren Männer, 37 Frauen und bei den anderen Personen lagen keine Informationen über die geschlechtliche Identität vor. Die meisten Personen (110) wurden im Zusammenhang von Demonstrationen gegen die Verurteilung von Viktor Yeimo verhaftet. 176 weitere Personen wurden an bestimmten Daten verhaftet, die für die indigenen Papuas von besonderer Bedeutung sind. Weitere 41 Verhaftungen gab es im Zusammenhang mit bewaffneten Zusammenstößen und/oder Angriffen auf Posten der Sicherheitskräfte.

Von den Verhafteten wurden 50 strafrechtlich angeklagt. Davon wurden 18 strafrechtlich verfolgt, verurteilt und zu Haftstrafen zwischen sechs Monaten und 16 Jahren verurteilt. Von den Festgenommenen wurden 454 wieder freigelassen bzw. es wird davon ausgegangen, dass sie freigelassen wurden.

Am häufigsten wurden Personen auf Grundlage des Notstandsgesetzes über den Besitz von Schusswaffen und Sprengstoffen angeklagt. Dies geschah im Fall von 23 Personen. Zwölf von diesen wurden für schuldig befunden. Dies ist ein deutlicher Anstieg gegenüber den Vorjahren.

Im Gegensatz dazu wurden elf Personen wegen Hochverrats angeklagt und verurteilt. Dies ist ein deutlicher Rückgang der Anklagen wegen Hochverrats im Vergleich zum Vorjahr, als diese Anklagen 24 Mal erhoben wurden. Elf Personen wurden wegen Mord oder Totschlag angeklagt. Dies geschah meist im Zusammenhang mit Angriffen auf Sicherheitskräfte. Sechs der elf Angeklagten wurden für schuldig befunden.

Ende des Jahres 2023 befanden sich 35 der 531 politisch Verhafteten noch immer in Haft. Sie befanden sich dabei in einem noch laufenden Gerichtsverfahren. Weitere 18 Personen waren nach ihrem Gerichtsverfahren an verschiedenen Orten in Westpapua inhaftiert. Der Aufenthaltsort von acht Festgenommenen konnte nicht ermittelt werden. Vier Personen, die sich nicht in Haft befanden, wurden weiterhin zur Verhaftung gesucht. Zwei politische Gefangene aus Westpapua starben im Jahr 2023. Einschließlich der in den Jahren 2021 und 2022 verhafteten Personen befanden sich Ende des Jahres 2023 insgesamt 96 politische Gefangene aus Westpapua in Haft.

Die verschärften und zugleich vagen Bestimmungen im neuen Strafgesetz erhöhen die Sorgen, dass diese Definitionen von den Strafverfolgungsbehörden zukünftig besonders in Westpapua verwendet werden, um friedliche Äußerungen oder Aktivitäten zu kriminalisieren, die überhaupt keine Gewalt beinhalten.

**Hier** geht es zu dem englischsprachigen Bericht: <https://papuansbehindbars.org/annual-overview-2023/> (*Westpapua Netzwerk online 10.10.24*)

## Tribunal hat sein Urteil veröffentlicht

**London:** Ende Juni fand für drei Tage an der Queen Mary University in London (Großbritannien) das *Permanent Peoples' Tribunal on State and environmental violence in West Papua* (PPT) statt.

An insgesamt drei Tagen berichteten knapp 30 Zeug\*innen über die Menschenrechtslage und die Umweltzerstörungen in Westpapua. Aktuelle Geschehnisse wie die Gewalt der Sicherheitskräfte und die anhaltende Stationierung von Militär in Westpapua, die Situation der Binnenflüchtlinge und die Auswirkungen der Umweltzerstörungen für indigenes Leben und Überleben wurden ebenso thematisiert wie vergangene Menschenrechtsverbrechen.

Anfang Oktober veröffentlichte das Richterergremium des *Permanent Peoples' Tribunal* (PTT) sein Urteil. Darin wird besonders der indonesische Staat scharf kritisiert. Staatliche Verbrechen, die Gewährung von Straffreiheit und die Verbindung von staatlichen und unternehmerischen Interessen, die zu einer „Auslöschung“ der Papuas führen, sind nur einige Punkte des Urteils, die den Aussagen der Papuas Gehör und Gerechtigkeit verschaffen. Die Verflechtung zwischen Unternehmen und Staat und Militär bestehe aus einem „Regime des Terrors“, so das Urteil, und schränke menschliche Handlungsspielräume ein. Dennoch wird in dem Urteil nicht nur der indonesische Staat zur Verantwortung gezogen, sondern auch die Staaten, in denen in Westpapua aktive Unternehmen ansässig sind oder die Staaten, die an der Ausbildung indonesischer Sicherheitskräfte beteiligt sind.

Das Urteil des Tribunals beschreibt die Lage in Westpapua in 8 Punkten. Zu jedem einzelnen Anklagepunkt hat das Tribunal Verbesserungsvorschläge und Forderungen erarbeitet.

Das umfangreiche Urteil in allen Einzelheiten steht **hier** kostenlos zum Download zur Verfügung: <https://permanentpeoplestribunal.org/the-judgement-on-west-papua-in-eight-points/?lang=en>

*Hintergrund:* Das PPT-Urteil zu staatlicher und umweltbezogener Gewalt in Westpapua wurde am 1. Oktober auf der 57. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates in Genf vorgestellt. Der Antrag, der zu den öffentlichen Anhörungen in London geführt hatte, wurde vom *Centre for Climate Crime and Climate Justice* (CCCCJ) und einem Netzwerk von internationalen und indonesischen Menschen- und Umweltrechtsorganisationen und -verbänden gestellt. Die Aufgabe dieses Tribunals war es, die Wahrheit über die kriminellen Ereignisse in Westpapua und die dort stattfindende Unterdrückung zu ermitteln, aber auch die unveräußerlichen Rechte der indigenen Gemeinschaften in Bezug auf Land und Umwelt zu klären und zu bekräftigen. (*Westpapua Netzwerk online 10.10.24*)

### **Militär soll Regierungsprogramme zur Ernährungssicherheit unterstützen**

**Westpapua:** Anfang Oktober wurde bekanntgegeben, dass das indonesische Militär fünf neue Einheiten an verschiedenen Orten in Westpapua stationieren wird, um – so die offizielle Begründung – die Programme der Regierung zur Verbesserung der Ernährungssicherheit in Westpa-

pua zu unterstützen.

In enger Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsministerium sollen die militärischen Einheiten den Anbau und die Produktion von z.B. Reis sichern. Dafür werden die Einheiten in Keerom (Provinz Papua), in Sarmi (Provinz Papua), in Boven Digoel (Provinz Süd-Papua), in Merauke (Provinz Süd-Papua) und in Sorong (Provinz Südwest-Papua) stationiert. Jede Einheit soll aus über 690 Soldaten bestehen.

In Westpapua rufen diese Pläne Sorgen vor neuer militärischer Gewalt und vor einem Verlust weiterer ziviler Freiheiten und Rechte hervor. Besonders kritisch wird die Einflussnahme des Militärs in Aufgaben gesehen, die über das bloße Mandat der Verteidigung hinausgehen.

In Merauke, wo neben eines großen Zuckerrohr-Projektes auch eine Million Hektar für den Reisanbau freigegeben werden sollen, berichten lokale Gemeinden, dass sie durch die Anwesenheit des Militärs verängstigt seien. Proteste gegen das Landwirtschaftsprojekt werden unterbunden und die Anwohner\*innen durch das Militär eingeschüchert. [Info: In der Provinz Süd-Papua, Landkreis Merauke, werden insgesamt 2 Millionen Hektar Wald, Schwammland und Grasland abgeholzt bzw. zerstört, um Platz für eine Reihe riesiger Zuckerrohrplantagen zu schaffen. Dieses Projekt, welches als das „größte Abholzungsprojekt der Welt“ bezeichnet wird, soll Indonesiens nationale Zuckerproduktion ankurbeln und die steigende Nachfrage nach diesem absichern.]

Derweil gab das Militär an, einen humanitären Ansatz in der Absicherung der Landwirtschaftsprojekte verfolgen und Verbesserungen in den Lebensbedingungen schaffen zu wollen. Eine Aussage, die Menschenrechtsakti-

vist\*innen stark anzweifeln. Zu schlecht und traumatisierend seien die Erfahrungen in Westpapua mit militärischen Aktivitäten. Anstatt das Militär in die Programme zur Ernährungssicherheit einzubinden, solle man vielmehr auf das Wissen und die Erfahrungen der indigenen Bevölkerung in Westpapua zurückgreifen und diese auf Augenhöhe einbinden, hieß es aus westpauanischen Aktivistenkreisen. Stattdessen werden nun jedoch genau diese Stimmen durch die Anwesenheit des Militärs zum Schweigen gebracht.

(*Westpapua Netzwerk online 24.10.24, <https://news.mongabay.com/2024/09/worlds-biggest-deforestation-project-gets-underway-in-papua-for-sugarcane/>*)

### **Pilot nach 19 Monaten aus Geiselhaft entlassen**

**Westpapua:** Der neuseeländische Pilot Phillip Mark Mehrstens ist nach 19 Monaten Geiselhaft am 21. September von der *Cartenz Peace Operation Task Force* der indonesischen Armee befreit worden.

Phillip Mehrstens aus Christchurch (Neuseeland) war am 7. Februar letzten Jahres von der Nationalen Befreiungsarmee West Papuas (*West Papua National Liberation Army*, TPNPB) entführt worden. Die Befreiungsarmee versprach sich von der Entführung mediale Aufmerksamkeit für die katastrophale Menschenrechtssituation in Westpapua und wollte die Unabhängigkeit Westpapas erzwingen.

Der 38-jährige Mehrstens hatte als Pilot für die indonesische Fluggesellschaft *Susi Air* gearbeitet, als sein Flugzeug kurz nach der Landung in der Region Nguda beschlagnahmt wurde.

Als Mehrstens gefangen genommen wurde, forderte die TPNPB die Unabhängigkeit Papuas als Gegenleistung für seine Freilassung. Die Rebellen, die dem bewaffneten Flügel der Bewegung für ein Freies Papua angehören, kämpfen seit langem für die Unabhängigkeit von der indonesischen Herrschaft.

Die Taskforce konnte den Piloten nun im Bezirk Nguda befreien, zuvor war es zu Verhandlungen zwischen den Geiselnern, religiösen Führern und Mitarbeitenden der Taskforce gekommen. „*Er war bei guter Gesundheit, als wir ihn abholten, und wir haben ihn sofort für medizinische Untersuchungen nach Timika geflogen*“, erklärte Bayu Suseno, Sprecher der gemeinsamen militärisch-polizeilichen Taskforce.

TPNPB-Sprecher Sebby Sambom hatte in einer auf YouTube veröffentlichten Videoerklärung erklärt, die Gruppe werde Mehrstens „aus humanitären Gründen“ bedingungslos freilassen. Sambom bekräftigte jedoch, dass die Forderung der Gruppe nach der Unabhängigkeit Papuas unverändert bleibe. „*Unser Kampf für ein unabhängiges Westpapua ist nicht verhandelbar*“, sagte er. (Victor Mambor auf Benarnews.com 21.09.24, Spiegel Panorama 21.09.24)

### Neue Publikation

**Deutschland:** Die neue und aktualisierte Publikation des Westpapua-Netzwerkes (WPN) „Westpapua im Jahr 2024 – Geschichte, Menschenrechte und aktuelle politische Situation“ informiert über die Geschichte Westpapas und thematisiert neben der aktuellen Menschenrechtslage auch die politische Situation in Westpapua

im Jahr 2024.

Nach den Publikationen „Westpapua im Jahr 2022“ und „Westpapua im Jahr 2023“ ist diese neue Ausgabe nun die bereits dritte WPN-Publikation dieser Reihe.

*Info:* Gedruckte Exemplare können per E-Mail an die Adresse [wpn@westpapuanetz.de](mailto:wpn@westpapuanetz.de) über die Koordinationsstelle des WPN bestellt werden. (Pressemeldung des WPN 20.11.24)

## AUSTRALIEN

### Kreditvergabe an PNG

Australien hat ein Darlehen in Höhe von 600 Mio. AUD (1,54 Mrd. Kina) an Papua-Neuguinea (PNG) bewilligt, um das Haushaltsdefizit des Landes im Jahr 2023 auszugleichen und wichtige Wirtschaftsreformen zu unterstützen. Diese Finanzhilfe folgt auf ein früheres Darlehen in Höhe von 750 Mio. AUD aus dem Jahr 2022 und spiegelt das anhaltende Engagement Australiens zur Unterstützung der finanzpolitischen Stabilität und Entwicklung Papua-Neuguineas wider.

Papua-Neuguinea steht vor zahlreichen wirtschaftlichen Herausforderungen, darunter die Verwaltung der öffentlichen Finanzen, die Behebung von Infrastrukturdefiziten und die Sicherstellung grundlegender Dienstleistungen. Die Wirtschaft des Landes wurde durch Schwankungen der Rohstoffpreise, Probleme bei der Regierungsführung und die anhaltenden Auswirkungen der COVID-19-Pandemie belastet. Diese Faktoren haben die fiskali-

sche Instabilität verschlimmert.

Das neue australische Darlehen soll Papua-Neuguinea in die Lage versetzen, seine wirtschaftliche Reformagenda fortzusetzen, zu der die Verbesserung der Finanzverwaltung, die Verbesserung der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen und die Förderung des Wirtschaftswachstums gehören. Diese Unterstützung steht im Einklang mit umfassenderen Reformmaßnahmen im Rahmen der Programme des Internationalen Währungsfonds (IWF), an denen PNG beteiligt ist.

Neben der finanziellen Unterstützung investiert die australische Regierung auch in Gesundheitseinrichtungen in der Torres Strait und in Queensland, um den Bürger\*innen Papua-Neuguineas zu helfen.

(<https://apngbc.org.au/2024/papua-new-guinea-to-receive-a600m-loan-from-australia/> 14.06.24)

### Neue Initiativen im Rahmen des bilateralen Sicherheitsabkommens mit PNG

Im Rahmen des 30. Australien-Papua-Neuguinea-Ministerforums am 19. Juni haben Minister\*innen aus Australien und Staatsbeamte aus Papua-Neuguinea (PNG) über neue Initiativen im Rahmen ihres bilateralen Sicherheitsabkommens beraten.

Dazu gehören:

- Unterstützung für PNGs Rechtssystem, um den Staat bei der Ermittlung und Verfolgung von Finanzkriminalität zu helfen;
- Investitionen in Programme zur Verbesserung des Zugangs zur Jus-

tiz für junge Menschen und abgelegene Gemeinden

- Unterstützung, um PNGs Justizvollzugsanstalten sicherer zu machen.

Ein Schwerpunkt der Gespräche war die angespannte Sicherheits-situation im Hochland von PNG. Zugesagt von Australien wurde hier neues Programm zur Verbesserung des Waffenmanagements und eine Partnerschaft mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz.

Weitere Unterstützung wird PNG auch in „nicht traditionellen“ Sicherheitsbereichen wie Cyber- und Biosicherheit sowie bei der Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt erhalten.

Diese neuen Initiativen sollen aus den 200 Millionen AUS-Dollar finanziert werden, die Australien im Rahmen des im Dezember 2023 angekündigten bilateralen Sicherheitsabkommens zur Unterstützung der inneren Sicherheit in PNG zugesagt hatte.

Das Treffen im APEC-Haus in Port Moresby wurde von den Außenministern der beiden Länder, Justin Tkatchenko (PNG) und Penny Wong (Australien), gemeinsam geleitet. (*Radio NZ Intern. 21.06.24, <https://www.foreignminister.gov.au/minister/penny-wong/media-release/30th-papua-new-guinea-australia-ministerial-forum-joint-communique>*)

### Neue App vereinfacht Visa-Anträge

Das Ministerium für Inneres und Einwanderung und das australische Innenministerium haben Ende September die Einführung der australischen „Immi-App“ angekündigt, um die Beantragung von Visa für die Staatsbürger\*innen pazifischer Länder zu

vereinfachen.

Fidschi, Papua-Neuguinea, Samoa, Tonga und Drittstaatsangehörige aus Neuseeland werden die App testen, bevor sie Anfang nächsten Jahres eingeführt werden soll.

Die App soll den Zugang und die Migrationsmöglichkeiten für die Einwohner\*innen der pazifischen Inselstaaten verbessern und gleichzeitig kosteneffizient sein. Sie wird es den Nutzern ermöglichen, die biografische Seite ihres Reisepasses zu scannen, den elektronischen Chip ihres Reisepasses (sofern vorhanden) zu lesen und ein Gesichtsbild zu erfassen, so dass sie nicht mehr mehrmals zu den australischen biometrischen Zentren in Suva oder Lautoka (Fidschi) fahren müssen.

Mit der kostenlosen App soll die Bearbeitungszeit von Visa verkürzt werden. Sie soll zunächst nur für fidschianische Staatsbürger (auch Kinder) zum Einsatz kommen, die ein Visum für Australien benötigen. (*Fiji One News 27.09.24*)

## SPORT

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Noah Schmitz, FSJ'ler in der Pazifik-Infostelle.]

### Erdrückende Dominanz

#### Neuseeland/Fidschi/Vanuatu:

Die Herren-Fußballmannschaft Neuseelands hat in diesem Juni ihren sechsten Titel beim „Nations Cup“ gewonnen.

Das 11. Turnier der *Oceania Football Confederation* (OFC) fand zwischen dem 15. und 30. Juni in Fidschi und Vanuatu statt. Die „All Whites“ – wie die Fußball-

ler in Anlehnung an die „All Blacks“, das Rugby-Team Neuseelands, auch genannt werden – waren mit Abstand die stärkste Mannschaft des Turniers und gewannen die Spiele in der Gruppenphase des Turniers souverän mit 3:0 und 4:0 gegen die Salomonen und Vanuatu. Auch den Halbfinalgegner Tahiti fertigte das Team von Trainer Darren Bazeley mit 5:0 ab, um schließlich ins Endspiel einzuziehen.

In der Hauptstadt Vanuatus, Port Vila, wurde schließlich das Finale ausgespielt. Hier behauptete sich Neuseeland erneut sehr selbstbewusst mit 3:0 gegen die Gastgeber aus Vanuatu.

Neuseelands Dominanz im ozeanischen Nationsfußball ist klar zu erkennen, so gingen auch ein Großteil der Individualauszeichnungen an die *All Whites*, doch Torschützenkönig wurde ein Einheimischer, Roy Krishna aus Fidschi. Neuseeland darf nun nach 1982 und 2010 von einer möglichen dritten Weltmeisterschaftsteilnahme 2026 träumen.

(<https://www.fifa.com> 30.06.24, <https://www.oceaniafootball.com/ofc-mens-nations-cup-2024/>)

### Consort Express Lines unterstützt Royals Rugby Club

**Papua-Neuguinea:** *Consort Express Lines* (Consort), das führende Küstenschiffahrtsunternehmen in Papua-Neuguinea mit Sitz in Lae, hat den *Royals Rugby Union Club* (15er) – ebenfalls aus Lae – für die Morobe Rugby Union Saison 2024 mit einer großzügigen Spende in Höhe von 20.000 Kina unterstützt.

Das Sponsoring umfasst neue Trikots für die drei Mannschaften – Premier Men's, Women's und A-Grade Men's – sowie Trainingsausrüstung, medizinische

Kits und Kühlboxen.

Antony Riley, *General Manager* von Consort, erklärte, dass das Unternehmen stolz sei, die Royals zu fördern und zu ihrem Erfolg beizutragen. Dieses Engagement passe hervorragend zu den Unternehmenswerten, die auf Gemeinschaftsförderung und der Unterstützung eines gesunden Lebensstils basieren. Auch Royals-Präsident Julias Tingiran betonte, wie bedeutend diese Unterstützung für das Team sei. Sie werde nicht nur die Leistung auf dem Spielfeld verbessern, sondern auch das Wohlbefinden der Spieler fördern. Die Royals seien stolz darauf, Consort sowohl auf dem Spielfeld als auch in der Stadtgemeinschaft von Lae zu repräsentieren.

Mit diesem Sponsoring möchte Consort nicht nur die Royals fördern, sondern auch die Begeisterung für den Sport und ein starkes Gemeinschaftsgefühl stärken. (PNG Business News 05.06.24)

### Cook-Inseln und Tonga als Gastgeber der Pazifischen Spiele gewählt

**Palau:** Der *Pacific Games Council* (PGC) hat in einer wegweisenden Sitzung auf seiner Generalversammlung in Palau die Gastgeberländer für die kommenden Spiele (Pacific Games) ausgewählt. Die Cook-Inseln wurden zum Austragungsort der Pazifischen Mini-Spiele 2029 bestimmt, während Tonga die Ehre zuteilwird, die Pazifischen Spiele 2031 auszurichten.

Neben der Vergabe der Austragungsorte bestätigte die Versammlung auch die Wiederwahl des aktuellen PGC-Vorstands. Präsident Vidhya Lakhan und Vizepräsident Marcus Stephen

werden ihre Ämter für weitere vier Jahre fortführen. Darüber hinaus informierte Palau über die Fortschritte bei den Vorbereitungen für die *Pazifischen Mini-Spiele 2025*, die vom 29. Juni bis 9. Juli 2025 stattfinden sollen. Im Rahmen der Sitzungen wurden Sportstätten besichtigt und Gespräche mit führenden Persönlichkeiten, darunter Dr. Patrick Tellei, Vorsitzender der Spiele, sowie Frank Kyota, Präsident des Palau Nationalen Olympischen Komitees und der Pazifischen Spiele-Vereinigung, geführt.

Die Generalversammlung endete am Freitag, den 4. Oktober, mit dem Aufbruch der Delegierten in ihre Heimatländer. Die Gastgeber Palau sowie das Organisationskomitee der Mini-Spiele 2025 sprachen den Cook-Inseln und Tonga ihre Glückwünsche zu den erfolgreichen Bewerbungen aus und würdigten die Wiederwahl des PGC-Vorstands.

(<https://www.guamsportsnetwork.com/author/robert/>)

### Fidschi tritt Weltbox-Verband bei

**Fidschi** ist jetzt Teil des Weltboxverbands (WB), der 2023 als Reaktion auf die Probleme mit dem früheren internationalen Boxverband gegründet wurde.

*World Boxing* ist der internationale Dachverband des olympischen Boxsports mit Sitz in Rensens in der Schweiz. Im WB sind (Stand: August 2024) 44 Nationen vertreten. Das Internationale Olympische Komitee (IOC) erkennt den WB momentan noch nicht an, da es nicht genug Mitglieder gebe. Nur eine Anerkennung durch das IOC kann die Zukunft des Boxsports als olympische Disziplin gewährleisten.

Für Fidschi bietet die Aufnahme in den WB die Möglichkeit, die eigene Position im Boxsport zu stärken und sich für die Olympischen Spiele zu qualifizieren. Fidschi ist neben Taiwan, Pakistan, Bhutan, Ecuador, Japan und Algerien eines von sieben Ländern, die dem WB nach den olympischen Spielen in Paris 2024 beigetreten sind. (*Wantok* Nr. 2605, 12.-18. September, S.30)

## 10. Mikronesienspiele

**Marshall-Inseln:** Vom 15. bis 23. Juni 2024 fanden auf den Marshall-Inseln die 10. Mikronesienspiele statt. Die Spiele gab es erstmals 1969. Seit 1990 finden sie meist im Vierjahrestakt statt. Neben klassischen olympischen Disziplinen wie Tischtennis, Leichtathletik oder Volleyball, treten die Teilnehmenden auch in klassisch mikronesischen Wettkämpfen wie Speerfischen, Kokospalmenklettern oder Kokosnussschalen an. Hierfür gibt es eine einzigartige Disziplin mit dem Namen *Micronesian All-Around Competition*.

Teilnehmende der Mikronesienspiele sind die vier souveränen Staaten Marshall-Inseln, Kiribati, Nauru und Palau. Außerdem dabei sind die US-Außengebiete Nördliche Marianen und Guam sowie die vier Bundesstaaten der Föderierten Staaten von Mikronesien Chuuk, Pohnpei, Kosrae und Yap.

Die meisten Medaillen gingen an das Team des *Commonwealth of the Northern Mariana Islands* (CNMI). Die Athlet\*innen dürfen sich über 26 goldene, 14 silberne und zehn bronzene Medaillen freuen. Nauru und die Gastgeber von den Marshall-Inseln belegten im Medaillenspiegel Platz 2 und

Platz 3. (GSPN Guam Sports Network 24.06.24, Radio New Zealand 19.06.24)

## „TOK BILONG PASIFIK“

wir sind die Generation Restoration“. (PNG Business News 10.06.24)

### Schauspielender Profi-Sportler stirbt bei Hai-Angriff

**Hawai'i:** Tamayo Perry, ein 49-jähriger Rettungsschwimmer der *City and County of Honolulu Ocean Safety*, starb am 23. Juni 2024 bei einem Haiangriff in der Nähe von Goat Island.

Der auf der Insel O'ahu stadtbekanntere Rettungsschwimmer, der beim Surfen nahe des Mālaekahana Beach an der North Shore von O'ahu getötet wurde, war ein ehemaliger Profi-Surfer. Er und seine Frau Emilia Perry betrieben die Surfschule *O'ahu Surfing Experience* und boten Surfunterricht an. Laut seiner Biografie auf der Website des Unternehmens war er über 15 Jahre lang professioneller Surfer und gewann 1999 die Pipeline Master Trials.

Perrys andere Leidenschaft war die Schauspielerei. Auf IMDb sind mehrere kleine Rollen für ihn verzeichnet, darunter die Rolle eines Seeräubers in „*Fluch der Karibik: Fremde Gezeiten*“ im Jahr 2011. Im selben Jahr war er in einer Folge der Fernsehserie „*Hawaii Five-0*“ zu sehen. Er war auch in einigen nationalen Werbespots zu sehen.

*Info:* Der letzte tödliche Hai-Vorfall auf Hawai'i ereignete sich am 30. Dezember 2023, als ein Mann beim Surfen vor der Insel Maui etwa 150 Meter vom Ufer entfernt angegriffen wurde. (*Hawai'i Public Radio 24.06.24, <https://www.oahusurfingexperience.com/>*)

### Baumpflanzaktion in Port Moresby

**Papua-Neuguinea:** Premierminister James Marape und Abgeordnete der Regierung haben den Weltumwelttag (*World Environment Day*) am 5. Juni 2024 mit der Pflanzung von Bäumen entlang des Independence Boulevard in Port Moresby begangen. Die Baumpflanzaktion wurde von der *National Capital District Commission* und Gouverneur Powes Parkop organisiert.

In seiner Ansprache forderte Premierminister Marape alle Einwohner\*innen von Papua-Neuguinea auf, jedes Jahr einen Baum zu pflanzen. „*Wir müssen eine Nation sein, die Bäume pflanzt*“, erklärte der Premier leidenschaftlich. Zudem mahnte er alle Holzfällerunternehmen an, sich an das Gesetz zu halten, wonach pro gefälltten Baum vier neue Bäume gepflanzt werden müssen. Diese Regel habe die Regierung in Absprache mit dem Forstministerium eingeführt, das auch für die Überwachung der Holzfällerkfirmen zuständig sei.

Premier Marape betonte die Vision eines „grünen“ Port Moresby. In der Hauptstadt von Papua-Neuguinea sollen in den nächsten Jahren eine Million Bäume gepflanzt werden, um das innerstädtische Klima zu verbessern.

Marape lobte zum Abschluss seiner Rede das diesjährige Thema des Weltumwelttages: „Landrestauration, Wüstenbildung und Widerstandsfähigkeit gegen Dürre - Unser Land, unsere Zukunft,

### Samoanische Darstellerin für „Moana“-Realverfilmung

**Australien:** Disney hat nach einer intensiven Suche die nächste „Moana“ (deutsch: Vaiana) gefunden. In der Neuauflage des prominenten Animationsfilms von 2016 wird die Newcomerin Catherine Laga'aia die Hauptrolle spielen.

Die 17-jährige Schauspielerin, die in Sydney (Australien) lebt und samoanischer Abstammung ist, spielt in der neuen Realverfilmung an der Seite von Dwayne Johnson, der erneut in die Rolle des Halbgottes Maui schlüpft.

Neben Laga'aia und Johnson gehören auch der Neuseeländer John Tui als Moanas Vater, Häuptling Tui, die samoanisch-neuseeländische Schauspielerin Frankie Adams als Moanas Mutter Sina und Rena Owen, die aus der neuseeländischen Bay of Islands stammt, als die verehrte Großmutter Tala zur Besetzung.

Die Produktion von „Moana“ soll diesen Sommer beginnen, bevor der Film am 10. Juli 2026 in die Kinos kommen soll. Bei dem Film führt Thomas Kail Regie. Lin-Manuel Miranda, der die Originalsongs geschrieben hat, wird auch als Produzent fungieren.

Seit dem 27. November 2024 läuft bereits der zweite Teil des Animationsfilms „Moana 2“ auch in deutschen Kinos.

*Info:* „*Mein Großvater stammt aus Fa'aala, Palauli, in Savai'i. Und meine Großmutter stammt aus Leulumoega Tuai auf der*

*Hauptinsel 'Upolu in Samoa. Ich fühle mich geehrt, dass ich die Gelegenheit habe, Samoa und alle pazifischen Inselvölker zu feiern und junge Mädchen zu vertreten, die so aussehen wie ich“,* erklärte Laga'aia. Sie ist die Tochter des samoanischen Schauspielers Jay Laga'aia, der international für seine Rolle als Captain Typho in den Filmen *Star Wars: Episode II - Angriff der Klone* und *Star Wars: Episode III - Die Rache der Sith* bekannt geworden ist. (Samoa Observer 13.06.24)

### Naturschützer enthüllen weltgrößte Unterwasser- korallenaustellung

**Fidschi:** In einem Versuch, Maßnahmen zur Rettung von Korallenriffen anzustoßen, hat die Stiftung *Corals For Conservation* in Zusammenarbeit mit dem *Plantation Island Resort* und *Vanua Malolo* das „Bula Reef“ errichtet - das größte Unterwasser-Korallen-Worddisplay der Welt.

Laut *Corals For Conservation* ist das Wort BULA auf dem Meeresgrund in wärmeangepassten Korallen geschrieben und misst 16 Meter mal 45 Meter. Die Stiftung erklärte, dass diese Aufzuchtstation als Notfallmaßnahme eingerichtet wurde, um so viele wärmeangepasste Korallen wie möglich zu retten. Man habe sich im September und im Oktober an die Arbeit gemacht und habe mehr als 1.300 hitzeangepasste Korallen von flachen, heißen Riffen in kühlere Gewässer vor der Küste des Hotelresorts im Malolo District verfrachtet und dort angepflanzt. Die Korallen, die die Stiftung leider zurücklassen musste, starben bei einer maximalen Wassertemperatur von 35 Grad ab.

Mit ihrer Umpflanzaktion wollte die Stiftung beweisen, dass die Umsiedlung von Korallen in kühlere Gewässer technisch möglich und machbar ist.

Das *Plantation Island Resort* sagte, dass das BULA-Riff im Gegensatz zu anderen Riffprojekten nicht zu einem öffentlichen Schnorchelplatz werden soll, da die Baby-Korallenpolypen und -kolonien noch sehr gefährdet seien. (<https://www.fijivillage.com/09.06.24>, <https://oceandecade.org/news/launching-fijis-bula-reef/>)

### „Geht Babys machen!“

**Niue:** Das Kabinett von Niue steht vor einer Herausforderung: Wie kann man die Entvölkerung der polynesischen Insel in den Griff bekommen, ohne die eigenen Werte und die liebgelebte Lebensweise zu gefährden? Derzeit verlassen viele Familien auf der Suche nach Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten in Neuseeland die Insel, auf der sowieso nur noch unter 2.000 Menschen leben.

Dalton Tagelagi, der Premierminister von Niue und Vater von vier Kindern, hat eine Lösung für die Entvölkerung parat: *„Wo ist die ganze Jugend? Geht Babys machen! Ich glaube, die Jugend von heute ist in diesem Bereich einfach zu langsam“*, scherzte er mit ernsthaftem Unterton.

Bei der letzten Volkszählung im Jahr 2022 wurden 1681 Personen registriert, davon gaben 1564 Personen Niue als ihren ständigen Wohnsitz an. Das ist ein Rückgang von 38 Personen im Vergleich zur Volkszählung von 2017. Die Volkszählung ergab,

dass fast ein Viertel der Bevölkerung in Neuseeland geboren wurde.

Während Dörfer wie Toi um 15 Menschen (88 Prozent) wuchsen, verlor Mutalau 21 Menschen und Vaiea 22 (21 Prozent).

*„Um hier zu leben, muss man in der Lage sein, alles zu akzeptieren, was das Leben in unserer isolierten Gemeinschaft mit sich bringt. Sie werden feststellen, dass jeder Niueaner nicht nur einen Job hat, sondern fünf oder zehn, wir machen alles“*, erklärte die Abgeordnete des Ortes Lakenepa, Rhonda Tiakia Tomailuga.

Die Ministerin für natürliche Ressourcen, Esa Mona AINU'U, ergänzte: *„Am Tag arbeite ich als Ministerin, am Abend putze ich mein ministerielles Büro, zu Hause koche ich und räume auf“*.

(<https://pnm.co.nz/read/society/go-make-babies-niue-pm-s-solution-to-depopulation> 05.10.24)

## IN MEMORIAM

### † Māori-König Tuheitia

**Neuseeland:** Der Māori-König Tuheitia ist tot. Er war der symbolische Herrscher der indigenen Einwohner\*innen Neuseelands und der siebte mit diesem Titel. Tuheitia, was auf *Te Reo Māori* – der Sprache der indigenen Maori – so viel wie „standhaft“ oder „ausgewählt“ bedeutet, starb am 30. August 2024 nach einer missglückten Herzoperation.

Der beliebte Monarch, der beinahe ein Fünftel der neuseeländischen Bevölkerung - in etwa 900.000 Maori – repräsentierte, wurde nur 69 Jahre alt.

In der parlamentarischen Monarchie Neuseelands haben Herrscher\*innen der Māori zwar keine gesetzliche Macht, sind dafür aber kulturelle und spirituelle Anführer der Indigenen. Außerdem sind die Königinnen und Könige der Maori ein Sinnbild für die Einheit der verschiedenen Māori-Stämme, den sogenannten *iwi*, und treten als die wichtigsten Fürsprecher von Māori-Angelegenheiten gegenüber der neuseeländischen Regierung auf. Sie setzen sich unter anderem für die Landrückgabe, den Schutz von Ressourcen und die Förderung der Rechte der Māori ein.

*Info:* Kīngitanga, die Königsbewegung der Māori, entstand in den 1850er-Jahren und wollte durch einen - von allen *iwi*s legitimierten - König einen Diskurs auf Augenhöhe mit der britischen Kolonialregierung ermöglichen. De jure ist der Königstitel der Māori nicht erblich, aber seit der ersten Regentschaft eines Königs (1856-1860) wurden immer die leiblichen Kinder der jeweiligen Regent\*innen für die Thronfolge bestimmt und durch die einzelnen Stammesführenden auch per Wahl legitimiert. So folgte Tuheitia seiner Mutter Te Arikinui Te Atairangikaahu, die vor ihm 40 Jahre lang als erste Königin der Maori regierte.

König Tuheitias Leichnam wurde zunächst einige Tage aufgebahrt und dann zum heiligen Taupiri Mountain gebracht, wo er neben seiner Mutter beerdigt wurde. Die Trauerfeierlichkeiten wurden von zehntausenden Menschen begleitet und Kondolenzschreiben kamen unter anderem vom neuseeländischen Premierminister Christopher Luxon und dem britischen King Charles.

Auf Tuheitia folgt nun seine Tochter Nga Wai Hono i te Po auf den Thron der Maori. Die 27-Jährige wurde am 5. September zur zweiten Königin in der Geschichte der Kīngitanga gekrönt. (Artikel von Noah Schmitz. ZDF heute 30.08.24, Der Standard 05.09.24, NZ History 02.12.24)

### † John Richard Haglegam, mikronesischer Ex-Präsident

**Föderierte Staaten von Mikronesien:** Am 10. September verstarb im Alter von 75 Jahren der mikronesische Politiker John Haglegam in einem Krankenhaus in Honolulu (Hawai'i). Er wurde am 10. August 1949 in Eauripik in Yap State geboren. 1973 machte er seinen Bachelor of Arts und 1977 seinen Master of Arts in Politikwissenschaften an der Universität von Manoa in Hawai'i. 1974 kandidierte er erfolgreich für einen Sitz im Repräsentantenhaus des Kongresses von Mikronesien.

Haglegam war bis zur Ratifizierung der mikronesischen Verfassung im Jahr 1978 Mitglied des Repräsentantenhauses. Er war auch Mitglied des Interimskongresses bis zur Wahl der Mitglieder des Ersten Kongresses der Föderierten Staaten von Mikronesien (FSM) im Jahr 1979. Nach der Wahl des verstorbenen Petrus Tun zum Vizepräsidenten der Föderierten Staaten von Mikronesien kandidierte Haglegam erfolgreich für den frei gewordenen Sitz von Yap im Kongress der FSM.

Am 12. Mai 1987 wählte der Fünfte Kongress der FSM Haglegam zum zweiten Präsidenten der Föderierten Staaten von Mikronesien als Nachfolger des verstorbenen Tosiwo Nakayama.

Nach seiner erfolglosen Wiederwahl im Jahr 1991 wurde Haglegam Dozent in der Abteilung für Sozialwissenschaften am nationalen Campus des College of Micronesia-FSM. Hier unterrichtete er als Professor die Fächer Regierung und Politik, mikronesische Geschichte, Weltgeschichte und ostasiatische Geschichte

Haglegam war mit Paula Ori von der Insel Uman in der Lagune von Chuuk verheiratet. Das Paar hat(te) drei Kinder. (Marshall Islands Journal 08.11.24, Wikipedia)

#### Impressum:

Kein Pressedienst

**Nachrichtenzusammenstellung  
und Redaktion:** Julia Ratzmann

**Redaktionelle Mitarbeit:**  
Noah Schmitz

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

**Wir bitten um eine Spende für  
die Partnerkirchen im Pazifik.**  
Evangelische Bank  
IBAN: DE12520604100001011111  
BIC: GENODEF1EK1

#### Quellen:

ABC • Australien Info • Contemporary Pacific • Cook Islands News • Fiji Times • Loop Pacific • National • Neuseeland Info • Noovell • Pacific Islands Business • PNG Mine Watch • Pacific Beat • Pacific Daily News • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand International • Solomon Islands Broadcasting • Association • Tahiti Info • Wantok • Westpapua Netzwerk

#### Herausgeber:

**Pazifik**  
INFORMATIONSSTELLE

und  
**Mission  
EineWelt**

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission  
der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau  
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120  
www.pazifik-infostelle.org  
www.mission-einewelt.de